

## Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 520

## Offener Brief an Herrn Prof. Gustav Cassel.

Hochgeehrter Herr Professor!

Mit großer Freude habe ich Ihr Büchlein gelesen, das Sie während des Krieges über die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Deutschlands geschrieben haben. Gehörten Sie doch damals zu den wenigen neutralen Beobachtern, die sich durch das Geschrei der Gegner nicht beeinflussen ließen, sondern unbestimmt, wie es einem wirtschaftlichen Forscher ansteht, die Wahrheit sagten, und zu einer Zeit, zu der man selbst in Deutschland oft verzweifelte, erklärten, wie stark die Widerstandsfähigkeit Deutschlands ist. Um so auffallender ist es, wenn Sie jetzt unter den Männern zu finden und, die gewisse ungünstige wirtschaftliche Momente in ihrer Wirkung zu schwarz ansehen. Nach einem mir vorliegenden Auszug aus dem „Evenska Dagblad“ haben Sie Ihre Reise nach Berlin und Frankfurt geschildert und erklärt, daß Sie Eindrücke gewonnen hätten, die alles andere als günstig sind. Nach der gleichen Quelle sagen Sie:

„Von der alten deutschen Ordnung merkt man jetzt nichts mehr, und, im großen genommen, macht das Land den Eindruck, als wäre es ein einziges großes Armenhaus.“

Wenn Sie längere Zeit in Deutschland verweilt hätten und insbesondere, wenn Sie schärfer zugehört hätten, würden Sie vielleicht diese Ansicht nicht ausgesprochen haben. Es ist kein Zweifel, es geht Deutschland zurzeit schlecht, stellenweise sogar sehr schlecht, aber darum zu sagen, „ganz Deutschland gleicht einem Armenhaus“, erscheint mir nicht berechtigt. Vergessen Sie nicht, daß Deutschland einen fünfjährigen Krieg hinter sich hat, der ungeheure Anforderungen an wirtschaftlichem Gebiete gestellt hat, und daß die Revolution in ihren Nachwirkungen noch gar nicht beendet ist. Die vierdurchverschlechterte wirtschaftliche Lage soll nicht im geringsten verkleinert oder beschönigt werden, aber andererseits läßt sich doch nicht verkennen, daß gegenüber dem Tiefpunkt untreibliche auch Lichtblicke vorhanden sind, und daß manches schon erheblich bei uns besser geworden ist. Sie selbst sagen in Ihrem Bericht, „daß man wieder anfangt zu arbeiten“, und in der Tat ist hierin ein besonders wichtiges Symptom zu erblicken. Schon die Tatsache, daß zahlreiche Arbeiter wieder zu der Akkordarbeit zurückkehren, die sie vor kurzem noch abgelehnt haben, und daß in den Staatsbetrieben nur Akkordarbeit verrichtet wird, läßt darauf schließen, daß wir den Tiefpunkt in vieler Beziehung überwunden haben. Gewiß ist der schlechte Stand der Valuta äußerst bedrückend und in der Folge für uns auch außerordentlich schädlich. Aber es wäre falsch, wollte man der Valuta ein allzu großes Gewicht bei der Beurteilung der Wirtschaftslage beimessen. Die Gründe für den schlechten Stand der Valuta liegen auf ganz anderem Gebiet, und es ist durchaus denkbar, daß unsere Währung niedrig steht, während im Innern sich das Wirtschaftsleben wieder hebt. Die Tatsache, daß unsere Kohlenenerzeugung sich wieder steigert, daß wir in diesem Jahre eine der besten Ernten seit langem erzielt haben, sind Momente, die in ihrer Tragweite nicht übersehen werden dürfen.

Bei Ihrem ausgesprochenen Gerechtigkeitsfönn und bei Ihrem Streben nach Erkenntnis der Wahrheit bin ich überzeugt, daß, wenn Sie die Verhältnisse in Deutschland noch einmal objektiv prüfen, Sie zu der Überzeugung kommen, daß der Vergleich mit einem Armenhaus doch nicht ganz zutreffend ist. Gewiß Deutschland ist arm, aber das, was man unter einem „Armenhaus“ versteht, ist doch etwas ganz anderes. Mehr als einmal in der Geschichte ist Deutschland von unten gemorfen worden, war es verarmt und immer

Schwede

## Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 530

# Offener Brief an Herrn Prof. Gustav Cassel.

Schwede

Hochgeehrter Herr Professor!

Mit großer Freude habe ich Ihr Büchlein gelesen, das Sie während des Krieges über die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit Deutschlands geschrieben haben. Gehörten Sie doch damals zu den wenigen neutralen Beobachtern, die sich durch das Geschrei der Gegner nicht beeinflussen ließen, sondern unabhängig, wie es einem wirtschaftlichen Forscher ansteht, die Wahrheit sagten, und zu einer Zeit, zu der man selbst in Deutschland oft verzweifelte, erklärten, wie stark die Widerstandsfähigkeit Deutschlands ist. Um so auffallender ist es, wenn Sie jetzt unter den Männern zu finden sind, die gewisse ungünstige wirtschaftliche Momente in ihrer Wirkung zu schwarz ansehen. Nach einem mir vorliegenden Auszug aus dem „Svenska Dagblad“ haben Sie Ihre Reise nach Berlin und Frankfurt geschildert und erklärt, daß Sie Eindrücke gewonnen hätten, die alles andere als günstig sind. Nach der gleichen Quelle sagen Sie:

„Von der alten deutschen Ordnung merkt man jetzt nichts mehr, und, im großen genommen, macht das Land den Eindruck, als wäre es ein einziges großes Armenhaus.“

Wenn Sie längere Zeit in Deutschland verweilt hätten und insbesondere, wenn Sie schärfer zugehört hätten, würden Sie vielleicht diese Ansicht nicht ausgesprochen haben. Es ist kein Zweifel, es geht Deutschland zurzeit schlecht, stellenweise sogar sehr schlecht, aber darum zu sagen, „ganz Deutschland gleicht einem Armenhaus“, erscheint mir nicht berechtigt. Vergessen Sie nicht, daß Deutschland einen fünfjährigen Krieg hinter sich hat, der ungeheure Anforderungen an wirtschaftlichem Gebiete gestellt hat, und daß die Revolution in ihren Nachwirkungen noch gar nicht beendet ist. Die vierdurchverschlechterte wirtschaftliche Lage soll nicht im geringsten verkleinert oder beschönigt werden, aber andererseits läßt sich doch nicht verkennen, daß gegenüber dem Tiefpunkt unstrittig auch Lichtblicke vorhanden sind, und daß manches schon erheblich bei uns besser geworden ist. Sie selbst sagen in Ihrem Bericht, „daß man wieder anfangt zu arbeiten“, und in der Tat ist hierin ein besonders wichtiges Symptom zu erblicken. Schon die Tatsache, daß zahlreiche Arbeiter wieder zu der Akkordarbeit zurückkehren, die sie vor kurzem noch abgelehnt haben, und daß in den Staatsbetrieben nur Akkordarbeit verrichtet wird, läßt darauf schließen, daß wir den Tiefpunkt in vieler Beziehung überwunden haben. Gewiß ist der jetzige Stand der Valuta äußerst beklügend und in der Folge für uns auch außerordentlich schädlich. Aber es wäre falsch, wollte man der Valuta ein allzu großes Gewicht bei der Beurteilung der Wirtschaftslage beimessen. Die Gründe für den schlechten Stand der Valuta liegen auf ganz anderem Gebiet, und es ist durchaus denkbar, daß unsere Währung niedrig steht, während im Innern sich das Wirtschaftsleben wieder hebt. Die Tatsache, daß unsere Kohlenherzeugung sich wieder steigert, daß wir in diesem Jahre eine der besten Ernten seit langem erzielt haben, sind Momente, die in ihrer Tragweite nicht übersehen werden dürfen.

Bei Ihrem ausgesprochenen Gerechtigkeitsfönn und bei Ihrem Streben nach Erkenntnis der Wahrheit bin ich überzeugt, daß, wenn Sie die Verhältnisse in Deutschland noch einmal objektiv prüfen, Sie zu der Überzeugung kommen, daß der Vergleich mit einem Armenhaus doch nicht ganz zutreffend ist. Gewiß Deutschland ist arm, aber das, was man unter einem „Armenhaus“ versteht, ist doch etwas ganz anderes. Mehr als einmal in der Geschichte ist Deutschland völlig zu Boden geworfen gewesen, war es verarmt, und immer wieder erhob es sich zu neuer Blüte. Sobald erst die innerpolitischen Verhältnisse sich wieder geklärt haben, wird in Deutschland auch das Wirtschaftsleben wieder aufwärts gehen, und die jetzige Krisis überwunden werden.

Dr. Otto Jöhlönger.



Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 578

Eine Antwort  
von Professor Cassel.

Vor einigen Tagen veröffentlichten wir an dieser Stelle einen offenen Brief unseres Redaktionsmitgliedes Dr. Otto Söhlinger an den bekannten schwedischen Nationalökonom Professor Dr. Gustav Cassel. Dieser hatte in einer schwedischen Zeitung Deutschland mit einem Armenhause verglichen. Hiergegen hatte sich der offene Brief gewandt unter Hinweis darauf, daß Deutschland zwar arm, aber kein Armenhaus sei. Hierauf geht uns heute von Professor Cassel folgende Antwort zu:

Herr Redakteur!

In Ihrem verehrten Blatt hat Herr Dr. Söhlinger den 20. Oktober einen an mich gerichteten offenen Brief veröffentlicht, wo er eine von mir gefällte Aeußerung, daß Deutschland den Eindruck eines Armenhauses mache, kritisiert. Der Ausdruck wurde in einem Interview gefällt und sollte sich auf den ersten äußeren Eindruck eines Reisenden beziehen. Sachlich besteht wohl keine Meinungsverschiedenheit zwischen Dr. Söhlinger und mir. Deutschland ist gegenwärtig arm und wird mehr und mehr verarmt werden, solange die notwendigen Voraussetzungen für eine Sanierung der deutschen Volkswirtschaft unerfüllt bleiben. Diese Voraussetzungen sind: erstens, eine vernünftige Politik seitens der Entente, begründet in der Einsicht, daß für ihre eigene Wohlfahrt eine wirtschaftliche Stärkung Deutschlands, ja die höchstmögliche Entwicklung der deutschen Produktivkraft unumgänglich ist; zweitens, eine vernünftige Leitung der inneren deutschen Wirtschaftspolitik, eine Leitung, die eben in der höchsten Entfaltung der Produktivkräfte ihr wesentliches Ziel setzt. Niemand bezweifelt, daß die Kräfte vorhanden sind. Die Zukunft hängt nur vom Sieg der wirtschaftlichen Vernunft ab. Auf diesen Sieg glauben wir wohl alle. Es fragt sich nur, wie fern er noch ist.

Djarsholm (Schweden), 13. November 1919.

Gustav Cassel.

Schweden



## Kölnische Zeitung

Nr. 193

## Die Neutralen und Genua.

## Dr. Gustav Cassels Gutachten.

Der Stockholmer Professor Dr. Gustav Cassel, der als Volkswirtschaftler internationalen Ruf besitzt und auch vom Völkerbund als Gutachter herangezogen worden ist, veröffentlicht in der schwedischen, norwegischen, dänischen, holländischen und schweizerischen Presse einen Artikel, dem wir, nach der Veröffentlichung in den Basler Nachrichten, folgendes entnehmen:

Die neutralen Staaten Europas haben jetzt ein sehr starkes Gefühl, daß ein Zusammengehen unter ihnen wünschenswert ist, wenn sie sich auf der geplanten Konferenz überhaupt geltend machen wollen. Dies Zusammengehen zielt jedoch nicht darauf, irgendwelche separate Vorteile zu gewinnen. Es wird sicher nirgend anders verstanden als ein Streben, gemeinsame Kräfte auf ein Festhalten an der ursprünglichen Idee der Konferenz einzusetzen, das heißt an einer positiven gemeinsamen Arbeit für den Wiederaufbau der Welt. Verlangen die Neutralen also keine separaten Vorteile für sich selber, so müssen sie sich doch jeder Politik widersetzen, die in ihren Wirkungen ihnen direkt verderblich ist.

Die erste Forderung der neutralen Länder in Genua muß diejenige sein, daß jetzt der destruktiven Machtpolitik ein Ende gemacht werden soll, die seit dem Waffenstillstand getrieben worden ist und die Europa in seine gegenwärtige außerordentlich gefährliche Lage gebracht hat. Sollen die produktiven Kräfte der Neutralen ihre volle Entwicklung finden, muß vor allem der unablässigen Drohung mit Gewalt, die von verschiedenen Seiten immerfort Europa beunruhigt, und dem militärischen Druck, der in großen Teilen Europas noch immer ein absolutes Hindernis für ein ökonomisches Wiederaufblühen ist, ein Ende gemacht werden.

Ein andres wichtiges gemeinsames Interesse für die ganze Welt ist das Wiederherstellen der Freiheit des Welthandels. Die Politik des Mißtrauens und des Machtgelüstes, die seit dem Waffenstillstand Europa beherrscht hat, hat eine Spaltung und eine Absonderung zur Folge gehabt, die uns wieder in den ärgsten Merkantilismus gebracht, und die den Segen, den die glänzende Entwicklung des Welthandels und des Weltverkehrs während des vorhergehenden Jahrhunderts der Menschheit gebracht hat, zu einem großen Teil zunichte gemacht haben. Auch der ärgste Protektionist würde kaum bestreiten, daß die Welt im ganzen genommen viel reicher wäre, wenn die Verbindungen unter den Ländern freier wären. Für eine Weltkonferenz aber wie die bevorstehende ist das einzig Natürliche, das Problem des Welthandels von dem Gesichtspunkt der Weltökonomie, also des Wohls der Gesamtheit, zu sehen. Die Neutralen haben ein großes Interesse an der Bekämpfung der absurden Verschärfung der Zölle, die in den letzten Jahren stattgefunden hat. Soll der internationale Handel wieder in Gang kommen, muß doch zum mindesten eine gewisse Festigkeit in den Zolltarifen vorausgesetzt werden können.

Die Neutralen müssen ferner bestimmt darauf bestehen, daß sie sich nicht darein fügen können, ihr ganzes ökonomisches Leben durch ein infolge der Entschädigungsforderungen erzwungenes „Valutadumping“ seitens Deutschlands zerstören zu lassen. Solange die Entschädigung fordernden Länder sich weigern, in realen Möglichkeiten die Entschädigung, die sie verlangen, selber zu empfangen, zwingen sie die deutsche Ausfuhr auf eine vollkommen unnatürliche Weise hinaus über die neutralen Märkte, wobei selbstverständlich die Nachbarländer Deutschlands, die Schweiz, Holland und Skandinavien, einen außerordentlichen Schaden erleiden müssen.

Die Lösung der Valutafrage ist ein Punkt des Genua-Programms, bei welchem die Mitwirkung der Neutralen besonders große Bedeutung hat. Auch in diesem Punkte muß kräftig geltend gemacht werden, daß jeder Fortschritt davon abhängig ist, ob ein wirklicher Friede und eine ehrliche und vertrauensvolle gemeinsame Arbeit unter den Völkern wieder zustande kommt. Die Valutafrage hat aber auch ihre rein technische Seite und kann nur gelöst werden, wenn der besten Sachkenntnis in verschiedenen Ländern Gelegenheit bereitet wird, sich auf ein praktisch durchführbares Programm zu einigen. Der Kernpunkt dieses Programms muß eine Stabilisierung sein. Wenn zu einer Wiederaufnahme der Goldwährung geschritten werden soll, bedeutet diese Stabilisierung auch eine Stabilisierung des Wertes des Geldes. Das letzte Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn eine Reihe von Ländern die Goldwährung zu gleicher Zeit aufnehmen. Praktisch bedeutet dies, daß n. sich bereit erklären, Gold zu festen Preisen zu kaufen und zu verkaufen. Es ist natürlich für die Schweiz, Holland und Schweden, in diesem Punkte zusammenzugehen und Verbindung mit England anzustreben, um unter Mitwirkung der Vereinigten Staaten eine auf das allgemeine Wiederherstellen der Goldwährung gerichtete Geldpolitik einzuleiten. Könnte für die genannte Gruppe von Ländern ein positives Ergebnis erreicht werden, so würde damit das Valutaproblem der Welt eine ganz neue Festigkeit bekommen, und eine Reihe der übrigen Länder würde dann imstande sein, Maßnahmen für ihren Übergang zur Goldvaluta zu treffen, wobei vielleicht die alte Parität aufgegeben werden müßte, dafür aber eine neue Parität auf Grund der gegebenen, relativ festen Lage der effektiven Goldvaluten festgelegt werden könnte.

Schon diese Andeutungen machen es deutlich, daß ein Zusammengehen der Neutralen für die Konferenz von Genua sehr wünschenswert ist. Eine eingehendere Diskussion unter ihnen würde sicher klarlegen, daß durch eine solche gemeinsame Arbeit nicht wenig zu gewinnen wäre. Im großen sind gewiß diejenigen Völker Europas, die hier in Frage kommen, von derselben Grundauffassung in den wichtigen und in der Tat für die europäische Zivilisation entscheidenden Problemen beseelt, in deren bisheriger trostloser Behandlung Genua ein Wendepunkt werden könnte und sollte.



Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 157

### Professor Gustav Cassel

erhielt die Söderströmsche Goldmedaille.

Die Königlich schwedische Akademie der Wissenschaften hat am 31. März dem bekannten schwedischen Professor Gustav Cassel, dem ersten Nationalökonom, der in die Königl. Akademie der Wissenschaften in Stockholm gewählt wurde, die Söderströmsche Goldmedaille, die höchste Auszeichnung auf diesem Gebiete überreicht. Diese Ehrung wird ihm zuteil, während er damit beschäftigt ist, Klarheit über die Ereignisse seit Ausbruch des Weltkrieges zu schaffen, und zwar in erster Linie auf dem Gebiete des Geldwesens. Was sich hier zugetragen hat, hat in weit höherem Grade als alles andere sein Interesse gefesselt und er dürfte wie wenige mit dieser Materie vertraut sein. Seine hervorragenden Kenntnisse wurden auch vom Völkerbund in Anspruch genommen, seine zwei Memoranden, die er in dessen Auftrag anfertigte, sind wohl allgemein bekannt. Man hat sie in jeder Hinsicht als die übersichtlichsten und gründlichsten bezeichnet, die bis jetzt erschienen sind. Seine wissenschaftlichen Erfahrungen hat er nicht nur einem engeren Kreis, sondern auch einem größeren Leserkreis in Büchern und Zeitschriften zugänglich gemacht. Seine Betrachtungen hat er meist zuerst im „Svenska Dagbladet“ veröffentlicht. Alle seine Darlegungen sind durch eine scharfe Sachlichkeit und Klarheit ge-

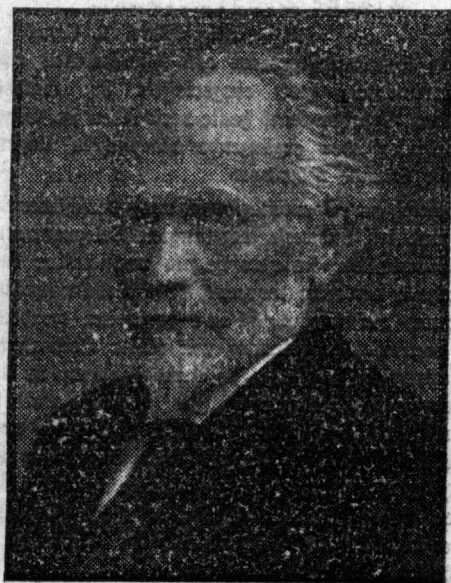
kennzeichnet. Wohl wenige wissenschaftliche Verfasser verfügen über die Eigenschaft, die schwersten Probleme auf so leichtfällige Art zu erklären.

Seine grundlegende theoretische Auffassung hat Professor Cassel in der „Theoretischen Sozialökonomie“, einer zusammengefaßten Darstellung der modernen theoretischen Nationalökonomie, niedergelegt. In ihr gibt er hauptsächlich eine positive Erklärung der Preisbildung, welche viel dazu beitrug, den Kausalzusammenhang zwischen dem Tauschwert der Produktionsfaktoren und der fertigen Waren zu erklären. Das Werk, das bis heute erst in deutscher Sprache herausgekommen ist, wird binnen kurzem auch für das englische Publikum zugänglich gemacht werden. Das in London erschienene Werk „The Nature and necessity of interest“ — ist eine seiner größeren Arbeiten —, in welcher Cassel teilweise polemisierend mit Böhm-Bawerk, eine breitere Analyse über die Natur der Kapitalzinsen, eines der schwersten Probleme der theoretischen Ökonomie, gibt. In seinem 1917 erschienenen Buch „Teuerung und Papiergeldüberfluß“ gibt er eine klare Definition der Wechselkurs-theorie.

Professor Cassel wurde 1866 in Stockholm geboren, machte seinen Doktor der Philosophie in Mathematik 1893 und war dann während einiger Jahre in dieser Eigenschaft an der Stockholmer Hochschule beschäftigt. Sehr bald

aber verließ er die Mathematik, um sich ganz und gar der Nationalökonomie zu widmen. Durch die Lovensche Stiftung wurde ihm die Möglichkeit geboten mehrjährige Studien in England und Deutschland zu treiben, worauf er sich als Dozent der Nationalökonomie an der Stockholmer Hochschule niederließ. Im Jahre 1914 wurde er als erster Professor für die an der Hochschule neugeschaffene Lars-Hiertas-Professur ernannt, welchen Posten er noch jetzt innehat.

Professor Cassel ist oft mit öffentlichen Aufträgen betraut worden. Vor kurzem wurde er als schwedischer Sachverständiger für die Genuakonferenz bestimmt. Diese Ernennung hat überall lebhafteste Zustimmung gefunden, hauptsächlich aber in England, wo er sehr hoch geschätzt wird. Man braucht dabei nur an Lloyd Georges Aeußerung zu denken, daß Cassel „one of the most brilliant economists of the world“ sei.



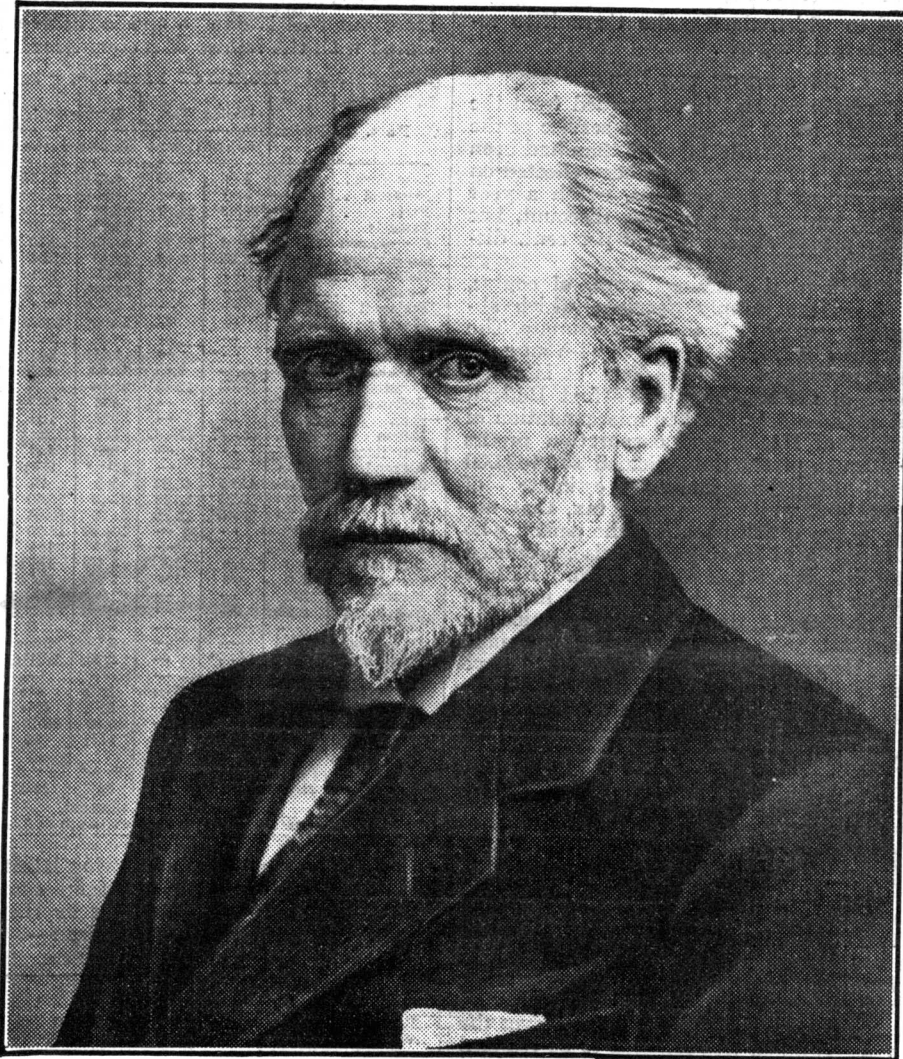
Prof. Gustav Cassel.

The Times (London)

Trade Supplement

Nr. 196

MEN OF THE MOMENT.



No. 45.—PROFESSOR GUSTAV CASSEL.

*The Swedish Political Economist who has been appointed Swedish expert at the Genoa Conference.*



03053 0006 -000  
basulHamburgisches  
Welt - Wirtschafts - Archiv.

Signatur .....

Datum ..... 7. Aug 1924 ..... 192 .

## Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 366.

**Gustav Cassel in Lübeck.**

Am 10. September wird der berühmte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel in Lübeck für die Nordische Gesellschaft über „Das Problem der Kriegsschädigung“ sprechen. Professor Cassel ist bekanntlich — nächst Keynes — derjenige Nationalökonom des Auslandes, der zuerst und mit größtem Nachdruck gegen die erpresserische Reparationspolitik der Entente und insonderheit gegen die französische Gewaltpolitik Stellung genommen hat. Seine Stimme wiegt im Rate der Wirtschaftsfachmänner umso schwerer, als er nicht etwa ausgesprochener Deutschenfreund ist, sondern nur sein ökonomisches Urteil von politischen Einflüssen frei gehalten hat. Diese seine nüchtern-wirtschaftliche Denkart hat ihm insbesondere in England viele Freunde erworben. Anlässlich seiner kürzlichen Anwesenheit in London wurde er nach einem Vortrag über ein ähnliches Thema außerordentlich gefeiert.

Wirtschaftsdienst Hamburg

- 45 .

Nr. .... vom .....

## Der Dawes-Plan

Von Professor Gustav Cassel (Stockholm)

Ein abschließendes Urteil über den Dawes-Plan kann wohl noch niemand geben, denn der Dawes-Plan selbst ist alles andere als ein abgeschlossenes Werk; er ist ein Werk, bedingt von den Bedrängnissen des Augenblickes, die irgendeine Lösung notwendig machten, und vor allem bedingt von den tiefen und noch lange nicht aufgeklärten Gegensätzen in den Bestrebungen der Kriegsentschädigungspolitik. Der Dawes-Plan selbst trägt auch alle Züge des Kompromisses. Die großen Schwierigkeiten, die Punkte, wo eine Einigung überhaupt nicht möglich war, sucht er zu umgehen, Wesentlichkeiten der ganzen Kriegsentschädigungsfrage werden offen gehalten und ihre Entscheidung wird in eine unbestimmte Zukunft verschoben. Über einen solchen Plan kann man kein endgültiges Urteil aussprechen. Das ist aber auch nicht erforderlich. Es genügt, wenn wir uns ein richtiges Bild machen von der Stellung des Dawes-Planes in der Entwicklung der Kriegsentschädigungspolitik und von seiner praktischen Bedeutung als der vorläufigen Ausgleich gegenwärtiger Streitigkeiten und als Grundlage einer allmählich fortschreitenden Wiederherstellung gesunder Verhältnisse.

Die bisherige Entschädigungspolitik der Entente war voller tiefgehender Gegensätze. Der Wunsch, Entschädigung zu bekommen, stand in unvereinbarem Gegensatz zu den Bestrebungen, Deutschland möglichst zu unterdrücken, wenn nicht gar zu vernichten. Im ersten Augenblicke nach dem Waffenstillstand konnten wohl diese beiden Bestrebungen vereinigt werden in einer Ausplünderung, die ohne Rücksicht auf Deutschlands künftige Zahlungskraft alles nahm, was praktisch genommen werden konnte. Natürlich mußte aber diese Phase der Entschädigungspolitik bald ein Ende haben, und die Entente wurde nun vor die Frage gestellt, wie sie dauernd Zahlungen von Deutschland bekommen könne. Damit kam die Unterdrückungspolitik in einen

bestimmten Gegensatz zu dem Wunsch nach möglichst hohen Geldzahlungen. Aber auch andere Gegensätze traten hervor: An Seite der Ansprüche auf Kriegsentschädigung stellte sich ein ausgesprochener Widerwillen gegen Zahlungen, die die Form einer Einfuhr von Waren an die Entente nehmen mußten; und so hatte die Kriegsentschädigungspolitik mit starken protektionistischen Tendenzen auf seiten der Entente selbst zu kämpfen. Die Entente verlangte eine Kriegsentschädigung und mußte deshalb wünschen, daß das deutsche Volk über das gewöhnliche Maß hinaus arbeiten sollte. Gleichzeitig aber wollte die Entente verhindern, daß die Arbeitsintensität und besonders die tägliche Arbeitszeit in Deutschland hinaufgetrieben wurden. Deutschland sollte wohl Kriegsentschädigung zahlen, aber ebenso den Achtstundentag innehalten! Die Entente bestand auf einer Kriegsentschädigung einerseits, aber andererseits suchte sie die Hinabsetzung des Lebensstandards des deutschen Arbeiters, die nur die andere Seite der Entschädigungszahlung war, zu vermeiden: die Arbeitermassen der Entschädigung fordernden Länder fürchteten sich vor der Konkurrenz eines auf einen niedrigen Lebensstandard hinabgedrückten deutschen Arbeiters. Die Ententepolitiker, die eine Entschädigung erstrebten, und mit ihnen ihre Mitläufer in der neutralen Welt, meinten auch ihr Gewissen zu beruhigen mit der Phrase, daß die Kriegsentschädigung nicht auf Kosten des arbeitenden Volkes Deutschlands gezahlt werden dürfte! Zu diesem Zweck mußte die Utopie aufrecht erhalten werden, daß die Kriegsentschädigung in der Hauptsache von den Reichen Deutschlands gezahlt werden solle, eine Utopie, die bekanntlich auch von den deutschen Sozialisten kräftig unterstützt wurde.

Für diese verhängnisvollen Gegensätze hat der Dawes-Plan keine Klarheit zu schaffen vermocht. Sie bestehen im wesentlichen noch, wenn auch die Streitig-

enden!



keiten, zu denen sie führen müssen, durch den Dawes-Plan innerhalb eines bestimmten Rahmens gehalten und etwas in die Zukunft verschoben werden.

Das Bestreben Frankreichs, eine Kriegsentschädigung auszupressen, wo keine Zahlungsfähigkeit vorhanden war, hatte zu einer Gewaltpolitik geführt, die mit dem Nehmen von Pfändern in Form von deutschen Gebieten die Entschädigungs- und Unterdrückungsbestrebungen zugleich fördern wollte. Diese Politik hatte aber zuletzt zu einem ganz unhaltbaren Zustand geführt, das konnte Frankreich an der Zerrüttung seiner eigenen Finanzen und seiner eigenen Valuta spüren. Es mußte also etwas anderes statt dieser Gewaltpolitik gefunden werden. Dies andere wurde der Dawes-Plan. Aber auch er ist seinem Wesen nach ein Nehmen von Pfändern. Der Unterschied ist eigentlich nur, daß an die Stelle politisch-geographischer jetzt wirtschaftliche Pfänder treten. Das neue Pfändersystem und seine Ausnutzung bilden den eigentlichen Inhalt des Dawes-Planes. Da der Plan also mehr die Form einer Lösung darstellt als eine wirkliche Lösung, so ließen sich Schwierigkeiten und Gegensätze, die mit dem wirklichen Zahlungsproblem verbunden sind, beiseite schieben.

Die Pfänder, die nach dem Dawes-Plan genommen werden sollen, sind teils Steuern, vor allem Verbrauchssteuern, und teils Hypotheken auf Industrie und Eisenbahnen. Die natürliche Konsequenz dieses Pfändernehmens ist, daß die Zahlung einer Kriegsentschädigung für die Zukunft dem Einfluß Deutschlands entzogen und ganz und gar eine Angelegenheit der Entente wird. Diese Konsequenz wird vollständig, wenn die Entente selbst auch die Überführung der Markguthaben des Reparationskontos an die Ententeländer in ihre Hände nimmt. In meinem Lübecker Vortrag (September 1924) habe ich aus dieser Sachlage die naheliegende und unabweisbare Schlußfolgerung gezogen, daß Deutschland für die Zukunft keine Verantwortung für die Durchführung des Dawes-Planes trägt. Diese Äußerung scheint in den sozialistischen Kreisen Deutschlands große Erregung hervorgerufen zu haben, und man hat gegen mich hervorgehoben, daß Deutschland alle möglichen Anstrengungen machen müßte, um die Zahlungsverpflichtungen des Dawes-Planes zu erfüllen. Unbegreiflicher Standpunkt, und gar von Deutschen vertreten! Wahrlich, gegen entgegengesetzte politische Anschauungen ist es schwierig zu kämpfen, aber gegen die reine Verwirrung zu kämpfen, ist hoffnungslos. Was bedeutet eigentlich die Erfüllungspolitik nach dem Pfändernehmen des Dawes-Planes? Will man vielleicht, daß die Deutschen in außerordentlichem Maße auf ihren Eisenbahnen herumfahren sollen, damit ein möglichst großes Eisenbahnnetto zur Sicherung der Hypothek der Entente geschaffen wird? Oder wünscht man, daß die Deutschen ihre Konsumtion von ausländischen Luxusartikeln möglichst hochtreiben, um den Ertrag, der als Pfand genommenen Zölle recht hoch zu halten? Oder hofft man vielleicht, daß die deutsche Regierung zu diesem Zweck die denkbar höchsten Abgaben auf jeder Form von Konsumtion einführen soll? Das alles sicher nicht. Das Programm, das Deutschland auferlegt ist, um seine Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen, ist in Wirklichkeit vollständig inhaltlos. Was Deutschland nach dem Inkrafttreten des Dawes-Planes zu tun hat ist, alle seine Kräfte darauf

einzurichten, daß der deutsche Reichshaushaltsetat mit den sehr reduzierten Einkünften, die der Reichsregierung noch zur Verfügung stehen, im Gleichgewicht gehalten werden kann. Das ist das deutsche Problem. Es bietet außerordentliche Schwierigkeiten, und es ist nicht klar, daß es sich wirklich lösen läßt. Das Dawes-Komitee hat angenommen, daß eine finanzielle Lösung möglich ist. Diese Annahme ist vielleicht richtig, nur weiß man gar nicht, welche Schädigung des deutschen Erwerbslebens und des deutschen Lebensstandards die für die Finanzierung des Dawes-Planes notwendige Besteuerung herbeiführen wird.

Die größte Schwierigkeit der Entschädigungszahlung liegt aber unzweifelhaft in der Überführung der Mittel von Deutschland an die Zahlungsberechtigten. Diese Schwierigkeit hat der Dawes-Plan nicht gelöst, wohl aber eine geschickte Form für ihre Lösung gefunden. Durch die Schaffung eines besonderen Überführungskomitees wird die ganze Frage auf die Zukunft gestellt. Der Dawes-Plan überläßt es der künftigen Erfahrung zu zeigen, wieviel ohne Gefahr für die deutsche Valuta überführt werden kann. Aber auch diese Form der Lösung ist nicht ohne Gefahr: das Schicksal der deutschen Valuta wird abhängig gemacht von einer Politik, die darauf zielen muß, Tag für Tag möglichst viele Markguthaben in andere Valuten umzuwandeln. Die politischen Interessen und wirtschaftlichen Wahnvorstellungen, die auf eine rücksichtslose Überführung drängen, können sogar nach dem Londoner Abkommen das Überführungsverfahren zu jeder beliebigen Zeit einem Schiedsgericht unterstellen. Es muß mindestens sehr fraglich erscheinen, ob es sich als möglich erweisen wird, eine Valuta in dieser Weise stets am Rande des Unterganges zu balancieren. Die Aufrechterhaltung einer Valuta erfordert Vertrauen, und das Vertrauen erfordert ein gewisses Sicherheitsmarginal. Ein wirkliches Vertrauen der Welt für die deutsche Valuta wird jedenfalls davon abhängen, daß das Überführungskomitee es außer Zweifel stellt, daß es (unter keinen Umständen) den Wert der deutschen Valuta gefährdet. Wenn man nach französischen Forderungen die augenblicklich möglichst große Überführung in den Vordergrund stellt, und die Stabilität der deutschen Valuta als ein sekundäres Interesse behandelt, dann wird man sicher keine Stabilität der deutschen Valuta aufrechterhalten können, aber dann muß auch der ganze Zahlungsplan ziemlich bald zusammenbrechen.

Das Dawes-Komitee hatte außerdem die Aufgabe, Maßnahmen zur Stabilisierung der deutschen Valuta vorzuschlagen. Der Teil des Dawes-Planes, der sich mit dieser Frage beschäftigt, ist ziemlich schwach. Ein wirklicher Stabilisierungsplan muß immer möglichst auf den bestehenden Verhältnissen aufgebaut sein. Im vorliegenden Falle hatte Deutschland selbst schon eine Stabilisierung durchgeführt, die wenigstens vorübergehend eine brauchbare Valuta geschaffen hatte. Auf dieser Grundlage müßte ein vernünftiger Stabilisierungsplan weitergebaut werden. Wenn dies geschehen, dann hätte die Rentenmark sehr gut zu einer tadellosen Valuta ausgestaltet werden können. Wahrscheinlich wären gewisse Goldkredite in New York oder London zur Stärkung der Valuta erforderlich gewesen, aber die Ausgestaltung der Rentenmark zu einer effektiven Goldvaluta hätte sich

gewiß ohne scharfe Eingriffe und Aufsehen erregende Maßnahmen vollziehen können. Im Dawes-Plan überwog eine Lust, alles nach dogmatischen Ideen neu zu gestalten, und eine wirkliche Einsicht in die wahren Voraussetzungen einer Valutastabilisierung ist dabei nicht zum Vorschein gekommen. Die Folge ist, daß die 800-Mill.-Anleihe, mit der der Dawes-Plan Deutschland schon von Anfang an belastet, um der neuen Reichsbank einen genügenden Goldfonds zu sichern, der deutschen Valuta wenig nützt, sondern im Gegenteil muß die gleichzeitige Anwendung der 800-Mill.-Anleihe für Entschädigungszahlungen in der Tat die Stabilität der Valuta schon im ersten Jahre ernstlich gefährden.

Das Urteil über den Dawes-Plan ist aber damit noch nicht erschöpft, daß man seinen wesentlichen, tatsächlichen Inhalt angibt und kritisch behandelt. Die Bedeutung des Dawes-Planes wird auch von andern Momenten mitbestimmt. Der Dawes-Plan ist, wie ich sagte, ein Kompromiß zwischen den Bestrebungen, das deutsche Wirtschaftsleben wiederherzustellen und eine Sanierung der deutschen Finanzen herbeizuführen einerseits, und den Ansprüchen auf unmittelbare Zahlungen andererseits. Die erstgenannten Bestrebungen setzen notwendig ein Moratorium voraus. Der Dawes-Plan ist ein Kompromiß, und, man muß wohl sagen, ein für Deutschland sehr schlechter Kompromiß zwischen dem Moratorium, das von allen Sachverständigen als notwendig betrachtet wird, und dem Bestreben, daß Deutschland nicht begünstigt werden sollte durch ein Moratorium, das vielleicht der deutschen Produktion einen Vorzug in der Konkurrenz geben könnte!

Zweitens ist der Dawes-Plan ein Kompromiß zwischen den Bestrebungen, Deutschland eine dauernde wirtschaftliche Gesundung zu sichern und dem Wunsch, die Aussaugung Deutschlands zum höchstmöglichen Grade zu steigern. Das Komitee sagt aber selbst, daß es zu weit gegangen sei, als daß es einen noch so kleinen Schritt weiter nehmen könnte. Es ist also kaum ein hinreichendes Marginal für die Sicherung einer wirklichen Wiedergeburt des deutschen Wirtschaftslebens gelassen. Die Frage, ob der Dawes-Plan ein Plan zur dauernden Niederhaltung Deutschlands oder zur Gewinnung von Entschädigungszahlungen im Maße des Erträglichen ist, muß deshalb bis auf weiteres unbeantwortet bleiben.

Der Dawes-Plan ist überhaupt ein Kompromiß zwischen einer nüchternen Beurteilung der Möglichkeit der Entschädigungszahlung einerseits, und der unbegrenzten und utopischen Zahlungshoffnungen andererseits. Es war so viel von märchenhaften Summen gesprochen, daß es als eine politische Unmöglichkeit erschien, die ganze Wahrheit mit einmal aufzudecken. Der Dawes-Plan mußte Raum lassen für fortgesetzte Illusionen;

aber andererseits ist mit dem Dawes-Plan der Rahmen gegeben, innerhalb dessen diese Illusionen allmählich einer harten Wirklichkeit gegenübergestellt werden. Mancher Sachverständige erwartet von dem Dawes-Plan, daß er Schritt für Schritt die Unmöglichkeit der alten überspannten Zahlungsforderungen beweisen soll, und meint, daß eine Anordnung, die soviel leisten kann, immerhin einen bedeutenden Wert besitze.

Die Aufgabe des Dawes-Planes war es, einen Ersatz für die Gewaltpolitik zu schaffen, die Franzosen aus dem Ruhrgebiet zu bringen, durch eine Bestimmung, die dem territorialen Pfande mindestens als gleichwertig an die Seite gestellt werden könnte. Es war deshalb notwendig, alle die Möglichkeiten zu einer Zahlung, die überhaupt denkbar waren, aufzustellen und dabei offen zu lassen, wieviel von diesen Möglichkeiten realisiert werden könnten. Deshalb mußte der Dawes-Plan soviel in die Zukunft verlegen.

Vor allem aber war es dem Dawes-Plan nicht möglich, die vornehmste aller Streitfragen zu beantworten, die Frage, wieviel Deutschland überhaupt zahlen könne. Die Gesamtsumme wurde nicht festgestellt, da man die Dauer der Zahlung, zur größten künftigen Beunruhigung Deutschlands und der ganzen Welt, unbestimmt ließ; aber auch mit Bezug auf die Jahreszahlung wurde eine Steigerung, durch Einführung des Indexsystems, offengelassen, eine Tatsache, die die Gefährlichkeit des ganzen Dawes-Planes außerordentlich erhöht.

Unbeantwortet blieb auch, wie schon gesagt, die Frage nach der Möglichkeit der Überführungen. Erst die Zukunft wird zeigen, wie groß diese Möglichkeit ist, und erst die praktische Ausführung des Dawes-Planes wird lehren, wie übertrieben die Erwartungen auf Zahlung gewesen sind, und welchen Widerstand die Zahlungsempfänger selbst gegen die Zahlung stellen werden.

Schon von Anfang an haben sich die Hoffnungen Frankreichs auf eine „Mobilisierung“ der Kriegsschädigung gesammelt, aber auch diese Utopie konnte nicht auf einmal zerstört werden. Der Dawes-Plan mußte eingeleitet werden mit einer „Mobilisierung“, die allerdings einen winzigen Bruchteil der ganzen Entschädigungssumme umfaßte. Wenn man aber die 800-Mill.-Anleihe als eine „Versuchsmobilisierung“ betrachtet, so ist sie trotzdem dazu geeignet, die Welt über die Schwierigkeiten von Milliardenzahlungen aufzuklären und die großen Gefahren einer fortgesetzten Kapitalisierung und Mobilisierung der Jahreszahlungen des Dawes-Planes vor unsere Augen zu führen. Der Dawes-Plan begnügt sich damit, auf solche Mobilisierungsmöglichkeiten nur leicht hinzuweisen. Mit seiner Hilfe wird es der Welt möglich sein, auch auf diesen Gebieten der harten Wirklichkeit näher zu treten.



## Hamburgischer Correspondent

485

Nr. ....

### Mein Lebenswerk.

Sozialökonomie und Volksaufklärung.

Von Prof. Gustav Cassel - Stockholm.

Mit den nachstehenden Ausführungen entspricht der schwedische Nationalökonom Prof. Dr. Gustav Cassel den vielfachen Wünschen, sich aus Anlaß seines 60. Geburtstags, den er am 20. Oktober begeht, über sein Lebenswerk zusammenfassend zu äußern. Der Aufsatz verdient somit eine besondere Aufmerksamkeit, da er das System und die Lehre Cassels — Sozialökonomie und Volksaufklärung — widerspiegelt.

#### Die Redaktion.

Die Sozialökonomie nimmt als Wissenschaft insofern eine besondere Stellung ein, als sie stets die enge Fühlung mit dem großen Publikum wahren muß, und ihre praktische Aufgabe nur durch eine umfassende Volksaufklärungsarbeit erfüllen kann. In dieser Tätigkeit kommt der Sozialökonom immer wieder in Gegensatz zu populären Auffassungen, er wird gezwungen, einen ständigen Kampf gegen weitverbreitete Fehlschlüsse und Wahnvorstellungen zu führen. Es ist ihm dann ein natürliches Bedürfnis, einmal den tieferen Grund dieses Kampfes klarzulegen, der wesentlichen Natur der Verschiedenheit seiner Auffassung auf den Grund zu gehen. Hier nur einige kurze Andeutungen in dieser Richtung.

Den populären Auffassungen gegenüber ist es für die Sozialökonomie vor allem notwendig, auf die Grundbedingung unseres ganzen wirtschaftlichen Lebens, nämlich die begrenzten Möglichkeiten zur Befriedigung unserer Bedürfnisse, unablässig hinzuweisen. Diese einfache Tatsache hat die Nationalökonomie stets in den Vordergrund zu stellen. Die Politiker wollen sich gern vorstellen, daß, wenn sie Mittel für den einen oder anderen Zweck bewilligen, sie damit auch wirkliche Mittel geschaffen haben. In der Tat tun sie ja nichts anderes, als Mittel anderen Zwecken zu entziehen. Zwecken, die vielleicht weit wichtiger sind. Die Aufgabe des Sozialökonom ist es, mit Rücksicht auf die immer herrschende Knappheit der Mittel stets verschiedene Anwendungen derselben gegeneinander abzuwägen, stets an den Mangel zu erinnern, der anderswo entstehen muß, sobald ein Bedürfnis gedeckt werden soll. Wenn, um ein aktuelles Beispiel zu wählen, Mittel zur „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ bewilligt werden, muß man die Frage stellen, ob es wirklich möglich ist, die Mittel zu beschaffen, ohne auf anderen Gebieten neue Arbeitslosigkeit hervorzurufen.

Dieses ständige Mahnen an die Begrenzung unserer Möglichkeiten zur Bedarfsdeckung, an die Knappheit der Mittel, die zur Verfügung stehen, ist natürlich nicht populär, und der Sozialökonom hat deshalb eben keine besonders angenehmen Aufgaben. Er wird gezwungen, sich nach und nach in Gegensatz zu allen möglichen Interessenkreisen zu stellen, besonders solchen, die mit Ansprüchen auf öffentliche Mittel auftreten. Er muß Streit führen gegen Hygieniker und Aerzte, Schulleute und Architekten, die alles erstklassig haben wollen, ohne an die Löcher zu denken, die dadurch verursacht werden müssen im Haushalt der Steuerzahler. Unrentable Eisenbahnen, phantastische Kanalobjekte oder anderer geldverschluckende Anlagen, für die Techniker sich interessieren können, zu kritisieren, wird Aufgabe der ökonomischen Wissenschaft.

Immer wird die Analyse des Sozialökonom mit der Einwendung beantwortet, er sei nicht sachverständig. Er braucht aber keine Sachkenntnis hinsichtlich der technischen Seite eines Projektes zu haben, um seine wirtschaftliche Berechtigung

entscheiden zu können. Die Leute, die sich für die Bewilligung von Mitteln einsetzen, weigern sich einfach, irgendwelche weiter in der Zukunft liegenden Konsequenzen ihrer Forderungen in Betracht zu ziehen. Vielleicht erstrecken sich diese Konsequenzen auf so viele Gebiete, daß auf jedes einzelne nur eine ganz unbedeutende Wirkung entfällt. Die Aufgabe des Sozialökonom ist es eben, diese Einzelwirkungen zu summieren und die Gesamtwirkung den Ansprüchen entgegenzuhalten.

Die Gewohnheit, mit abstrakten Geldsummen zu rechnen, bewirkt, daß das Publikum leicht die wahre Bedeutung solcher Summen übersieht. Dies ist natürlich besonders dann der Fall, wenn diejenigen, die Ausgaben beschließen, das Geld nicht selbst zu verdienen brauchen. Die ökonomische Wissenschaft muß die über Etatsbewilligungen Beratenden dazu zwingen, sich klarzumachen, daß ein Anschlag in der Höhe von einer Million Mark in Wirklichkeit ein Anschlag in Höhe von, sagen wir, hundert Arbeiterwohnungen ist, daß, wenn man eine Million bewilligt, man damit die Möglichkeit, ein solches Bedürfnis, wie das genannte, zu befriedigen, ausschließt. Ueberall gilt es für den Sozialökonom, die Phrasen zu durchbrechen und die Wirklichkeit aufzudecken.

Die populäre Auffassung ist gern geneigt, nur an der Oberfläche zu bleiben, die Erscheinungen so aufzufassen, wie sie sich beim ersten Blick darstellen. Wir brauchen hier nur an die „Teuerung“ zu erinnern, die wir in allen Ländern während des Krieges und der nächstfolgenden Jahre durchmachten. Das Publikum wollte selbstverständlich glauben, daß diese „Teuerung“ lediglich von einer mangelnden Zufuhr an Waren oder von Gewinnsucht gewissenloser Spekulant verursacht war. Die Politiker unterstützten das Publikum in diesem Vorstellungskreis und zogen die Konsequenzen, indem wir eine Reihe von Verordnungen über Höchstpreise, Mietsregelungen usw. erließen. Gegen alle diese Charlatanerie hat die ökonomische Wissenschaft von Anfang an den Satz gestellt, daß die Teuerung in erster Linie ein Geldüberfluß war, verursacht durch eine fehlerhafte Finanzpolitik und durch eine unfähige und moralisch schwache Bankleitung. Im Anfang war diese Auffassung der Wissenschaft überall hoffnungslos isoliert. Sie setzte sich aber durch, einfach deshalb, weil eine wirkliche Gesundung der Welt nicht möglich war, bevor die Wahrheit anerkannt und Heilung da gesucht wurde, wo die Krankheit entstanden war. Deutlicher hat die Erfahrung niemals das praktische Gewicht einer wissenschaftlichen Analyse bewiesen, die sich die Aufgabe stellt, den wirklichen Ursachen Zusammenhang der Volkswirtschaft zu entdecken.

Es wird zuweilen geltend gemacht, daß die ökonomische Wissenschaft sich damit begnügen muß, zu beobachten und zu erklären, was geschieht, nicht aber zu sagen hat, was geschehen soll. Der Wille, meint man, ist etwas, was außerhalb des Gebietes der Wissenschaft liegt. Eine solche Auffassung kann unmöglich gutgehen. Die Willensstandpunkte, die gewöhnlich auf dem Gebiet des ökonomisch-politischen Lebens eingenommen werden, haben wirklich nicht den Wert, daß sie irgendwelche besondere Ehrfurcht verdienen. Sie verraten einseitige Beobachtungen, begrenzten Horizont und unklare und widerspruchsvolle wirtschaftliche Vorstellungen, von Klasseninteressen und politischen Schlagwörtern ganz zu schweigen. Solche Standpunkte dürfen von der ökonomischen Wissenschaft nicht geduldet werden.

Eine wissenschaftliche Aufklärung, die das große Publikum erfassen will, muß an das von allen miterlebte Zeitgeschehen anknüpfen. Der Physiker kann seine Experimente anord-

Wenden

nen wie und wo er will. Der Sozialökonom kann nicht experimentieren. Will er ein Anschauungsmaterial haben, so muß er sich an die Tagesereignisse halten. Natürlich kann diese Arbeit recht beschwerlich werden. Sie ist aber notwendig, wenn die Sozialökonomie die wichtige Aufgabe erfüllen will, die ökonomisch-politischen Willensstandpunkte auf ihren wahren Inhalt zu prüfen.

In der Tat ist es ungenügend erstaunlich, welche inneren Widersprüche diese Standpunkte einräumen. Der Protektionist, der wähnt, daß er alle Erwerbszweige schützen kann, hat jedesmal nur den einzelnen Fall vor den Augen und sieht nicht, daß er das, was er mit der einen Hand gibt, mit der anderen nehmen muß, sieht nicht, daß das, was für den einen Erwerb ein Schutz ist, für den anderen eine Last wird.

Beinahe ebenso wunderbar ist aber der Widerspruch in der radikalen Sozialpolitik, die die Arbeitslosigkeit mit Unterstützungen und Notstandsarbeiten bekämpfen will, sich aber weigert, für denselben Zweck unter irgendwelchen Verhältnissen einen Zollschatz zu benutzen! Oder der Widerspruch in der Freihandelspolitik, die unbedingt jedes Eingreifen des Staates zur Stütze eines Erwerbszweiges mit Hilfe von Zöllen verurteilt, sich aber nicht scheut, Staatsunterstützungen in Form von Darlehen oder reinen Beiträgen für Erwerbszweige zu fordern, denen es gelungen ist, das politische Interesse des Tages zu gewinnen, die schwachen Erwerbszweige zu begünstigen und die wirklich lohnenden zu bekämpfen! Durch allerlei Gesetze zur Begrenzung des Eigentumsrechtes, eine übertriebene Besteuerung, eine starke sozialpolitische Belastung und durch stets wachsende Ansprüche seitens der Gewerkschaften kommt der Erwerb in die Gefahr, unrentabel zu werden. Dann ist die populäre Politik zu staatlichem Eingreifen bereit, um den Erwerb aufrecht zu erhalten und eine drohende Arbeitslosigkeit abzuwenden.

Oder gedenken wir des Arbeiterprotektionismus, der jede Konkurrenz von inländischen Arbeitern als ein abscheuliches Verbrechen verurteilt, aber ohne das geringste Bedenken jede Arbeit ausländischen Arbeitern ausliefert! Kann die Sozialökonomie wirklich eine solche Anschauung unangetastet lassen? Unmöglich! Ein besonders auffallendes Beispiel der inneren Widersprüche vulgärpolitischer Auffassungen ist Kapitalfeindlichkeit. In diesen Kreisen wirkt schon das Wort „Kapital“ wie ein rotes Tuch auf einen Stier. Man macht sich durch Verkündung des selbstverständlichen Satzes, daß Menschen wichtiger sind als Kapital und das Leben mehr wert ist als Geld, die Sache leicht, will aber nicht sehen, daß kein wichtiges Bedürfnis ohne Kapital befriedigt werden kann. Gesundes Wohnungswesen befördern zu wollen, aber sich gleichfalls feindlich gegen die Kapitalbildung zu stellen, ist ein Widerspruch, den die Wissenschaft aufklären muß.

Der ganze Sozialismus zeigt sich bei näherer Betrachtung als eine Lehre voll von solchen inneren Widersprüchen, eine Lehre, die nur so lange aufrecht erhalten werden kann, als das Publikum die elementarsten ökonomischen Zusammenhänge nicht kennt. Es kann offenbar nicht vermieden werden, daß die ökonomische Wissenschaft unaufhörlich in Streit mit dieser der größten Charlatanerie unserer Zeit geraten muß. Aber, und das soll hier mit dem größten Nachdruck gesagt werden, der Streit ist lediglich ein Streit gegen unrichtige Vorstellungen und falsche Propheten. Er enthält keine Spur des Unwillens gegen die Gesellschaftsklassen, die man mit sozialistischen Anschauungen vollgepfropft hat.

Die Widersprüche, die also im inneren Leben der Staaten hervortreten, machen sich im internationalen Leben ebenso stark geltend. Wir brauchen nur einen Augenblick daran zu denken, welche Unklarheiten und Widersprüche die Kriegsentschädigungspolitik enthalten hat und immer noch enthält. Man hat Kriegsentschädigung in Geld gefordert, ohne zu wissen, was Geld ist.

In einer Mischung von Heuchelei und Konkurrenzfurcht hat man die Hoffnung ausgesprochen, daß Deutschland Milliarden zahlen könne, ohne daß die Zahlung in irgend einer Weise über den Lebensstandard und die Arbeitsbedingungen des deutschen Arbeiters hinausginge. Es ist eine Scham für den Verstand und die Einsicht der Menschheit in ökonomischen Dingen, daß es volle sechs Jahre, von 1918 bis 1924, dauern sollte, bis die elementarste Wahrheit in dieser Sache offiziell anerkannt wurde, und daß es noch länger zu dauern scheint, bis diese Wahrheit ihre vollen praktischen Konsequenzen findet.

Früher oder später aber siegt die Wahrheit, und das bietet dem Sozialökonom, der in dauernder Kampfstellung stehen muß, reiche innere Befriedigung. Es gehört nur ein wenig Geduld dazu, um den Erfolg zu sehen. Der Prozeß währt gewöhnlich nicht mehr als ein Jahrzehnt.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

№ 782. J

**Praktische Theorie.**

**Zu Gustav Cassels 60. Geburtstag.**

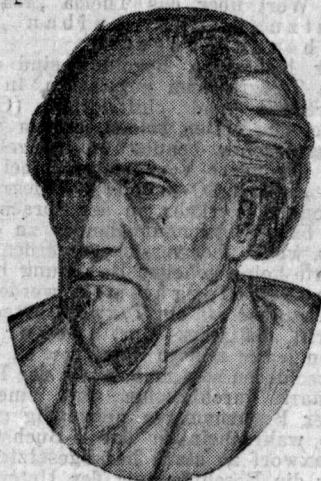
Welche Zeit wäre geeigneter als die unsrige, die Verdienste des großen schwedischen Gelehrten zu würdigen, der sein Leben in den Dienst der Erforschung der sozialwirtschaftlichen Zusammenhänge gestellt hat? Die Jahre der valutariischen Wirren, der Produktionsanarchie, der nachfolgenden Massenarbeitslosigkeit haben es jedem deutlich werden lassen, daß es unmöglich ist, ohne theoretisches Rüstzeug die Mannigfaltigkeit der wirtschaftlichen Erscheinungen gedanklich zu meistern. Gustav Cassel, der heute 60 Jahre alt wird, hat ein solches Rüstzeug in besonderer Brauchbarkeit geliefert. Die Grundsteine zu seiner Lehre hat er schon um die Jahrhundertwende gelegt. Der Grundriß einer elementaren Preislehre, den er 1899 in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft veröffentlichte und die Arbeit „The nature and necessity of interest“, die 1903 in London erschien, bleiben richtunggebend für seine Forschungen. Ihre Krönung haben sie in der Theoretischen Sozialökonomie erfahren, deren Manuskript schon 1914 vorlag, aber erst 1918 gedruckt werden konnte, bemerkenswerter Weise zuerst in Deutschland. Man kann sie ruhig als ein Standardwerk der Nationalökonomie bezeichnen, dem aus neuerer Zeit nur wenige an die Seite gestellt werden können. Cassel, ursprünglich Mathematiker und als solcher mit 27 Jahren Lehrer an derselben Universität Stockholm, der er jetzt als Nationalökonom angehört, hat in diesem Werk wohl auf sämtlichen Teildisziplinen seines Fachs die Forschung um höchst fruchtbare Gedanken bereichert, vor allem auf dem Gebiete der Preis-, Zins-, Geld- und Konjunkturlehre, Gedankenscharfe und eigene Eindrucksfähigkeit befähigten ihn zu der ungewöhnlichen Anschaulichkeit, die die Lektüre seiner Bücher so genussreich macht. Ihn verwirrten nicht — wie so viele andere — die Meinungen der Menschen über die Dinge, er sah die Dinge selbst. Cassels Wirken beschränkte sich nicht auf die Forschungs- und Lehrtätigkeit. Die wirtschaftlichen Seuchen der Nachkriegszeit forderten diesen Wirtschaftsmediziner zur klinischen Tätigkeit heraus. Erst dadurch ist er einem weiteren Kreise bekannt geworden. Seine Referate über das Geldproblem der Welt, die er im Auftrage des Völkerbundes der Brüsseler Finanzkonferenz erstattete, — 1922 wurde er mit anderen von Deutschland zu einem Spezialgutachten aufgefördert — und seine weiteren valutapolitischen Schriften, von denen in neuester Zeit mehrere ins Deutsche übersetzt wurden („Das Geldwesen seit 1914“ und „Das Stabilisierungsproblem“) haben in die aktuelle Diskussion eingegriffen. Deutschland, das lange Jahre unter der Unvernunft ehemaliger Feinde zu leiden gehabt hat, ist diesem unentwegten Prediger der ökonomischen Vernunft besonders zu Dank verpflichtet. Es wünscht ihm weitere Rüstigkeit zur Fortsetzung seines Wirkens. Viele seiner neueren Aufsätze über Zinsentwicklung, Außenhandelsfragen, Konjunkturprobleme und anderes zeigen dank seiner glücklichen Verbindung von Wissenschaft und Wirklichkeitsinn, daß für die Beurteilung gesamtwirtschaftlicher Vorgänge nichts praktischer ist als die (richtige) Theorie. Die Welt hat keinen Ueberfluß an Männern, welche die Theorie beherrschen wie er.

Industrie- und Handelszeitung (Berlin)

Nr. 245.

### Gustaf Cassel 60 Jahre.

Der schwedische Nationalökonom Gustaf Cassel, in Deutschland kaum weniger bekannt und verehrt als in seinem Heimatlande, feiert am 20. Oktober seinen 60jährigen Geburtstag. Von Haus aus Mathematiker und als Realschullehrer in diesem Fache tätig, hat er sich erst als 32jähriger dem Studium der Nationalökonomie, und zwar vornehmlich in Deutschland und England, zugewandt. 1902 hat er seine Lehrtätigkeit als Dozent an der Stockholmer Hochschule aufgenommen. Seine ersten Werke sind dann auch in deutscher und englischer Sprache erschienen, sein Hauptwerk, „Die theoretische Sozialökonomie“ nur in deutscher Sprache.



Gustaf Cassel ist die Genugtuung zuteil geworden, die von ihm vertretenen preis- und währungspolitischen Anschauungen (er gilt als einer der wesentlichsten Vertreter der Quantitätstheorie) auch in der Praxis bestätigt zu sehen. Kein Wunder, daß deshalb sein Urteil in der ganzen Welt besonderes Gewicht genießt, wenn man ihm auch nicht zu folgen bereit war, als er als einer der ersten schon vor vielen Jahren die wirtschaftlichen Widersprüche aufdeckte, die der Versailler Vertrag enthielt. Bekannt ist er vor allem geworden durch seinen Aufruf an die Neutralen vor der Konferenz von Genua, in dem er sie unter dem Motto „Der destruktiven Machtpolitik muß ein Ende gemacht werden“ zur Wahrung ihrer Interessen aufrief, um damit den immer mehr um sich greifenden chaotischen Zuständen auf dem Kontinent Einhalt zu tun. Bekannt ist auch seine Stellungnahme zum Dawesgutachten, das er von vornherein als undurchführbar bezeichnete und gegen das er auch als Journalist — immer im Bewußtsein, der kranken europäischen Wirtschaft zu helfen — eine lebhafte Propaganda entfaltet hat. Erst jetzt scheint man bei den für die Politik der letzten Jahre verantwortlichen Stellen so weit zu sein, daß man die Berechtigung der schon vor Jahren von Cassel erhobenen Warnungen anerkennt, wenn es auch leider heute noch nicht abzusehen ist, wann man auch so weit sein wird, praktische Konsequenzen aus der inzwischen gewonnenen Erkenntnis zu ziehen.



Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 490..

**Zum 60. Geburtstag  
Dr. Gustav Cassels**

Professor Gustav Cassel beging gestern seinen 60. Geburtstag. Der schwedische Gelehrte ist auch in Deutschland in weitesten Kreisen durch seine wissenschaftliche, wie durch seine besonders fruchtbare publizistische Tätigkeit bekannt geworden. Die großen weltwirtschaftlichen Vorgänge seit Unterzeichnung des Versailler Diktates hat er mit seinen wissenschaftlichen Kommentaren in einer Form begleitet, die seiner Sache wie seiner Person unzählige Freunde erworben hat.

Der neutralen Stellung seines Heimatlandes entsprechend hat er seine eigene Stellungnahme stets unter europäischen Gesichtspunkten gewählt, so daß seine Anschauungen über das wirtschaftlich Richtige und über das wirtschaftlich Mögliche sich auf einer Linie bewegten, die mit der in Deutschland vertretenen häufig parallel lief. Das Ansehen der nationalökonomischen Wissenschaft hat er in ereignisreichen Zeiten in erster Linie bewahrt. Es wird nur wenige seiner schriftlichen Äußerungen geben, die nicht nach Deutschland ihren Weg und hier aufmerksamste Beachtung finden. Seine Kritik der Reparationsfrage im besonderen hat bereits vor fünf Jahren die entscheidenden Punkte berührt. Er zog damals schon Deutschlands Zahlungsfähigkeit gegenüber den Reparationsverpflichtungen in Zweifel. Vor der Konferenz von Genèva erließ er einen Aufruf an die Neutralen zur Wahrnehmung ihrer Interessen auf der Konferenz: „Der destruktiven Machtpolitik muß ein Ende gemacht werden.“ Zur Zeit der Konferenz forderte er die Beendigung der militärischen Besatzung auf deutschem Boden und die allgemeine Abrüstung. Er kritisierte den Ruhrreinfall, fand im Gutachten der Reparationsfachverständigen vom April 1924 die Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschätzt und nannte das Londoner Abkommen vom September desselben Jahres eine Wiederholung des Versailler Diktats. Die Ansprüche des Dawes-Plans hielt er für nicht durchführbar. Nach dem ersten Dawes-Jahr (Oktober 1925) bestätigte er seinen Standpunkt. Der Völkerverbund berief ihn 1921 als Gutachter über die Weltfinanzen und die deutsche Regierung erbat im Herbst 1922 seine Mitarbeit in dem Komitee, das über die Stabilisierung der Währung beraten sollte.

## Der Deutsche Oekonomist (Berlin)

Nr. 21 32

### Gustaf Cassel.

Am 20. Oktober beging der schwedische National-  
ökonom Gustaf Cassel seinen 60. Geburtstag.  
Sein Name ist weit über die Grenzen seiner engeren Hei-  
mat hinaus in der neuesten Zeit bekannt geworden; als  
die entscheidenden Fragen der Geld- und Wäh-  
rungspolitik in den Mittelpunkt der Erörterungen  
in der ganzen Welt rückten, war es Gustaf Cassel, der  
durch Wort und Schrift bald die allgemeine Aufmerksam-  
keit auf sich lenkte. Mit scharfer Logik, unbeeinflußt  
durch parteimäßiges Denken, gab er seiner Ueberzeugung,  
die auf der Quantitätstheorie fußte, stets rückhaltlos  
Ausdruck. Die Sinnwidrigkeiten und Schäden des Ver-  
sailer Diktats, die Unmöglichkeit der Durchführung des  
Dawes-Abkommens verfocht er immer von neuem, un-  
beirrt durch Anfeindungen von gegnerischer Seite, und  
erreichte es, daß sein Urteil gehört wurde auch da, wo  
man anfangs seinen Standpunkt nicht glaubte teilen zu  
können. Man weiß, es spricht aus ihm auf wissenschaft-  
licher Erkenntnis der wirtschaftlichen Vorgänge aufge-  
baute innere Ueberzeugung, nicht eine nur der augen-  
blicklichen politischen Konstellation entnommene  
Meinung.



Weser-Zeitung (Bremen)

№ 66

# Europa und die Kolonialwelt.

Von

Professor Dr. Gustav Cassel, Stockholm.

Copyright 1927 by Nordische Gesellschaft, Lübeck.

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt ist zu einem wesentlichen Teile ein Problem der Neuordnung der Verbindung zwischen Europa und der Kolonialwelt. Mit seiner stets wachsenden Bevölkerung ist Europa darauf angewiesen, für seinen zunehmenden Ueberschuß von Industrieprodukten einen Absatz zu finden und sich gleichzeitig eine immer größer werdende Zufuhr von Rohwaren und Lebensmitteln der Kolonialwelt zu sichern. So war es vor dem Kriege, und es muß in der Zukunft in noch höherem Grade so werden, je nachdem Europa dichter bevölkert wird und seine Naturschätze auf das äußerste in Anspruch genommen werden.

Für den europäischen Produzenten ist

die Kolonialwelt ein Markt,

auf dem er für seine Produkte einen Absatz zu suchen hat, und er fragt sich immer, ob die Kolonialwelt wirklich die genügende Kaufkraft zeigen wird, um alles, was ihr Europa darbieten kann, aufzunehmen. Man würde vielleicht diese Frage so beantworten wollen, daß es sich hier in der Tat nur um einen Austausch von Waren handelt, und daß die Kolonialwelt immer die Güter, deren Europa bedarf, produzieren und also auch hiermit die Industrieprodukte Europas bezahlen können muß, vorausgesetzt natürlich, daß diese den Bedürfnissen der Kolonialwelt angepaßt werden.

Ganz so einfach ist aber die Sache nicht. Wenn wir zur Vorkriegszeit zurückkehren, so finden wir, daß auch damals die Kolonialwelt mit ihren Produkten nicht alles bezahlen konnte, was sie als europäischen Export empfing, daß dieser Export vielmehr in dem Umfang, wie er tatsächlich vorhanden war, nur durch bedeutende, fortgesetzte Kredite Europas an die Kolonialwelt ermöglicht wurde.

Diese Kreditgewährung hatte von Anfang an die Bevölkerung der Kolonialgebiete mit einer Masse von Gütern für ihren laufenden Konsum, z. B. Kleider, versehen. Dadurch wurde für die Ausnutzung der Naturschätze, für die Bewirtschaftung des Bodens, für den Wohnungsbau und für die Verbesserung der Verkehrsmittel, mit anderen Worten für

die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonialwelt,

Arbeitskraft frei. Die Kredite hatten aber daneben eine andere und direktere Aufgabe, nämlich das nötige Real-Kapital, wie Werkzeuge und Maschinen, Material dazu, wie Eisen, Holz, Zement, Eisenbahnschienen und allerlei Halbfabrikate, zu liefern. Diese europäische Zufuhr von Real-Kapital mußte fortgesetzt werden, solange der wirtschaftliche Ausbau der Kolonialwelt fortschritt, und Europa hatte hier einen außerordentlich wichtigen Markt für eine seiner bedeutendsten Produktionszweige. In der Tat wurde es für die führenden Industrieländer Europas und auch für Schweden eine wichtige Spezialität, Realkapital und Material zu diesem Zwecke zu produzieren. Diese Produktion war von einem unablässigen wirtschaftlichen Fortschritt, besonders in der Kolonialwelt, abhängig.

Eine Existenzbedingung für diese Industrie war aber, daß Europa der Kolonialwelt die nötigen Geldmittel leichtwie zur Verfügung stellte. Dies geschah auch in großem Umfang, vornehmlich unter Mitwirkung von England,

Verschuldung der Kolonialwelt an Europa

unabhängig, und die Zinsen dieser Schuld liegen allmählich zu Beträgen, die eine wesentliche Rolle im Handel zwischen Europa und der Kolonialwelt spielten. Diese Zinsen mußten mit der Ausfuhr der Kolonialwelt bezahlt werden, und diese Ausfuhr wurde für den genannten Zweck zu einem sehr bedeutenden Teil in Anspruch genommen. Die Folge war, daß der Rest, der als Kaufkraft gegen europäische Waren austreten konnte, ziemlich stark beschränkt wurde. Wenn die europäischen Produzenten darüber klagten, daß sie in der Kolonialwelt keinen genügenden Markt für ihre Produkte finden konnten, so hatten sie in der Tat

die Ursache hierzu in dem Verhältnis zu suchen, daß Europa einen so großen Teil der Produkte der Kolonialwelt ohne direkte Bezahlung, nur als Zinsen auf früher investiertes Kapital empfing. Selbstverständlich war auf der anderen Seite diese zahlungsfreie Zufuhr von Rohmaterialien und Lebensmitteln von der Kolonialwelt ein außerordentlich großer Vorteil für Europa, ja in der Tat eine wichtige Voraussetzung eines erhöhten Lebensstandards für die stark wachsende europäische Bevölkerung. Die zinsenbelastete Kolonialwelt war aber im allgemeinen nicht in der Lage, selbst die Zufuhr von Realkapital, die ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung forderte, zu bezahlen. Wenn Europa hierzu weiter beitrug und sich gleichzeitig für seine Produktion von Realkapital einen Markt verschaffen wollte, so mußte Europa der Kolonialwelt auch die Kredite erhalten.

Nach dem Kriege konnte Europa die Kolonialwelt in weit geringerem Maße mit dem erforderlichen Kapital versehen. Das europäische Volkseinkommen ist zurückgegangen, oder wenigstens in seiner normalen Entwicklung stark gehemmt worden. Die Lust zum Sparen hatte durch jene Umwälzung jeder regelmäßigen Wirtschaft, welche die Kriege- und Inflationszeit schuf, ernstlich gelitten, und die Kapitalbildung, die wirklich zustandekam, ist in großem Umfang für den inneren europäischen Wiederaufbau in Anspruch genommen worden. Offenbar mußte unter solchen Verhältnissen

der Kapitalbedarf der Kolonialwelt zurückgesetzt

werden. In Europa hat man dieser Tatsache kaum die genügende Bedeutung beigemessen. Man hat offenbar nicht völlig verstanden, welche durchgreifende Bedeutung die mangelnde Kapitalversorgung der Kolonialwelt nicht nur für ihre eigene Entwicklung, sondern auch für ihre Möglichkeit, europäische Industrieprodukte zu kaufen, haben mußte. Wir dürften uns in dieser Sache von schönen Ziffern über den prozentualen Fortschritt der Kolonialwelt nicht irreführen lassen. Es liegt in der Natur der Sache, daß nach europäischem Maßstab dieser Fortschritt immer als ziemlich stark erscheinen muß. Die Frage ist nur, ob er in den letzten Jahren eine normale Stärke gehabt hat, wie es eine unablässige Bedingung für das wirtschaftliche Gedeihen Europas ist. Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß die plötzliche Einschränkung der Kreditgebung an die Kolonialwelt unvermeidlich zu einem mangelnden Absatz für Europas Ueberschußproduktion an Realkapital führen mußte. In der Tat haben wir diese unvermeidliche Folge vor unseren Augen. Es ist keineswegs ein Zufall, daß die Depression in Europa sich in den kapitalproduzierenden Industrien am stärksten

# Europa und die Kolonialwelt.

Von

Professor Dr. Gustav Cassel, Stockholm.

Copyright 1927 by Nordische Gesellschaft, Lübeck.

Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.

Das Problem des wirtschaftlichen Wiederaufbaues der Welt ist zu einem wesentlichen Teile ein Problem der Neuordnung der Verbindung zwischen Europa und der Kolonialwelt. Mit seiner stets wachsenden Bevölkerung ist Europa darauf angewiesen, für seinen zunehmenden Ueberschuß von Industrieprodukten einen Absatz zu finden und sich gleichzeitig eine immer größer werdende Zufuhr von Rohwaren und Lebensmitteln der Kolonialwelt zu sichern. So war es vor dem Kriege, und es muß in der Zukunft in noch höherem Grade so werden, je nachdem Europa dichter bevölkert wird und seine Naturschätze auf das äußerste in Anspruch genommen werden.

Für den europäischen Produzenten ist

**die Kolonialwelt ein Markt,**

auf dem er für seine Produkte einen Absatz zu suchen hat, und er fragt sich immer, ob die Kolonialwelt wirklich die genügende Kaufkraft zeigen wird, um alles, was ihr Europa darbieten kann, aufzunehmen. Man würde vielleicht diese Frage so beantworten wollen, daß es sich hier in der Tat nur um einen Austausch von Waren handelt, und daß die Kolonialwelt immer die Güter, deren Europa bedarf, produzieren und also auch hiermit die Industrieprodukte Europas bezahlen können muß, vorausgesetzt natürlich, daß diese den Bedürfnissen der Kolonialwelt angepaßt werden.

Ganz so einfach ist aber die Sache nicht. Wenn wir zur Vorkriegszeit zurückkehren, so finden wir, daß auch damals die Kolonialwelt mit ihren Produkten nicht alles bezahlen konnte, was sie als europäischen Export empfing, daß dieser Export vielmehr in dem Umfang, wie er tatsächlich vorhanden war, nur durch bedeutende, fortgesetzte Kredite Europas an die Kolonialwelt ermöglicht wurde.

Diese Kreditgewährung hatte von Anfang an die Bevölkerung der Kolonialgebiete mit einer Masse von Gütern für ihren laufenden Konsum, z. B. Kleider, versehen. Dadurch wurde für die Ausnutzung der Naturschätze, für die Bewirtschaftung des Bodens, für den Wohnungsbau und für die Verbesserung der Verkehrsmittel, mit anderen Worten für

**die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonialwelt,**

Arbeitskraft frei. Die Kredite hatten aber daneben eine andere und direktere Aufgabe, nämlich das nötige Realkapital, wie Werkzeuge und Maschinen, Material dazu, wie Eisen, Holz, Zement, Eisenbahnschienen und allerlei Halbfabrikate, zu liefern. Diese europäische Zufuhr von Realkapital mußte fortgesetzt werden, solange der wirtschaftliche Ausbau der Kolonialwelt fortschritt, und Europa hatte hier einen außerordentlich wichtigen Markt für eine seiner bedeutendsten Produktionszweige. In der Tat wurde es für die führenden Industrieländer Europas und auch für Schweden eine wichtige Spezialität, Realkapital und Material zu diesem Zwecke zu produzieren. Diese Produktion war von einem unablässigen wirtschaftlichen Fortschritt, besonders in der Kolonialwelt, abhängig.

Eine Existenzbedingung für diese Industrie war aber, daß Europa der Kolonialwelt die nötigen Geldmittel leihweise zur Verfügung stellte. Dies geschah auch in großem Umfang, vornehmlich unter Mitwirkung von England, Frankreich und Deutschland. Ein stetiger Strom von europäischen Sparmitteln wurde der Kolonialwelt zugeleitet, diente ihrem Ausbau und wurde gleichzeitig eine stetige Quelle zur Nachfrage nach europäischen Industrieprodukten.

In dieser Weise wuchs aber die

**Verschuldung der Kolonialwelt an Europa**

unablässig, und die Zinsen dieser Schuld stiegen allmählich zu Beträgen, die eine wesentliche Rolle im Handel zwischen Europa und der Kolonialwelt spielten. Diese Zinsen mußten mit der Ausfuhr der Kolonialwelt bezahlt werden, und diese Ausfuhr wurde für den genannten Zweck zu einem sehr bedeutenden Teil in Anspruch genommen. Die Folge war, daß der Rest, der als Kaufkraft gegen europäische Waren auftreten konnte, ziemlich stark beschränkt wurde. Wenn die europäischen Produzenten darüber klagten, daß sie in der Kolonialwelt keinen genügenden Markt für ihre Produkte finden konnten, so hatten sie in der Tat

die Ursache hierzu in dem Verhältnis zu suchen, daß Europa einen so großen Teil der Produkte der Kolonialwelt ohne direkte Bezahlung, nur als Zinsen auf früher investiertes Kapital empfing. Selbstverständlich war auf der anderen Seite diese zahlungsfreie Zufuhr von Rohmaterialien und Lebensmitteln von der Kolonialwelt ein außerordentlich großer Vorteil für Europa, so in der Tat eine wichtige Voraussetzung eines erhöhten Lebensstandards für die stark wachsende europäische Bevölkerung. Die zinsenbelastete Kolonialwelt war aber im allgemeinen nicht in der Lage, selbst die Zufuhr von Realkapital, die ihre weitere wirtschaftliche Entwicklung forderte, zu bezahlen. Wenn Europa hierzu weiter beitragen und sich gleichzeitig für seine Produktion von Realkapital einen Markt verschaffen wollte, so mußte Europa der Kolonialwelt auch die Kredite erhalten.

Nach dem Kriege konnte Europa die Kolonialwelt in weit geringerem Maße mit dem erforderlichen Kapital versehen. Das europäische Volkseinkommen ist zurückgegangen, oder wenigstens in seiner normalen Entwicklung stark gehemmt worden. Die Lust zum Sparen hatte durch jene Umwälzung jeder regelmäßigen Wirtschaft, welche die Kriegs- und Inflationszeit schuf, ernstlich gelitten, und die Kapitalbildung, die wirklich zustandekam, ist in großem Umfang für den inneren europäischen Wiederaufbau in Anspruch genommen worden. Offenbar mußte unter solchen Verhältnissen

**der Kapitalbedarf der Kolonialwelt zurückgesetzt**

werden. In Europa hat man dieser Tatsache kaum die genügende Bedeutung beigemessen. Man hat offenbar nicht völlig verstanden, welche durchgreifende Bedeutung die mangelnde Kapitalversorgung der Kolonialwelt nicht nur für ihre eigene Entwicklung, sondern auch für ihre Möglichkeit, europäische Industrieprodukte zu kaufen, haben mußte. Wir dürften uns in dieser Sache von schönen Ziffern über den prozentualen Fortschritt der Kolonialwelt nicht irreführen lassen. Es liegt in der Natur der Sache, daß nach europäischem Maßstab dieser Fortschritt immer als ziemlich stark erscheinen muß. Die Frage ist nur, ob er in den letzten Jahren eine normale Stärke gehabt hat, wie es eine unablässige Bedingung für das wirtschaftliche Gedeihen Europas ist. Aus dem oben Gesagten geht hervor, daß die plötzliche Einschränkung der Kreditgewährung an die Kolonialwelt unvermeidlich zu einem mangelnden Absatz für Europas Ueberschußproduktion an Realkapital führen mußte. In der Tat haben wir diese unvermeidliche Folge vor unseren Augen. Es ist keineswegs ein Zufall, daß die Depression in Europa sich in den kapitalproduzierenden Industrien am stärksten geltend macht, oder daß diejenigen Länder, die hinsichtlich der Ausfuhr von Realkapital an die Kolonialwelt gewöhnlich an erster Stelle zu stehen pflegten, nämlich England und Deutschland, jetzt am schwersten unter der Arbeitslosigkeit leiden. Der Zusammenhang ist in den großen Zügen vollständig klar. Aber eben deshalb ist eine nähere Untersuchung sowohl über den tatsächlichen Mangel der Kolonialwelt an Kreditmitteln und die daraus folgende Beschränkung ihrer normalen Kaufkraft, wie auch über die ent-

2. 11. 27  
p. 8



sprechende Verminderung der Exportmöglichkeiten für die kapitalproduzierenden Industrien Europas unbedingt notwendig. In der letzten Zeit ist sehr interessantes Material über diese Frage erschienen, aus dem wichtige Schlüsse gezogen werden können. Eine Bearbeitung dieses Materials unter den angeführten Gesichtspunkten ist sehr lohnend. Ich werde in einem folgenden Artikel die Hauptschlüsse, die man daraus ziehen kann, zusammenzustellen versuchen.

Somit kann aber bereits jetzt gesagt werden, daß  
**eine Verbesserung der Kapitalversorgung der Kolonialwelt  
eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche  
Gesundung Europas**

sein muß. Es ist freilich wahr, daß nunmehr von den Vereinigten Staaten Hilfe hierzu erwartet werden kann. Ohne Zweifel ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine ausgedehnte Kreditgewährung der Vereinigten Staaten an die Kolonialwelt eines der wichtigsten Mittel zur Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in Europa. Dafür kann aber Europa sich einer Hauptverantwortung für die Kapitalversorgung der Kolonialwelt nicht entziehen. In der

**Tat kann Europa seine Aufgabe in dieser Hinsicht sehr wohl erfüllen, teils durch vermehrte Arbeit und größere Sparsamkeit, und teils durch eine Beschränkung seiner vielen ziemlich künstlichen und unrentablen Kapitalbedürfnisse. Je früher Europa diese notwendigen Voraussetzungen für das Wiederaufblühen der Weltwirtschaft voll und ganz erkennt, desto besser!**

sprechende Verminderung der Exportmöglichkeiten für die kapitalproduzierenden Industrien Europas unbedingt notwendig. In der letzten Zeit ist sehr interessantes Material über diese Frage erschienen, aus dem wichtige Schlüsse gezogen werden können. Eine Bearbeitung dieses Materials unter den angeführten Gesichtspunkten ist sehr lohnend. Ich werde in einem folgenden Artikel die Hauptschlüsse, die man daraus ziehen kann, zusammenzustellen versuchen.

Somit kann aber bereits jetzt gesagt werden, daß  
**eine Verbesserung der Kapitalversorgung der Kolonialwelt  
eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche  
Gesundung Europas**

sein muß. Es ist freilich wahr, daß nunmehr von den Vereinigten Staaten Hilfe hierzu erwartet werden kann. Ohne Zweifel ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine ausgedehnte Kreditgewährung der Vereinigten Staaten an die Kolonialwelt eines der wichtigsten Mittel zur Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in Europa. Dafür kann aber Europa sich einer Hauptverantwortung für die Kapitalversorgung der Kolonialwelt nicht entziehen. In der

Tat kann Europa seine Aufgabe in dieser Hinsicht sehr wohl erfüllen, teils durch vermehrte Arbeit und größere Sparsamkeit, und teils durch eine Beschränkung seiner vielen ziemlich künstlichen und unrentablen Kapitalbedürfnisse. Je früher Europa diese notwendigen Voraussetzungen für das Wiederaufblühen der Weltwirtschaft voll und ganz erkennt, desto besser!



## Kölnische Zeitung

Nr. 320

### Gustav Cassel in Köln.

Die Anwesenheit Gustav Cassels in Köln, wo er vor den rheinischen Industriellen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker spricht, verpflichtet nicht allein den Volkswirt, sondern auch den Rheinländer zur Würdigung dieser hervorragenden skandinavischen Persönlichkeit. Er hat mit seinen wissenschaftlichen Arbeiten und mit seiner stets klaren und unbeirrbaren Wirtschaftskritik dem besiegten, gedemütigten und vereinsamten Deutschland des Versailler Vertrags die größten Dienste geleistet, allerdings nicht uns zuliebe, sondern aus strenger wissenschaftlicher Objektivität und einem starken europäischen Verantwortungsgefühl heraus. Er war wohl der erste und im wissenschaftlichen Bereich wirksamste Rufer in der Wüste der wirtschaftlichen Unterdrückungs-, Auszäunungs- und Abperrungspolitik der Siegermächte und hat zusammen mit den Amerikanern die geistigen Grundlagen für die Reform der Wiederherstellungspolitik alten Stiles wesentlich mitgeschaffen.

Wie viele Wissenschaftler, die auf ihrem Gebiet neue Bahnen gebrochen haben, war auch Gustav Cassel ursprünglich Außenleiter. Er lernte und lehrte zunächst Mathematik, bis ihn die Nationalökonomie immer mehr anzog, die er vor allem in Deutschland und England studierte. Dann ließ er sich abermals, diesmal aber als Dozent der Wirtschaftswissenschaft, in Stockholm nieder. Im Laufe der Zeit entwickelte er sich zu einem führenden Sachverständigen für Geldwesen und weltwirtschaftliche Fragen. Sein hervorragendstes Werk ist die „Theoretische Nationalökonomie“, in der er die Lehre von der Preisbildung maßgebend weiterentwickelte. Sein wissenschaftlicher Einfluß auf die verschiedenen Stabilisierungsprozesse war bedeutend: zweimal erstattete er im Auftrag des Völkerbundes Gutachten über das Geldproblem der Welt.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man Cassel als einen Freihändler, allerdings ganz modernen Stils, bezeichnet und als einen Gegner jeder Abperrungs- und Monopolwirtschaft. Er wird daher noch eine Riesenarbeit zu leisten haben, wenn er seine Grundsätze, die auf dem Gebiet des Geldwesens noch die geringsten Widerstände fanden, in der europäischen Wirtschaft noch mehr zur Anerkennung bringen will. Seine zwei Reden, die er auf seiner Durchreise zur Genfer Wirtschaftskonferenz in Deutschland hält, sagen auch uns manche scharfformulierte Wahrheit und versuchen, unser wirtschaftspolitisches Denken, das auf vielen Gebieten eingeengt und von bequemen Vorurteilen getragen ist, aufzurütteln und sachlicher fortzubilden. Zweifellos hat seine Art, zu richten und zu formulieren, neben aller zwingenden Logik etwas Radikales. Der Abstand seiner Theorien von der wirtschaftlichen Wirklichkeit und den Interessen und Zwängen des Alltags erscheint uns vielfach zu groß. Aber es ist nicht die Pflicht des Wissenschaftlers, der Praxis billige Zugeständnisse zu machen und Kompromißbrücken zu bauen, wie das gerade auf wirtschaftswissenschaftlichem Gebiet vielfach geschieht. So wirkt Cassel auch als Charakter vorbildlich und bezwingend. Wir können ihm nur wünschen, daß er noch lange, so wie er ist, lehren und wirken möge. Der Rheinländer aber wird ihm nicht den Freimut vergessen, mit dem er im Dezember 1922 im Svenska Dagbladet Frankreich sagte: „Es will sich dafür bezahlen lassen, daß es sich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau der Welt nicht in den Weg stellt. Es ist aber gefährlich für Frankreich, allzulehr die Notwendigkeit der Pfänderpolitik hervorzuheben, denn es hat mächtige Gläubiger, die auch auf den Poincaréschen Gedanken kommen könnten, etwas vom Reichtum des Schuldners zu retten, dadurch, daß sie sich territoriale Pfänder oder produktive Bürgschaften verschaffen.“

## Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

207

# Die Generaldebatte in Genf

## Professor Cassel als erster Redner

sch. Genf, 4. 5. (Eigenbericht)

Der erste Redner der Generaldebatte, zugleich der erste Redner der Nachmittagsitzung, war, wie bereits kurz berichtet, der Professor der Stodholmer Universität Karl Gustav Cassel. Die Bedeutung seiner Person und die Wichtigkeit der von ihm vorgebrachten Argumente rechtfertigt eine eingehendere Behandlung seiner Ausführungen.

Die Verantwortung des ersten Redners der Generaldebatte, begann

### Professor Cassel,

ist groß. Die Konferenz soll die gegenwärtige Unsicherheit in Handel und Industrie analysieren und einen Bericht machen, wie diesem Zustande abzuhelfen wäre. Man muß also das Wesentliche der heutigen Lage herausfinden. Das ist wichtig, weil von unserem Urteil die Arbeiten der Kommissionen beeinflusst sein werden, wenn sie die heutigen Schwierigkeiten verstehen wollen. Diese können größtenteils psychologisch aufgefaßt werden, denn die führenden Ideen regieren auch in der Wirtschaft. Falsche Ideen üben den verhängnisvollsten Einfluß. Diese falschen Ideen müssen zuerst erkannt werden.

#### Die erste falsche Idee

ist, daß ein Land glaubt, seinem Handel zu nützen, wenn es den Handel anderer Länder zerstört. Doch hat man diesen Fehler teilweise schon begriffen. Ich will nur noch eine falsche Idee hervorheben, diejenige, die darin besteht, zu glauben, daß die Weltmarktkraft zu gering wäre für die gegenwärtige Weltproduktion. Aus dieser Idee folgt die Auffassung, man müsse die Produktion vermindern. Diese Idee kann zur allgemeinen Verarmung führen. Wir müssen die Frage lösen, ob wir zusammenkommen, um gemeinschaftlich die Produktion und die Wareneinkünfte der Welt zu vermindern oder ob wir die Produktion vermehren und die Welt bereichern wollen.

Man kann nicht sagen, daß eine bestimmte Weltmarktkraft an sich bestehe.

#### Die gesamte Marktkraft der Menschheit

kann nur der Gesamtproduktion gleichen. Wenn wir beschließen, die Produktion auf das Niveau einer bestimmten Marktkraft herabzusetzen, schädigen wir die Marktkraft und gelangen zur Verarmung. Natürlich kann nicht jeder Produzent seine Käufer finden, wenn er erzeugt, was er will, ohne Rücksicht auf den Preis. Der Erzeuger muß die Marktbefürfnisse be-

rücksichtigen und die Preise eventuell vermindern. Wenn er das nicht kann, muß er anderes produzieren, was mehr verlangt wird. Auch wenn er nicht Erfolg hat, darf er die Schwäche der Marktkraft nicht beschuldigen. Man darf keinem dieser Wege künstliche Schwierigkeiten schaffen, weil sonst die Erzeugungskraft nicht voll ausgenutzt werden kann.

#### Das Kennzeichen der Gegenwart

ist der falsche Gebrauch, den man von der europäischen Produktionskraft macht und dessen Folge die große Arbeitslosigkeit ist. Die Beratungen unserer Konferenz müssen die Frage lösen, wie die Arbeitslosigkeit zu beseitigen wäre. Die Folgen fühlt übrigens auch die übrige Welt. Die europäischen Industrieprodukte sind zu teuer. Die Kräfte, die Monopole antreiben und die sehr verbreitet sind, hindern die beste Ausnutzung der Erzeugung. So kann die Industrie nicht absetzen und die Arbeitslosigkeit wächst erschreckend. Wir müssen uns also stets mit den Monopolen befassen: den Großunternehmungen mit ihren Preiserhöhungen und den gleichartigen Bestrebungen der Syndikate nach Lohnerhöhungen, die andere Arbeiter arbeitslos machen, und drittens mit den Regierungsversuchen, die die ergiebigste Ausnutzung der Produktion verhindern.

#### Nach dem Kriege wurden

#### die Rölle verwaltungstechnisch erhöht

und schufen allgemeine Unsicherheit. Wir können nicht sofort zur vollen Handelsfreiheit gelangen, aber wir können die stärksten Mißbräuche unterdrücken. So könnte die Konferenz zur wirtschaftlichen Abrüstung gelangen. Das freie Spiel der Erzeugungskraft ist nicht nur hinsichtlich der Waren, sondern auch hinsichtlich der Handarbeit gestört. Dagegen hat die relative Beweglichkeit des Kapitals bereits einigermaßen genügt. Die Preisindizes zeigen, daß die größte Steigerung sich auf die beinahe vollkommen gebrauchsfähigen Waren mehr erstreckt als auf die im ersten Erzeugungsstadium befindlichen. Je mehr ein Produkt sich der Vervollendung nähert, desto rascher wird es teurer.

#### Die Lebenskosten

steigen weit mehr als der Generalindex an. Die Syndikate vermochten die Löhne an Ort und Stelle mehr zu steigern als bei den Berufsvereinigungen mit starker auswärtiger Konkurrenz. Redner gab zahlreiche Beispiele aus Schweden, z. B. viel stärkere Preissteigerung auf den inländischen Eisenbahnen mit lokalem Schutz als die stark konkurrenziierten Schiffsfrachten.

In Deutschland steigen die Indizes gleichfalls mit dem Erzeugungsgrad. Dagegen

wenden



teilen die Preise der Kolonialprodukte im Verhältnis zu den aus Europa eingeführten fertigen Waren. Europa gleicht einem Industriellen, der zu hohe Preise verlangt und seine Waren daher aufstapeln muß.

#### Europa stapelt alle ungenützten Arbeitskräfte auf.

Die Erhaltung der Arbeitslosen ist teuer und degradiert sie in ihrer Würde. Die Forderung der europäischen Produkte stört die Landwirtschaft und die Kolonien. Beide sind behindert, weil kein Sparkapital mehr besteht. Diesem Mangel können amerikanische Anleihen nicht abhelfen. Wenn die Kolonien keine Anleihen bekommen können, kann Europa nicht produzieren, was sich besonders beim Stahl, Eisen und den Maschinen zeigt, also besonders in den am meisten leidenden Ausfuhrstaaten England und Deutschland. Diese Entwicklung, für die Europa durch die Arbeitslosenkosten und die Nichtausnutzung der industriellen Arbeitskraft die eine Rolle spielt, dagegen die Leiden der Landwirtschaft und der Kolonien die andere, muß als der deutlichste Ausdruck des Irrtums der Monopolpolitik angesehen werden.

Der nächste Redner

#### Graf Bonin-Italien,

erging sich in einer sehr begeisterten Schilderung des Völkerbundes und der Neigung Italiens für den Völkerbund. Sonst machte er nur eine ganz leise Anspielung auf die Schmerzen Italiens: Mangel an Rohstoffen und Überfluß an Handarbeit. Er hofft auf gemeinsame Mitarbeit aller für alle.

Namens der Internationalen Handelskammer sprach

#### Sir Walter Runciman.

Er sprach besonders namens der 22 nationalen Komitees dieser Kammer, von denen nur zwei geringe Vorbehalte gemacht hatten. Sie bestätigten, daß trotz der Beseitigung der Zerstörungen und Verluste seit dem Kriege die Zerstörung der Wirtschaft fortbesteht. Europa ist leistungsfähig wie früher. Aber der Handel beträgt nur 90 Prozent. Die Währungskrankheit ist beinahe ganz verschwunden, aber die von ihr hervorgerufenen

#### maßlosen Schutzzölle

bestehen weiter. Damit wurden die wichtigsten Geschäftsbeziehungen unterbunden, diejenigen, die sich aus langfristigen Kontrakten ableiten und die dem Erzeuger, Verbraucher und Arbeiter am meisten bieten. Das amerikanische Komitee der Kammer hat auf das Fehlen der Zollschranken in Amerika hingewiesen und sieht darin den größten Vorteil der Neuen Welt. Leider kann unsere Generation noch nicht auf die Beseitigung der Zollschranken rechnen, aber sie müssen gesenkt werden. Zollkonventionen und Handelsverträge müssen beiden Teilen nützen. Die Handelskammer verlangt die Stabilisierung und Langfristigkeit der Zolltarife. Ebenso muß die Nomenklatur vereinheitlicht werden. Die zwei gegenwärtigen sind für den künftigen von uns schwer verständlich. Wir brauchen nur ein einziges System.

Die Gegenpartei kam in der Person des ehemaligen polnischen Handelsministers

#### Olivinski

zu Wort. Er sieht die Folgen der Zerstörung des Krieges als verzweifelt an. Kapitalmangel — Amerika ist bloß kontrollierender Bankier — führte zur Inflation. Die armen Europäer wollten auswandern, was die Einwanderungsländer verhinderten. Man schuf also zu Hause neue Industrien, um die Arbeiter zu beschäftigen. Als Kapitalien aus Übersee kamen, wurden sie schlecht verteilt.

Es muß die Kaufkraft der Nationen gehoben werden,

was leicht wäre, wenn es bloß Industrieländer und Agrarländer gäbe. Leider sind die meisten Länder gemischten Charakters. Die Industrie findet aber ihren besten Absatz in industrialisierten Ländern; dies war vor dem Kriege ähnlich. Redner will damit die Industrie in den noch nicht industrialisierten Ländern beschützen, verweist auf ihren Wechselkurs und ihr Handelsgleichgewicht. Anziehungsmöglichkeit und Schutz des fremden Kapitals in diesen. Er erinnert an die Notwendigkeit der Unterbringung der Ausländer. Dauernde Zusammenarbeit ist nötig durch Vermittlung des Völkerbundes und der übrigen internationalen Anstalten. Er hofft auf die Zusammenarbeit der Zentralbanken.

★

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hermes empfing gestern abend die Vertreter der deutschen Presse. Unter Hinweis auf die bevorstehenden Beratungen der Weltwirtschaftskonferenz über Landwirtschaftliche

Probleme betonte er, daß die Weltwirtschaftskrise nur dann erschöpfend behandelt werden könne, wenn auch die Phänomene der Weltagrarkrise dabei in vollem Ausmaße berücksichtigt würden, denn die Weltwirtschaftskrise treffe die Landwirtschaft nicht weniger als Industrie und Handel. Hermes erinnerte daran, daß der Wirtschaftskonferenz gerade über diese Zusammenhänge eine eingehende deutsche Denkschrift unterbreitet worden. Eine weitere deutsche Denkschrift behandle die Möglichkeiten und Vorteile einer direkten Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Erzeugergenossenschaften und Konsumgenossenschaften.

★

Als Sachverständige des Genossenschaftswesens für die Genfer Weltwirtschaftskonferenz haben die im Wirtschaftsausschuß der „Deutschen Erzeuger und Verbraucher-genossenschaften“ zusammengeschlossenen Genossenschaftsverbände der Reichsregierung folgende Persönlichkeiten benannt: Reg.-Rat Gennes, Berlin, für den „Reichsverband der Deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften“, Direktor Ruhn, Frankfurt a. M., für den „Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften“, Reichstagsabgeordneter Generaldirektor Schlad, Düsseldorf, für den „Reichsverband Deutscher Konsumvereine“ und Direktor Raumann, Hamburg, für den „Zentralverband Deutscher Konsumvereine“.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

№ 295

# Professor Cassels Vortrag in Stockholm

## Die Staatssubventionen an den Handel

Stockholm, 28. 6.

Auf der Konferenz der Internationalen Handelskammer hat, wie bereits kurz gemeldet, Professor Gustav Cassel einen Vortrag über die Staatssubventionen an den Handel gehalten, der u. a. folgende Ausführungen enthält:

Unter Staatssubvention verstehen wir die von den öffentlichen Behörden an die nationale Produktion gewährte finanzielle Unterstützung. Diese Unterstützung nimmt verschiedenartige Formen an. Die verbreitetste besteht aus den Importgebühren (Zöllen), deren Zweck ist, dem nationalen Produzenten einen Vorteil gegenüber seinem ausländischen Konkurrenten zu verschaffen. Eine Unterstützung gleicher Art bildet die Bevorzugung der nationalen Produktion durch den Staat für seine Einkäufe, für die Ausführung der öffentlichen Arbeiten oder für die Lieferung von Rohstoffen. Die Exportprämien, die in vielerlei Formen vorkommen, bilden eine andere Kategorie der Staatssubventionen. Alle diese Kategorien der Unterstützung können durch eine Verbrauchssteuern erhöht werden, die die Verbrauchsmittel hauptsächlich in den Dienst der nationalen Produktion stellt.

Was nun den Gegenstand oder den

### Zweck der Staatssubventionen

anbetrifft, so kann z. B. der Staat eine Industrie unterstützen, ohne die Beziehungen dieser Industrie zu dem Außenhandel zu berücksichtigen. Einen anderen Zweck verfolgen die Subventionen, die dahin zielen, auf dem inneren Markt die Stellung der nationalen Produktion gegenüber der ausländischen Konkurrenz zu heben. Dazu dienen die Zölle oder, in einem bescheideneren Maße, der obligatorische Ursprungsvermerk oder die Propaganda zugunsten der nationalen Erzeugnisse. Wir finden noch eine Form der Subventionen an die einheimische Produktion, die danach streben, die Ausfuhr zu erleichtern und die Stellung des nationalen Produzenten auf den ausländischen Märkten zu stärken: dazu dienen in erster Linie die Exportprämien. Eine besondere Gruppe wird durch die Prämien an die Schifffahrt gebildet.

Auf die

### Wirkungen der Subventionspolitik

eingehend, bemerkte Professor Cassel, daß diese

Wirkungen weniger eine Folge der angewandten Methoden als der Existenz der Sache selbst sind. Für das Land, das die Unterstützung gewähre, sind diese immer ein Opfer, aus dem man gewisse Vorteile zu erlangen hofft. Wenn aber, wie es fast immer der Fall ist, das System der Subventionen sich auf das ganze wirtschaftliche Leben ausdehnt, bilden diese Opfer eine ungemein schwere Last, die in der Regel die Vorteile illusorisch macht. Auch hat die Subventionspolitik eines Staates Gegenmaßnahmen der anderen Staaten zur Folge. In dem Fall, wo sie die Preise der nationalen Produkte auf den ausländischen Märkten niedriger gestaltet als auf dem inneren Markt des Produktionslandes, haben wir eine sogenannte Dumpingpolitik vor uns, gegen die sich das Ausland mit allen Mitteln zu wehren sucht. Die Wirkungen aller Formen der Subventionspolitik bilden eine Gefahr für die Weltwirtschaft und führen zu Reibungen zwischen den verschiedenen Ländern.

### Die Prüfung des Subventionsystems

gibt uns Anlaß, verschiedene Wünsche zu formulieren, wobei wir das radikale Mittel nicht ins Auge fassen wollen, das darin bestünde, das ganze System auf einmal zu beseitigen. Dadurch würden wir uns außerhalb des Bereichs der Möglichkeiten befinden, und eine solche Maßregel könnte auch empfindliche Störungen verursachen. Der erste Wunsch betrifft die Veröffentlichung des besonderen Subventionsystems jeden Landes. Der zweite wäre, eine größere Stabilität der Bedingungen des internationalen Handels zu verlangen. Drittens könnte man sich über die Vereinheitlichung der Anwendung der Subventionspolitik in den Beziehungen zu den verschiedenen ausländischen Ländern verständigen. Der vierte Wunsch ginge dahin, die Subventionspolitik in bezug auf ihre verschiedenen Formen zu begrenzen, und endlich wäre es vielleicht ratsam, zu prüfen, ob nicht internationale Abkommen die Höhe der Subventionen herabsetzen könnten.

Die Teilnehmer der Konferenz wurden gestern um 4 Uhr nachmittags vom König und dem Kronprinzenpaar im königlichen Schlosse empfangen.



Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. 32

## IST EINE PANEUROPÄISCHE WÄHRUNG MÖGLICH?

Von Gustav Cassel, Stockholm

Die Verwirrung der Nachkriegszeit auf monetärem Gebiete hat den Gedanken aufkommen lassen, daß eine wirkliche Lösung des Problems in der Schaffung einer neuen Währung bestünde, die von allen europäischen Ländern gemeinsam eingeführt werden müßte. Dieser Gedanke ist besonders durch das Beispiel der Vereinigten Staaten gestärkt worden, die alle gemeinsam die gleiche Währung haben, und die nichts wissen von den internen Währungsschwierigkeiten, die für das in viele Teile gesplante Europa so charakteristisch sind. Diejenigen, welche ein derartiges Heilmittel für die europäischen Verhältnisse befürworten, übersehen indessen die dem Problem anhaftenden Schwierigkeiten. Ihre Auffassung beruht zumeist auf einer einseitig technischen Fassung des Geldbegriffes. Nach ihrer Meinung ist Geld nichts weiter als ein Stück Metall von bestimmtem Gewicht. Natürlich könnte nichts einfacher sein als dieses Gewicht für alle Länder in gleicher Höhe festzulegen. Ich erhalte fortlaufend eine Menge von Briefen, besonders von Ingenieuren und anderen Leuten mit rein technischer Bildung, die derartige Vorschläge unterbreiten, und glauben, damit eine bedeutende Erfindung gemacht zu haben. Solche Pläne sind aber lediglich das Resultat einer sehr oberflächlichen Ansicht von der Natur des Geldes.

Geld ist nicht lediglich ein Stück Metall von bestimmtem Gewicht. Das Geld eines modernen Landes ist eine abstrakte Recheneinheit, in der alle Werte ausgedrückt werden. Die Kaufkraft dieser Einheit ist abhängig von einer bestimmten Begrenzung der Versorgung mit Zahlungsmitteln, die als Repräsentanten dieser Einheit anerkannt sind. Diese Zahlungsmittel sind in der Hauptsache Banknoten und Bankdepositen, auf die Schecks gezogen werden können. Die Gesamtheit dieser Bankzahlungsmittel muß dauernd so beschränkt sein, daß jene Knappheit an Zahlungsmitteln herrscht, die erforderlich ist, um der Währungseinheit eine bestimmte Kaufkraft und damit ein bestimmtes Verhältnis zum Golde zu verleihen. Die Erreichung dieses Ziels erfordert offensichtlich einen sehr komplizierten und sehr vollkommen arbeitenden Mechanismus und die dauernde Überwachung durch eine Zentralinstanz von höchsten Fähigkeiten.

Diese Verwaltung ist die wichtigste Seite der ganzen Währungsfrage. Die Vorbedingung für die Durchführung einer solchen Verwaltung ist naturgemäß, daß das Land eine politische Einheit mit einheitlicher Gesetzgebung bildet, und daß das gesamte monetäre System in die Hand einer Zentralinstanz gegeben ist, wie sie beispielsweise die Bank von England darstellt, die die Kontrolle über die Ausgabe von gesetzlichen Zahlungsmitteln besitzt.

Eine geordnete Geldverfassung ist also ihrem Wesen nach eine staatliche Errungenschaft, und es ist daher vergeblich zu hoffen, daß die verschiedenen Nationen zu einer Vereinheitlichung der Geldverfassung gelangen werden, so lange sie in anderen Beziehungen unabhängig bleiben. Die früheren deutschen Einzelstaaten konnten niemals eine gemeinsame deutsche Währung schaffen, dieses an sich so wünschenswerte Ziel wurde erst nach Gründung des Deutschen Reiches und der Reichsbank erreicht. Die verschwommene Idee einer einheitlichen internationalen Währung bildete auch die Grundlage für die lateinische und die skandinavische Münzunion, die in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ins Leben gerufen wurden. Diese Unionen hielten aber den Belastungen durch die monetären Umwälzungen der Kriegszeit und der Nachkriegsinflation nicht Stand, die dabei gesammelten Erfahrungen sind nicht geeignet, zu neuen Experimenten in der gleichen Richtung zu ermutigen.

Es wird besser für uns sein, wenn wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß der wahre Geltungsbereich für einheitliche Währung die politisch organisierte Nation ist. Die Kaufkraft, die jede einzelne Nation ihrer Währungseinheit durch entsprechende Verknappung der Zahlungsmittelversorgung verleiht, bildet die Grundlage für den Wechselkurs mit anderen Währungen. Jeder Staat muß durch fortgesetzte Bemühungen dieses Austauschverhältnis aufrechtzuerhalten suchen. Seine Handelsbilanz wird sehr stark von der Kaufkraft seiner Währung beeinflusst und gleichzeitig steht seine Zahlungsbilanz in engster Beziehung zur gesamten Währungs- und Zollpolitik. Unter diesen Umständen ist schwer einzusehen, wie ein monetäres System außerhalb nationaler Organisation zu bestehen vermöchte.

Die Schöpfung einer paneuropäischen Währung ist aus diesen Gründen ein Wunsch, der bis zur Verwirklichung eines paneuropäischen Staates verschoben werden muß. Eine verlässlich arbeitende Geldverfassung ist tatsächlich die letzte Errungenschaft organisierten Staatslebens. Es wäre vergeblich, nach den reifen Früchten zu verlangen, wo wir nicht einmal den Baum gepflanzt haben. Will man das Geldgeschäft europäischer Währungen erweitern, so müssen wir zunächst verwandte Nationen miteinander vereinigen, oder solche, die ihrer Lage nach besonders zur Bildung einer wirtschaftlichen Einheit gedrängt werden. Mit anderen Worten, die Beziehungen der europäischen Staaten zueinander müssen sich gerade in entgegengesetzter Richtung als jener, die nach dem Weltkrieg für kluge Politik gehalten wurde, entwickeln.

## Wirtschaftsdienst (Hamburg)

Nr. 32

## IST EINE PANEUROPÄISCHE WÄHRUNG MÖGLICH?

Von Gustav Cassel, Stockholm

Die Verwirrung der Nachkriegszeit auf monetärem Gebiete hat den Gedanken aufkommen lassen, daß eine wirkliche Lösung des Problems in der Schaffung einer neuen Währung bestünde, die von allen europäischen Ländern gemeinsam eingeführt werden müßte. Dieser Gedanke ist besonders durch das Beispiel der Vereinigten Staaten gestärkt worden, die alle gemeinsam die gleiche Währung haben, und die nichts wissen von den internen Währungsschwierigkeiten, die für das in viele Teile gesplante Europa so charakteristisch sind. Diejenigen, welche ein derartiges Heilmittel für die europäischen Verhältnisse befürworten, übersehen indessen die dem Problem anhaftenden Schwierigkeiten. Ihre Auffassung beruht zumeist auf einer einseitig technischen Fassung des Geldbegriffes. Nach ihrer Meinung ist Geld nichts weiter als ein Stück Metall von bestimmtem Gewicht. Natürlich könnte nichts einfacher sein als dieses Gewicht für alle Länder in gleicher Höhe festzulegen. Ich erhalte fortlaufend eine Menge von Briefen, besonders von Ingenieuren und anderen Leuten mit rein technischer Bildung, die derartige Vorschläge unterbreiten, und glauben, damit eine bedeutende Erfindung gemacht zu haben. Solche Pläne sind aber lediglich das Resultat einer sehr oberflächlichen Ansicht von der Natur des Geldes.

Geld ist nicht lediglich ein Stück Metall von bestimmtem Gewicht. Das Geld eines modernen Landes ist eine abstrakte Recheneinheit, in der alle Werte ausgedrückt werden. Die Kaufkraft dieser Einheit ist abhängig von einer bestimmten Begrenzung der Versorgung mit Zahlungsmitteln, die als Repräsentanten dieser Einheit anerkannt sind. Diese Zahlungsmittel sind in der Hauptsache Banknoten und Bankdepositen, auf die Schecks gezogen werden können. Die Gesamtheit dieser Bankzahlungsmittel muß dauernd so beschränkt sein, daß jene Knappheit an Zahlungsmitteln herrscht, die erforderlich ist, um der Währungseinheit eine bestimmte Kaufkraft und damit ein bestimmtes Verhältnis zum Golde zu verleihen. Die Erreichung dieses Ziels erfordert offensichtlich einen sehr komplizierten und sehr vollkommen arbeitenden Mechanismus und die dauernde Überwachung durch eine Zentralinstanz von höchsten Fähigkeiten.

Diese Verwaltung ist die wichtigste Seite der ganzen Währungsfrage. Die Vorbedingung für die Durchführung einer solchen Verwaltung ist naturgemäß, daß das Land eine politische Einheit mit einheitlicher Gesetzgebung bildet, und daß das gesamte monetäre System in die Hand einer Zentralinstanz gegeben ist, wie sie beispielsweise die Bank von England darstellt, die die Kontrolle über die Ausgabe von gesetzlichen Zahlungsmitteln besitzt.

Eine geordnete Geldverfassung ist also ihrem Wesen nach eine staatliche Errungenschaft, und es ist daher vergeblich zu hoffen, daß die verschiedenen Nationen zu einer Vereinheitlichung der Geldverfassung gelangen werden, so lange sie in anderen Beziehungen unabhängig bleiben. Die früheren deutschen Einzelstaaten konnten niemals eine gemeinsame deutsche Währung schaffen, dieses an sich so wünschenswerte Ziel wurde erst nach Gründung des Deutschen Reiches und der Reichsbank erreicht. Die verschwommene Idee einer einheitlichen internationalen Währung bildete auch die Grundlage für die lateinische und die skandinavische Münzunion, die in den 60er und 70er Jahren des letzten Jahrhunderts ins Leben gerufen wurden. Diese Unionen hielten aber den Belastungen durch die monetären Umwälzungen der Kriegszeit und der Nachkriegsinflation nicht Stand, die dabei gesammelten Erfahrungen sind nicht geeignet, zu neuen Experimenten in der gleichen Richtung zu ermutigen.

Es wird besser für uns sein, wenn wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß der wahre Geltungsbereich für einheitliche Währung die politisch organisierte Nation ist. Die Kaufkraft, die jede einzelne Nation ihrer Währungseinheit durch entsprechende Verknappung der Zahlungsmittelversorgung verleiht, bildet die Grundlage für den Wechselkurs mit anderen Währungen. Jeder Staat muß durch fortgesetzte Bemühungen dieses Austauschverhältnis aufrechtzuerhalten suchen. Seine Handelsbilanz wird sehr stark von der Kaufkraft seiner Währung beeinflusst und gleichzeitig steht seine Zahlungsbilanz in engster Beziehung zur gesamten Währungs- und Zollpolitik. Unter diesen Umständen ist schwer einzusehen, wie ein monetäres System außerhalb nationaler Organisation zu bestehen vermöchte.

Die Schöpfung einer paneuropäischen Währung ist aus diesen Gründen ein Wunsch, der bis zur Verwirklichung eines paneuropäischen Staates verschoben werden muß. Eine verlässlich arbeitende Geldverfassung ist tatsächlich die letzte Errungenschaft organisierten Staatslebens. Es wäre vergeblich, nach den reifen Früchten zu verlangen, wo wir nicht einmal den Baum gepflanzt haben. Wollen wir das Geltungsgebiet euro-

päischer Währungen erweitern, so müssen wir zunächst verwandte Nationen miteinander vereinigen, oder solche, die ihrer Lage nach besonders zur Bildung einer wirtschaftlichen Einheit gedrängt werden. Mit anderen Worten, die Beziehungen der europäischen Staaten zueinander müssen sich gerade in entgegengesetzter Richtung als jener, die nach dem Weltkrieg für kluge Politik gehalten wurde, entwickeln.



Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. Main)

Nr. 370

— Der schwedische Nationalökonom Prof. Dr. Gustaf Cassel wurde für das Jahr 1928 auf den von Julius Beer geschaffenen Lehrstuhl an der Columbia-Universität in New York berufen.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

~~No 239~~

**Eine Ehrung für Professor Cassel**

vk. Stockholm, 24. 5. (Eigenbericht)

Nach einem Kabeltelegramm des „Evenska Dagbladet“ wurde in Washington dem schwedischen Nationalökonom Prof. Gustav Cassel gelegentlich seiner Amerikareise eine besondere Ehrung zuteil. Nachdem er während zwei Stunden seine Gesichtspunkte vor dem Bank- und Finanzausschuß dargelegt und dabei eine Reihe von Anfragen beantwortet hatte, wurde er in die Diplomatenloge des Repräsentantenhauses geführt. Bei seinem Eintreten vertagte sich die Versammlung und der Vorsitzende des Ausschusses stellte Prof. Cassel als den ersten Nationalökonom der Welt vor, worauf sich das ganze Haus zu seinen Ehren erhob und ihm lebhaft applaudierte.



H 24

1929 Sep 15

Signatur

2. Okt. 1929

Datum

192

Weser-Zeitung (Bremen)

584

## Die Internationale Bank

Professor Cassel gegen ihre Notwendigkeit

u. Amsterdam, 1. Oktober.

Der bekannte Finanzmann Professor Gustav Cassel nahm kürzlich im „Telegraaf“ zu den Aufgaben der Reparationsbank Stellung, der er jede Notwendigkeit abspricht. Schon ihre Fähigkeit, eventuelle Schwierigkeiten, die sich bei der Ausführung der deutschen Reparationszahlungen ergeben sollten, beizulegen, sei fraglich. Wenn die Forderungen an Deutschland die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht übersteigen und wenn die Gläubiger Deutschlands in ihrer Handelspolitik genügend Bereitwilligkeit zeigen, sei von selbst eine glatte Abwicklung gesichert, wobei eventuelle Schwierigkeiten keine große Bedeutung hätten. Wenn man aber von Deutschland mehr verlange, als es zahlen könne, dann würden die Schwierigkeiten nicht nur zufälliger sondern dauernder Natur sein und könnten dann auch von der internationalen Bank nicht überwunden werden.

Die Idee, daß die Internationale Bank nötig sei, um eine engere Zusammenarbeit der Notenbanken zu ermöglichen, habe in Wirklichkeit keine Grundlage. Die Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken sei heute bereits in hohem Maße vorhanden, und es sei sicher vorteilhaft, daß sie sich nicht auf die offizielle von Genf vorgeschlagene Weise vollziehe. Auch als ein Instrument zur Erleichterung des Valutaaustausches und der größeren Stabilisierung der Währungen durch die Verleihung von Krediten und Vermeidung der heute üblichen Goldsendungen habe die internationale Bank wenig Berechtigung. Die Valutapolitik bleibe nach wie vor Aufgabe der nationalen Bankinstitute. Eine künstliche Unterstützung durch Kreditverleihungen der internationalen Bank könnte nur verderblich sein. In gleicher Weise müsse auch ein Eingreifen der Internationalen Bank in den Valutenhandel beurteilt werden. Der bisherige Unterschied zwischen den Kaufs- und Verkaufskursen sei durch die Spesen des Valutenhandels erforderlich und eine Valutenübertragung ohne diesen Unterschied durch die Internationale Bank wäre eine Utopie.

Daß die Internationale Bank zu der Stabilisierung des Goldwertes beitragen könnte, sei nicht unmöglich. Aber auch dieses Problem, das seit 1920 erfolgreich behandelt werde, könnte höchstwahrscheinlich auch ohne ein solches Institut gelöst werden. Ohne die Errichtung der Internationalen Bank verhindern zu wollen, sei es, so schließt Cassel seine Ausführungen, notwendig, den übertriebenen Erwartungen über die Arbeit, die dieses Institut zur Sicherung der Währungen der Welt leisten könne, entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß die Notenbanken der verschiedenen Länder auch weiterhin die volle Verantwortung für die Entwicklung der Valuten tragen.

\*

Im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des Organisationskomitès für die Internationale Zahlungsbank setzt sich Excelsior mit den verschiedenen Tendenzen zur Ausgestaltung dieser Bank auseinander. Das Blatt formuliert den französischen Standpunkt folgendermaßen:

Es handelt sich keineswegs darum, eine Überbank einzurichten, die in die souveränen Rechte der Staaten eingreifen oder auch nur die Vorrechte und Befugnisse der zentralen Notenbanken beschränken darf. Ebenso wenig handelt es sich um die Schaffung einer neuen farblosen Reparationskommission ohne alle Kontrollrechte und Aktionsmittel. Die französische Delegation wird sich auf den Boden des Sachverständigenberichts stellen, der in seiner Gesamtheit von allen Regierungen angenommen worden ist. Die Internationale Bank wird im wesentlichen die Aufgabe haben, die Goldwährung vor jeder Entwertungsgefahr, die sich aus den internationalen Zahlungen ergeben könnte, zu schützen. Nur unter diesem Gesichtspunkt wird sie die internationale Verwaltung der Reparationen im Zusammenhang mit den interalliierten Schulden und den Zahlungen Europas an Amerika übernehmen können. Die Internationale Bank wird als Vorhinderungsorgan zwischen den

## Die Internationale Bank

Professor Cassel gegen ihre Notwendigkeit

u. Amsterdam, 1. Oktober.

Der bekannte Finanzmann Professor Gustav Cassel nahm kürzlich im „Telegraaf“ zu den Aufgaben der Reparationsbank Stellung, der er jede Notwendigkeit abspricht. Schon ihre Fähigkeit, eventuelle Schwierigkeiten, die sich bei der Ausführung der deutschen Reparationszahlungen ergeben sollten, beizulegen, sei fraglich. Wenn die Forderungen an Deutschland die deutsche Zahlungsfähigkeit nicht übersteigen und wenn die Gläubiger Deutschlands in ihrer Handelspolitik genügend Bereitwilligkeit zeigen, sei von selbst eine glatte Abwicklung gesichert, wobei eventuelle Schwierigkeiten keine große Bedeutung hätten. Wenn man aber von Deutschland mehr verlange, als es zahlen könne, dann würden die Schwierigkeiten nicht nur zufälliger sondern dauernder Natur sein und könnten dann auch von der internationalen Bank nicht überwunden werden.

Die Idee, daß die Internationale Bank nötig sei, um eine engere Zusammenarbeit der Notenbanken zu ermöglichen, habe in Wirklichkeit keine Grundlage. Die Zusammenarbeit zwischen den Notenbanken sei heute bereits in hohem Maße vorhanden, und es sei sicher vorteilhaft, daß sie sich nicht auf die offizielle von Genf vorgeschlagene Weise vollziehe. Auch als ein Instrument zur Erleichterung des Valutaaustausches und der größeren Stabilisierung der Währungen durch die Verleihung von Krediten und Vermeidung der heute üblichen Goldsendungen habe die internationale Bank wenig Berechtigung. Die Valutapolitik bleibe nach wie vor Aufgabe der nationalen Bankinstitute. Eine künstliche Unterstützung durch Kreditverleihungen der internationalen Bank könnte nur verderblich sein. In gleicher Weise müsse auch ein Eingreifen der Internationalen Bank in den Valutenhandel beurteilt werden. Der bisherige Unterschied zwischen den Kaufs- und Verkaufskursen sei durch die Spesen des Valutenhandels erforderlich und eine Valutenübertragung ohne diesen Unterschied durch die Internationale Bank wäre eine Utopie.

Daß die Internationale Bank zu der Stabilisierung des Goldwertes beitragen könnte, sei nicht unmöglich. Aber auch dieses Problem, das seit 1920 erfolgreich behandelt werde, könnte höchstwahrscheinlich auch ohne ein solches Institut gelöst werden. Ohne die Errichtung der Internationalen Bank verhindern zu wollen, sei es, so schließt Cassel seine Ausführungen, notwendig, den übertriebenen Erwartungen über die Arbeit, die dieses Institut zur Sicherung der Währungen der Welt leisten könne, entgegenzutreten und darauf hinzuweisen, daß die Notenbanken der verschiedenen Länder auch weiterhin die volle Verantwortung für die Entwicklung der Valuten tragen.

\*

Im Hinblick auf den bevorstehenden Zusammentritt des Organisationskomitês für die Internationale Zahlungsbank setzt sich Excelsior mit den verschiedenen Tendenzen zur Ausgestaltung dieser Bank auseinander. Das Blatt formuliert den französischen Standpunkt folgendermaßen:

Es handelt sich keineswegs darum, eine Überbank einzurichten, die in die souveränen Rechte der Staaten eingreifen oder auch nur die Vorrechte und Befugnisse der zentralen Notenbanken beschränken darf. Ebenso wenig handelt es sich um die Schaffung einer neuen farblosen Reparationskommission ohne alle Kontrollrechte und Aktionsmittel. Die französische Delegation wird sich auf den Boden des Sachverständigenberichts stellen, der in seiner Gesamtheit von allen Regierungen angenommen worden ist. Die Internationale Bank wird im wesentlichen die Aufgabe haben, die Goldwährung vor jeder Entwertungsgefahr, die sich aus den internationalen Zahlungen ergeben könnte, zu schützen. Nur unter diesem Gesichtspunkt wird sie die internationale Verwaltung der Reparationen im Zusammenhang mit den interalliierten Schulden und den Zahlungen Europas an Amerika übernehmen können. Die Internationale Bank wird als Verbindungsorgan zwischen den autonomen Banken der verschiedenen in ihrem Verwaltungsrat vertretenen Länder niemals auf die innere oder äußere Politik der Staaten Einfluß nehmen dürfen. Es kann also in keinem Falle in Frage kommen, ihr in irgend einer Form oder unter irgend einem Vorwand die Möglichkeit der Kreditgewährung an die Regierungen zu geben.



Weser-Zeitung (Bremen)

Nr. 449

Cassel über die Schuldenfrage

u. Stockholm, 15. August.

Am Montag beschäftigt sich Professor Gustav Cassel im „Svenska Dagbladet“ mit der Frage von Deutschlands Schulden und kommt dabei auf Eugenbergers Vorschlag zu sprechen. Obwohl er Eugenbergers Vorschlag, den Zinssatz bis auf 2 v. H. herabzusetzen, nicht gutheißt, gehen Cassels Ausführungen doch grundsätzlich in ähnlicher Richtung. Er stellt zunächst fest, daß die Störungen der deutschen Zahlungsfähigkeit durch die Tributzahlungen hervorgerufen seien. Dieses führte zu einer einseitigen Anhäufung von Gold in Frankreich und Amerika, durch die eine Goldknappheit in allen übrigen Ländern und ein größerer Rückgang des Preisstandes herbeigeführt worden sei. Dadurch erhöhten sich die wirklichen Schuldenlasten und die Unmöglichkeit vieler Schuldner ihren Verpflichtungen nachzukommen. Nachdem Cassel die Ursachenkette der Störungen der Weltwirtschaft und im besonderen der Schwierigkeit in Deutschland eingehend untersucht hat, geht er auf die Frage ein, wie eine Besserung geschaffen werden könne. Die Kriegsschulden müßten am besten ganz gestrichen werden. Es sei schade, daß der Lausanner Vertrag eine letzte Zahlung in Höhe von drei Milliarden beibehalte. Hierdurch werde die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit erschwert.

Zuerst müsse der Preisstand in die Höhe gebracht werden, etwa auf den Stand von 1928. Dadurch würde die notwendige Unternehmerlust hervorgerufen werden, und wenn man zur vollständigen Ausnutzung der produktiven Kräfte gelangt sei, müßten die Schulden bald unbedeutend erscheinen. In Verbindung hiermit müsse der Welthandel in seine Normalbahnen gebracht werden. Sollte es sich dann zeigen, daß gewisse Schuldnergruppen ihre Schuldenlast nicht zu tragen vermögen, so muß ein Übereinkommen getroffen werden, das diese Last verringert. In erster Linie muß dies durch eine geeignete Verringerung der Amortisation geschehen. Zweitens muß eine gewisse Herabsetzung des Zinsfußes in Erwägung gezogen werden. Wenn man wirklich das Ziel erreicht, die Zahlungsfähigkeit ganz wieder herzustellen, um auf diese Weise unzweifelhafte Solidarität z. B. für eine Obligationenleihe zu gewinnen, so braucht für eine solche Anleihe nicht mehr als z. B. 4½ v. H. bezahlt zu werden. Wenn Zinssätze von 7 oder 8 v. H. soweit herabgedrückt werden und man dadurch ein größeres Vertrauen für die Zahlungsfähigkeit der Schuldner gewinnt, so kann man erwarten, daß die Obligationen auch mit dem niedrigeren Zinsfuß allmählich auf Pari kommen. Die Gläubiger haben dann ihr Opfer nicht vergebens gebracht. Cassel hebt zum Schluß hervor, daß die wichtigste Aufgabe der nächsten weltwirtschaftlichen Konferenz sei, die Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit zu schaffen.

Cassel, Prof.

TP

Signatur

Datum

03 05 30023 BEC

24. Okt. 1933

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 772.

**Die Abschiedsvorlesung Prof. Cassels.**

Stockholm. (T.M.) Am Freitag hielt der schwedische Nationalökonom Prof. Cassel seine Abschiedsvorlesung in der Stockholmer Hochschule. Sämtliche Professoren mit dem Rektor an der Spitze, Studenten mit Fahnenabordnungen und eine zahlreiche Zuhörerschaft füllten den großen Saal. Prof. Cassel hat 63 Semester an der Hochschule gelehrt. Ehrendoktorate, Reden verschiedener Professoren und Ueberreichung einer Festschrift, an der fünfzig schwedische und ausländische Nationalökonomien mitgearbeitet haben, beschlossen die Feier. Prof. Cassel begibt sich auf eine Vortragsreise.



03 05 30024 BEC

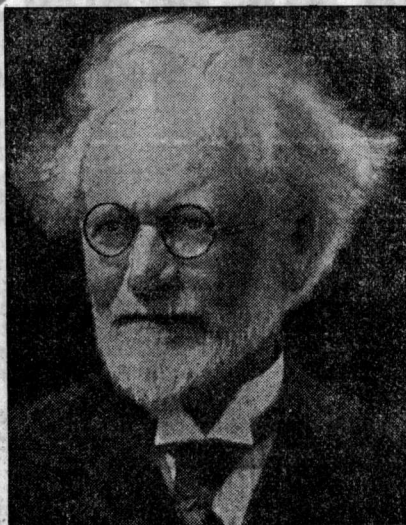
*Cassel, P.M. 8. Nov. 1938*  
*P*

Signatur

Datum 8. Nov. 1938

Deutsche Tageszeitung (Berlin)

Nr. 309



**Prof. Cassel im Ruhestand**

Der schwedische Nationalökonom Prof. Gustav Cassel hat kürzlich an der Hochschule Stockholm, an der er 63 Semester lang gelehrt hat, seine Abschiedsvorlesung gehalten. Prof. Cassel gehört zu den berühmtesten Nationalökonomien der Welt und ist besonders hervorgetreten durch seinen Kampf gegen den Widersinn der Reparationen und der übrigen Folgen des Versailler Friedensvertrages.

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr 318

**Cassels neue Goldprognose**

Der bekannte schwedische Nationalökonom Prof. Gustav Cassel hielt in diesen Tagen vor einer Versammlung von Vertretern der genossenschaftlichen Bewegung in 17 Ländern einen Vortrag über internationale Währungsverhältnisse. Prof. Cassel ging zunächst auf seine bekannte These ein, daß das Gold seine Rolle sowohl als Zahlungsmittel, als Wertmesser und als Regulator des Kreditvolumens verloren habe. Außerdem sei es verboten, Gold in Privatbesitz zu haben, oder es werde zumindest in einigen Ländern noch dazu kommen. Ein Metall, dessen Wert ständig labil sei, könne unmöglich als fester Wertmesser angesehen werden. Der Münzfuß der Zukunft werde ein Papiermünzfuß sein, der so geregelt wird, daß er die größtmögliche Stabilität der Kaufkraft garantiert.

Das Pfund sei eine Papiervaluta, deren Kaufkraft nunmehr seit mehreren Jahren sich ungewöhnlich stabil gehalten habe. Man könne sogar eine Erhöhung des Pfundwertes als wünschenswert ansehen. Wenn dies geschieht, dürfte die Kaufkraft des Pfundes für die Zukunft stabil gehalten werden.

Die Erfahrung zeige, daß diejenigen Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, wie beispielsweise England und Schweden, anhaltend Gold anziehen, und dies immer in einem größerem Umfange als je vorher.

Ohne Zweifel werde man damit zu rechnen haben, daß finanzielle Vorgänge und der allgemeine Rüstungseifer eine Erhöhung der Zahlungsmittelzirkulation und damit eine Steigerung des allgemeinen Warenpreinsniveaus nach sich ziehen werden. Außerdem wird ja auch eine allgemeine Preissteigerung unter dem Gesichtspunkt des Welthandels als wünschenswert angesehen. Es kann natürlich eintreten, daß der Preis des Goldes in den führenden Ländern sich gleich dem allgemeinen Preisniveau entwickeln werde. In den Vereinigten Staaten habe man die Möglichkeit, den Goldpreis um etwa 18% zu erhöhen. Würde man von dieser Möglichkeit Gebrauch machen, so wird England mit Gleichmut zusehen, wie der Wert des Goldes, in Pfund umgerechnet, in gleichem Umfange steigen werde. Wenn aber der Preis des Goldes in gleichem Verhältnis wie das allgemeine Warenpreinsniveau steigt, so tritt ja keine Änderung im Verhältnis zwischen Gold- und Warenpreis ein, und deswegen ist es auch nicht sicher, daß der Goldwert sinken werde.



03 053 0026 BEC

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

46 1  
Nr.....

### Prof. Cassel über die Abwertung

In „Svenska Dagbladet“ befaßt sich Prof. Cassel unter der Überschrift „Der Fall der Goldwährung“ mit den Auswirkungen der Francabwertungen. Der bekannte schwedische Gelehrte stellt fest, daß in der Neuordnung des Geldwesens der Welt, die jetzt bevorstehe, es darauf ankomme, die Wechselkurse mit der inneren Kaufkraft der Valuten in Uebereinstimmung zu halten. Gelingen es, die innere Kaufkraft etwa stabil zu halten, so würde es auch möglich sein, feste Wechselkurse aufrechtzuerhalten. Das Londoner Kommuniqué lasse darauf schließen, daß das internationale Valutenproblem in dieser Weise etwa geregelt werden solle. Dies sei ein außerordentlicher Fortschritt. Die Erfahrung des Sterlingblocks hätten erwiesen, daß das Geldwesen auf diesen Prinzipien praktisch durchführbar und in hohem Grade segensbringend sei. Falls sich Frankreich und die Vereinigten Staaten in ihrer prinzipiellen Haltung der Geldpolitik der Sterlinggruppe anschließen, so läge ein haltbares Gleichgewicht im internationalen Geldwesen im Bereiche der Möglichkeit. Was dies für die wirtschaftliche Wiederaufbauarbeit bedeute, könne kaum überschätzt werden. Es wäre dadurch die Möglichkeit der Abschaffung aller jener Handelsbehinderungen gegeben, die ergriffen worden sind, um unhaltbare Valutarelationen aufrechtzuerhalten. Naturgemäß würden sich zunächst gewisse Anpassungsschwierigkeiten ergeben. Aber diese sollten leicht überwunden werden können angesichts der Tatsache einer glänzenden Aufwärtsentwicklung, die die Weltwirtschaft nehmen könne.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

~~The Tanganyika Standard (Dar es Salaam)~~

Nr. 538

**Gustav Cassel.**

**In seinem 70. Geburtstag.**

Gustav Cassel, der am 20. Oktober 1866 in Stockholm geboren wurde und jetzt seinen 70. Geburtstag feiert, kann auf ein reiches Lebenswerk und auf eine außerordentliche wissenschaftliche Laufbahn zurücksehen. Er ist, wie kaum ein Nationalökonom seiner Zeit und wie nur wenige Gelehrte überhaupt, rasch über die Grenzen seines Fachs und seines Vaterlandes, Schweden, hinaus bekannt, ja berühmt geworden. Wie immer man auch zu seinen theoretischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen stehen möge: wer sich ernsthaft mit der nationalökonomischen Theorie auseinandersetzen will, ja wer irgendwie Anspruch auf ein gehöriges Studium der Wirtschaftswissenschaften machen will, kann an Gustav Cassel nicht vorübergehen.

Zum Verständnis seiner Persönlichkeit, seiner wissenschaftlichen Methodik und seiner theoretischen Grundhaltung, ist es wichtig zu wissen, daß er von den Naturwissenschaften her zur Nationalökonomie gekommen ist. Er studierte zunächst Mathematik, war dann seit 1892 als Assistent, seit 1895 als Lehrer für Mathematik an der Universität Stockholm tätig. 1898 gab er dieses Lehramt auf, studierte in Deutschland und England Nationalökonomie und habilitierte sich 1904 aufs Neue in Stockholm, aber diesmal als Dozent der Volkswirtschaftslehre. Die gründliche mathematische Ausbildung, die fast allen Lehrern der Nationalökonomie abgeht, ist Gustav Cassel zweifellos sehr zugute gekommen. Nicht als ob er ohne weiteres und ohne Einschränkung die Methoden der naturwissenschaftlichen Erkenntnis auf die sozialen Wissenschaften übertragen hätte. Aber die dem Mathematiker eingeborene Gewohnheit, mit Begriffen klare Vorstellungen zu verbinden und vielgestaltige Zusammenhänge in abstrakten und einfachen Formen auszudrücken, hat ihn einmal zu einem Feind alles Verworrenen gemacht und zweifellos außerdem seine natürliche Fähigkeit, in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen das Wesentliche zu sehen und dieses Wesentliche einfach darzustellen, nützlich gesteigert.

Nach Cassels Auffassung hatte eine nationalökonomische Theorie wesentlich eine Theorie der Preisbildung zu sein. Diese Ansicht hat er zum ersten Mal in einer Abhandlung: „Grundriß einer elementaren Preislehre“ 1899 geäußert und auch nach mehreren ergänzenden Veröffentlichungen zur Grundlage seines großen Werkes „Theoretische Sozialökonomie“, das 1918 in deutscher Sprache erschien, gemacht. Die Wirtschaft, — das ist im Kurzen seine grundlegende Auffassung — steht unter der Bedingung, daß die Mittel der Bedürfnisbefriedigung im Verhältnis zu den Bedürfnissen knapp sind; sie wird also von dem „Prinzip der Knappheit“ beherrscht. Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, die nötige Übereinstimmung zwischen Bedürfnissen und Mitteln der Bedürfnisbefriedigung herbeizuführen. Diese Aufgabe hat die Preisbildung, durch welche die Ansprüche auf Güter soweit beschränkt werden, daß sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Übereinstimmung gebracht werden. Der Preisbildungsprozeß reguliert aber nicht nur die Nachfrage, sondern er führt gleichzeitig die Leitung der Produktionsmittel herbei. Diese Theorie der Preisbildung, die gleichzeitig die Preisbildung der Produktionsfaktoren umfaßt, hat Cassel durch eingehende geld- und konjunkturtheoretische Untersuchungen ergänzt.

Cassel ist mit seinen Auffassungen nicht in seiner Gelehrtenstube geblieben. Er hat während des Krieges und nach dem Krieg stets auch zu allen wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen und sich dabei als ein aufrichtiger Freund Deutschlands gezeigt. Er war lange Zeit einer der wenigen, die sich im Ausland gegen die Widersinnigkeit der Tributzahlungen und überhaupt gegen die wirtschaftliche Unvernunft von Versailles einsetzten. Die große Weltwirtschaftskrise hat er als eine Krise des internationalen Geldsystems aufgefaßt und sie auf die Kriegsschulden als äußersten Erklärungsgrund zurückgeführt.

**Gustav Cassel.****In seinem 70. Geburtstag.**

Gustav Cassel, der am 20. Oktober 1866 in Stockholm geboren wurde und jetzt seinen 70. Geburtstag feiert, kann auf ein reiches Lebenswerk und auf eine außerordentliche wissenschaftliche Laufbahn zurücksehen. Er ist, wie kaum ein Nationalökonom seiner Zeit und wie nur wenige Gelehrte überhaupt, rasch über die Grenzen seines Fachs und seines Vaterlandes, Schweden, hinaus bekannt, ja berühmt geworden. Wie immer man auch zu seinen theoretischen und wirtschaftspolitischen Auffassungen stehen möge: wer sich ernsthaft mit der nationalökonomischen Theorie auseinandersetzen will, ja wer irgendwie Anspruch auf ein gehöriges Studium der Wirtschaftswissenschaften machen will, kann an Gustav Cassel nicht vorübergehen.

Zum Verständnis seiner Persönlichkeit, seiner wissenschaftlichen Methodik und seiner theoretischen Grundhaltung, ist es wichtig zu wissen, daß er von den Naturwissenschaften her zur Nationalökonomie gekommen ist. Er studierte zunächst Mathematik, war dann seit 1892 als Assistent, seit 1895 als Lehrer für Mathematik an der Universität Stockholm tätig. 1898 gab er dieses Lehramt auf, studierte in Deutschland und England Nationalökonomie und habilitierte sich 1904 aufs Neue in Stockholm, aber diesmal als Dozent der Volkswirtschaftslehre. Die gründliche mathematische Ausbildung, die fast allen Lehrern der Nationalökonomie abgeht, ist Gustav Cassel zweifellos sehr zugute gekommen. Nicht als ob er ohne weiteres und ohne Einschränkung die Methoden der naturwissenschaftlichen Erkenntnis auf die sozialen Wissenschaften übertragen hätte. Aber die dem Mathematiker eingeborene Gewohnheit, mit Begriffen klare Vorstellungen zu verbinden und vielgestaltige Zusammenhänge in abstrakten und einfachen Formen auszudrücken, hat ihn einmal zu einem Feind alles Verworrenen gemacht und zweifellos außerdem seine natürliche Fähigkeit, in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen das Wesentliche zu sehen und dieses Wesentliche einfach darzustellen, nützlich gesteigert.

Nach Cassels Auffassung hatte eine nationalökonomische Theorie wesentlich eine Theorie der Preisbildung zu sein. Diese Ansicht hat er zum ersten Mal in einer Abhandlung: „Grundriß einer elementaren Preislehre“ 1899 geäußert und auch nach mehreren ergänzenden Veröffentlichungen zur Grundlage seines großen Werkes „Theoretische Sozialökonomie“, das 1918 in deutscher Sprache erschien, gemacht. Die Wirtschaft, — das ist im kurzen seine grundlegende Auffassung — steht unter der Bedingung, daß die Mittel der Bedürfnisbefriedigung im Verhältnis zu den Bedürfnissen knapp sind; sie wird also von dem „Prinzip der Knappheit“ beherrscht. Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, die nötige Übereinstimmung zwischen Bedürfnissen und Mitteln der Bedürfnisbefriedigung herbeizuführen. Diese Aufgabe hat die Preisbildung, durch welche die Ansprüche auf Güter soweit beschränkt werden, daß sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln in Übereinstimmung gebracht werden. Der Preisbildungsprozeß reguliert aber nicht nur die Nachfrage, sondern er führt gleichzeitig die Leitung der Produktionsmittel herbei. Diese Theorie der Preisbildung, die gleichzeitig die Preisbildung der Produktionsfaktoren umfaßt, hat Cassel durch eingehende geld- und konjunkturtheoretische Untersuchungen ergänzt.

Cassel ist mit seinen Auffassungen nicht in seiner Gelehrtenstube geblieben. Er hat während des Krieges und nach dem Krieg stets auch zu allen wesentlichen wirtschaftspolitischen Fragen Stellung genommen und sich dabei als ein aufrichtiger Freund Deutschlands gezeigt. Er war lange Zeit einer der wenigen, die sich im Ausland gegen die Widersinnigkeit der Tributzahlungen und überhaupt gegen die wirtschaftliche Unvernunft von Versailles einsetzten. Die große Weltwirtschaftskrise hat er als eine Krise des internationalen Geldsystems aufgefaßt und sie auf die Kriegsschulden als äußersten Erklärungsgrund zurückgeführt.

Es ist zu wünschen, daß der berühmte Gelehrte, der es als die wichtigste Aufgabe der nationalökonomischen Wissenschaft ansieht, durch die Klarlegung der wirtschaftlichen Zusammenhänge den verantwortlichen politischen Führern eine vernünftige Leitung der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen, seine Rüstigkeit noch weiter bewahren möge, um so seinen Teil dazu beitragen zu können, daß vor allem die internationalen Beziehungen wieder eine gesunde und lebensfähige Grundlage erhalten.



## Der Deutsche Volkswirt (Berlin)

Nr. 4

Gustav Cassel  
70 Jahre

Wenn man, vor zwei Jahren etwa, Gustav Cassel in Stockholm besuchte und sich nach dem Thema erkundigte, das dieser unermüdliche Gelehrte eben in Arbeit hatte, so konnte man mit Erstaunen hören, daß es — die schwedische Ausgabe seines Standardwerks, der „Theoretischen Sozialökonomie“, sei. In der Tat, dieses 1918 in Deutschland veröffentlichte und seitdem in vielen Auflagen verlegte, in andere Welt-sprachen übersetzte und über den ganzen Erdball ver-breitete Lehrbuch war noch nie in der Muttersprache seines Verfassers erschienen. Nichts kann die engen Grenzen des nationalen Wirkungskreises besser kenn-zeichnen als diese Tatsache, und nichts vermag besser den Drang zu rechtfertigen, mit dem Cassel, ohne je den Boden seiner Heimat zu verlieren, zum Podium der internationalen Wirtschaftsdiskussionen strebte. Auch andere nordische Nationalökonomien von hohem Rang haben Weltruf errungen; aber obwohl sie an Fülle und Originalität der Gedanken Cassel oft überlegen sind, blieb ihr Ruhm auf den Kreis der Fachgelehrten be-schränkt; denn sie griffen nie über das theoretische Gebiet hinaus. Cassel dagegen war ständig bestrebt, wirtschaftspolitische Warnungen und Empfehlungen nicht nur als Konsequenzen seiner theoretischen Er-kenntnisse, sondern auch um ihrer gestaltenden Kraft selbst willen in die Welt zu rufen. Wenn je bei unseren Kriegs- und Tributgegnern Ansätze zu der Einsicht auf-tauchten, daß das System des Versailler Diktats unge-recht, ja weltwirtschaftlich untragbar sei, so hat dazu entscheidend jene kleine Schar von gleichzeitig einsichts-vollen und international anerkannten Volkswirtschaft-lern beigetragen, die in hervorragendem Maße durch John Maynard Keynes und Gustav Cassel repräsentiert wird. Vielleicht noch mehr als in seinem Vaterland gilt Cassel in der übrigen Welt als Wirtschaftsdenker von erstem Rang. Seine Herkunft von der Mathematik — erst im dreißigsten Lebensjahr schwenkte er von der Mathematik zur Volkswirtschaftslehre über — hat ihn mit einer besonders ausgeprägten Begabung zu klarem und geordnetem Denken ausgestattet und ihm zugleich das wichtigste Gebiet der Geldtheorie besonders reiz-voll gemacht. Der naheliegenden Gefahr, die Eigenart sozialer Vorgänge zu verkennen, ist der nunmehr Sieb-zigjährige trotzdem niemals erlegen.

## Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 31.

### Gustav Cassel 70 Jahre alt

Der Schwede Cassel ist außer J. M. Keynes der bekannteste Nationalökonom der Welt. Er hat immer den Mut gehabt, seine Meinung sehr deutlich zu sagen, und dabei war er so intelligent oder so glücklich, mit seinen Meinungen auch in der Praxis später recht behalten zu haben. Seine theoretische Grundlage war wirklichkeitsnah und umfassend genug, daß er es wagen konnte, vorauszusagen und den sogenannten Praktikern der Wirtschaft, die mit Gemeinplätzen sich öffentlich hören ließen oder als Sachverständige falsche Wahrheiten von sich gaben, in die Parade zu fahren. Bemerkenswert an dem völlig unvoreingenommenen Schweden ist nicht, daß er eine gute „Theoretische Sozialökonomie“ geschrieben hat — obwohl er als klarer Denker und ebenso klarer Stilist viele andere nationalökonomische Theoretiker weit überragt —, sondern daß er es verstanden hat, von 1919 ab in einer von der Entente völlig größtensinnig gemachten Welt den Glauben an das Versailler Machwerk sehr schnell zu erschüttern.

Als Poincaré im Herbst 1922 auf die Ruhr losging, war das im Grunde schon nicht mehr als ein vergebliches Anrennen gegen längst ausgesprochene Wahrheiten. Diese wirtschaftlichen Wahrheiten hatte Cassel sich wissenschaftlich erkämpft, und er scheute sich nicht, sie den Machthabern der Welt entgegenzuschleudern. Cassel ist damals und später die Stimme des wahren Europas gewesen. Seine Stimme hatte darum Gewicht, weil in ihr der Stolz der in diesem Falle mit Recht hochmütigen Unabhängigkeit eines wahrheitsfanatischen Wissenschaftlers klang. Ein Satz Cassels, wie der: „Es ist eine Scham für den Verstand und die Einsicht der Menschheit in ökonomischen Dingen, daß es volle sechs Jahre dauern sollte, bis die elementare Wahrheit in dieser Sache (der Reparationen) offiziell anerkannt wurde, und daß es noch länger zu dauern scheint, bis diese Wahrheit ihre vollen praktischen Konsequenzen findet“ — ein solcher Satz ließ 1926 die mächtigsten Minister der Siegerländer und die weisesten Sachverständigen erschauern und innerlich unsicher werden. Cassel verdankt dabei seinen Einfluß nicht zuletzt seiner eminent journalistischen Begabung, den Kern der Dinge in wenigen Worten erschöpfend klarzulegen. Er fand dadurch immer wieder Eingang in die Weltpresse, weil seine Äußerungen in ihrer schroffen Opposition jedesmal eine Sensation bedeuteten.

Cassels deutsche Schulung hat ihn nicht gehindert, sich besonders mit den englischen geldtheoretischen Untersuchungen zu befassen, Untersuchungen, die in England als dem Weltfinanzzentrum der Vor- und Nachkriegszeit nahelagen, und daraus erwuchs seine heute zwar selbstverständlich klingende, damals nach der Stabilisierung aber allgemein abgelehnte Erkenntnis, daß die Ansammlung der Goldvorräte der Welt in Frankreich und USA. infolge der Reparationen, der Kriegsschuldenzahlungen sowie der amerikanischen Hochschutzzollpolitik automatisch die Möglichkeit anderer Länder, beim Goldstandard zu bleiben, zerstören müsse. Er hat sich schon 1931 mit größter Deutlichkeit in dieser Hinsicht ausgedrückt und empfohlen, sich aus der Klemme zu lösen durch Übergang zu einer Papierwährung unveränderlicher Kaufkraft, und vorausgesagt: „Die Papierwährungsländer werden durch Schaffung eines eigenen Währungssystems ihre Stellung gegenüber den Goldwährungsländern enorm verstärken.“ Man muß die wahrhaft seherische Prophetengabe Cassels in dieser Angelegenheit gerade in diesen Tagen bewundern. Gleichzeitig kann man sich nur über die unbelehrbare Verbohrtheit oder Unwissenheit wundern, mit der in neuerer Zeit Meinungen hierüber in der volkswirtschaftlichen Diskussion zum besten gegeben werden. Und wenn Cassel für die, die über Volkswirtschaft etwas zu sagen berufen sind, ein Beispiel sein

### Gustav Cassel 70 Jahre alt

Der Schwede Cassel ist außer J. M. Keynes der bekannteste Nationalökonom der Welt. Er hat immer den Mut gehabt, seine Meinung sehr deutlich zu sagen, und dabei war er so intelligent oder so glücklich, mit seinen Meinungen auch in der Praxis später recht behalten zu haben. Seine theoretische Grundlage war wirklichkeitsnah und umfassend genug, daß er es wagen konnte, vorzusagen und den sogenannten Praktikern der Wirtschaft, die mit Gemeinplätzen sich öffentlich hören ließen oder als Sachverständige falsche Wahrheiten von sich gaben, in die Parade zu fahren. Bemerkenswert an dem völlig unvoreingenommenen Schweden ist nicht, daß er eine gute „Theoretische Sozialökonomie“ geschrieben hat — obwohl er als klarer Denker und ebenso klarer Stilist viele andere nationalökonomische Theoretiker weit überragt —, sondern daß er es verstanden hat, von 1919 ab in einer von der Entente völlig größt-wahnsinnig gemachten Welt den Glauben an das Versailles-Machwerk sehr schnell zu erschüttern.

Als Poincaré im Herbst 1922 auf die Ruhr losging, war das im Grunde schon nicht mehr als ein vergebliches Anrennen gegen längst ausgesprochene Wahrheiten. Diese wirtschaftlichen Wahrheiten hatte Cassel sich wissenschaftlich erkämpft, und er scheute sich nicht, sie den Machthabern der Welt entgegenzuschleudern. Cassel ist damals und später die Stimme des wahren Europas gewesen. Seine Stimme hatte darum Gewicht, weil in ihr der Stolz der in diesem Falle mit Recht hochmütigen Unabhängigkeit eines wahrheitsfanatischen Wissenschaftlers klang. Ein Satz Cassels, wie der: „Es ist eine Scham für den Verstand und die Einsicht der Menschheit in ökonomischen Dingen, daß es volle sechs Jahre dauern sollte, bis die elementare Wahrheit in dieser Sache (der Reparationen) offiziell anerkannt wurde, und daß es noch länger zu dauern scheint, bis diese Wahrheit ihre vollen praktischen Konsequenzen findet“ — ein solcher Satz ließ 1926 die mächtigsten Minister der Siegerländer und die weisesten Sachverständigen erschauern und innerlich unsicher werden. Cassel verdankt dabei seinen Einfluß nicht zuletzt seiner eminent journalistischen Begabung, den Kern der Dinge in wenigen Worten erschöpfend klarzulegen. Er fand dadurch immer wieder Eingang in die Weltpresse, weil seine Äußerungen in ihrer schroffen Opposition jedesmal eine Sensation bedeuteten.

Cassels deutsche Schulung hat ihn nicht gehindert, sich besonders mit den englischen geldtheoretischen Untersuchungen zu befassen, Untersuchungen, die in England als dem Weltfinanzzentrum der Vor- und Nachkriegszeit nahelagen, und daraus erwuchs seine heute zwar selbstverständlich klingende, damals nach der Stabilisierung aber allgemein abgelehnte Erkenntnis, daß die Ansammlung der Goldvorräte der Welt in Frankreich und USA. infolge der Reparationen, der Kriegsschuldenzahlungen sowie der amerikanischen Hochschutzzollpolitik automatisch die Möglichkeit anderer Länder, beim Goldstandard zu bleiben, zerstören müsse. Er hat sich schon 1931 mit größter Deutlichkeit in dieser Hinsicht ausgedrückt und empfohlen, sich aus der Klemme zu lösen durch Übergang zu einer Papierwährung unveränderlicher Kaufkraft, und vorausgesagt: „Die Papierwährungsländer werden durch Schaffung eines eigenen Währungssystems ihre Stellung gegenüber den Goldwährungsländern enorm verstärken.“ Man muß die wahrhaft seherische Prophetengabe Cassels in dieser Angelegenheit gerade in diesen Tagen bewundern. Gleichzeitig kann man sich nur über die unbelehrbare Verbohrtheit oder Unwissenheit wundern, mit der in neuerer Zeit Meinungen hierüber in der volkswirtschaftlichen Diskussion zum besten gegeben werden. Und wenn Cassel für die, die über Volkswirtschaft etwas zu sagen berufen sind, ein Beispiel sein sollte, dann das, daß eine selbsterarbeitete Wahrheit unerschrocken zu vertreten wichtiger ist als allgemein gefallen zu wollen.



03 05 30033 BEC

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

1937

Nr. ....

**\* Eine neue Warnung Prof. Cassels.**

Schon wiederholt sind, wie hier vermerkt wurde, in der letzten Zeit Stimmen laut geworden, die in der gegenwärtigen starken Preissteigerung einen ungesunden Charakter der Konjunkturentwicklung sehen. Vor allem Gustav Cassel hat in der letzten Zeit wiederholt darauf hingewiesen, daß die Konjunkturentwicklung in England und Schweden inflationistische Züge zeige. Besonders für England wiederholt Cassel seine Behauptung jetzt in einem Aufsatz im Vierteljahresheft der Skandinaviska Kredit A. B.

Eine Störung der monetären Grundlage der Wirtschaft erwachse daraus, daß die Produktion sich mehr darauf einstelle, die Preissteigerung auszunutzen, als einen normalen Gewinn zu erzielen. Nach dem Index des „Statist“ sei in England im zweiten Halbjahr 1936 ein Preisanstieg um 17 % zu verzeichnen gewesen. Während es früher Regel gewesen sei, einer allgemeinen Preissteigerung durch Diskonterhöhung entgegenzuarbeiten, habe die Bank von England noch keine Diskonterhöhung vorgenommen, da man seit Aufgabe der Goldwährung der Auffassung sei, daß Diskonterhöhungen als Mittel zur Sicherung der Goldparität entbehrlich seien. Die Diskontpolitik habe aber auch noch eine andere und noch wesentlichere Bedeutung als Regulator der inneren Kaufkraft des Geldes. Ein stabiler Geldwert setze voraus, daß die Ausleihzinsen der Banken in einem gewissen Verhältnis zum Gleichgewichtszinssatz des Kapitalmarktes stehen. Man habe den Weg der Inflation beschritten, wenn man zur Aufrechterhaltung niedrigerer Zinssätze den Bestand des Kapitalmarktes an wirklichen Ersparnissen durch neugeschaffene Bankzahlungsmittel ergänze. Dies geschehe z. Zt. in England. Man wolle nicht unnötigerweise die Konjunkturentwicklung bremsen, bis die abnorme Arbeitslosigkeit ganz überwunden sei und auch nicht die Aufnahme der beträchtlichen Staatsanleihen erschweren, die die Aufrüstung erfordere. Die Anleihen bedeuteten eine weitgehende Beanspruchung des Kapitalmarktes; die Knappheit müsse notwendigerweise zu einer Steigerung des Gleichgewichtszinssatzes des Kapitalmarktes führen, eine Wirkung, die auch wahrscheinlich bei der Aufrüstungsfinanzierung durch Steuern eintreten müsse. Eine zunehmende Kapitalknappheit sei schon in einem Kursfall für festverzinsliche Wertpapiere zum Ausdruck gekommen. Es sei aber mehr als wahrscheinlich, daß England trotz der zunehmenden Knappheit des Kapitalmarktes auch weiterhin die Bankzinsen niedrig halten werde, während die mangelnde Anpassung an den Gleichgewichtszinssatz zu einer immer ausgeprägteren Inflation führe. Das wesentliche Motiv für eine Preissteigerung habe aufgehört gültig zu sein, seitdem die Depression in eine Hochkonjunktur übergegangen sei; werde sie fortgesetzt, so habe sie den Charakter einer Inflation. Man weigere sich in England, diese Sachlage anzuerkennen, eine Preissteigerung dort werde zudem noch willige Nachfolger in der ganzen Welt finden.

Auch die schwedische Hochkonjunktur werde sich zu einer immer ausgeprägteren Inflationskonjunktur entwickeln. Der starke Rückgang der Zinssätze in den letzten Jahren spiegele nicht die wirkliche Lage des Kapitalmarktes wider, sondern sei von einer Zahlungsmittelversorgung beeinflusst, die ihre allzugroße Reichlichkeit gerade in der Steigerung des Warenpreisniveaus bekunde. Müßte sich der Kapitalmarkt ohne künstliche Vermehrung durch Bankzahlungsmittel behelfen, so bestעה kaum Veranlassung, mit einer Fortdauer des jetzigen niedrigeren Zinsniveaus zu rechnen.

HN 3 167

## England in der Hochkonjunktur

Cassel gegen den „Aberglauben der alten Konjunkturdogmatik“

Im letzten Vierteljahreshft der Skandinaviska Kreditaktiebolaget beschäftigt sich Professor Cassel mit der Konjunkturlage. Interessant ist dabei zunächst, daß Cassel noch stärker als früher von der alten Konjunkturtheorie abrückt. „Wir müssen bestimmt von einem derartigen Schicksalsglauben Abstand nehmen und besonders von der Vorstellung, daß die Konjunkturbewegungen, die wir von der Vorkriegszeit her kennen, nun unbedingt sich wiederholen müssen.“ Zu der gegenwärtigen Erörterung im Ausland, ob es notwendig ist, den Auftrieb der Konjunktur zu hemmen, meint der schwedische Nationalökonom: „Die ziemlich allgemeine Vorstellung, daß eine Hochkonjunktur gebremst werden muß, damit ein Rückschlag vermieden werden kann, ist wohl am ehesten ein Ausdruck des Aberglaubens der alten Konjunkturdogmatik. Sind wir uns hierüber einig, so können wir unsre Aufmerksamkeit auf

eventuelle Störungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts konzentrieren, möglicherweise auch Maßnahmen treffen, die darauf abzielen, diese Störungen zu vermeiden, ohne deshalb den wirtschaftlichen Fortschritt selbst zu bremsen.“

Von diesem Standpunkt aus betrachtet er die Wirtschaftslage in England, die man „zweifelloos als Hochkonjunktur bezeichnen kann“. In Amerika habe sich dagegen eine eigentliche Hochkonjunktur noch nicht ausbilden können. Für die Weltwirtschaft sei daher die Konjunkturlage in England von größtem Interesse als Zeichen für die weitere Entwicklung. Cassel ist der Ansicht, daß die starke Preissteigerung der jetzigen Hochkonjunktur einen ausgeprägt ungesunden Charakter verleiht. Besonders die Preissteigerung in England stellt sich ihm „als etwas ganz Außerordentliches dar und ist zweifellos geeignet, ernste Besorgnisse zu erwecken“. Cassel, der bis vor kurzem noch England geradezu als das Vorbild einer modernen Konjunkturpolitik hingestellt hat und von England das Heil der Weltwirtschaft erwartete, mißbilligt offensichtlich das Festhalten an der Politik des billigen Geldes in England und an der Meinung, Diskonterhöhungen seien als Mittel zur Sicherung der Goldparität entbehrlich geworden. „Im Laufe dieser langen Zeit (seit 1932) scheint man vergessen zu haben, daß die Diskontpolitik auch noch eine andre und noch wesentlichere Bedeutung als Regulator der innern Kaufkraft des Geldes hat. Ein stabiler Geldwert setzt voraus, daß die Ausleihzinsen der Banken in einem gewissen Verhältnis zum Gleichgewichtszinssatz des Kapitalmarkts stehen. Halten die Banken niedrigere Zinssätze, so wird der Bestand des Kapitalmarkts an wirklichen Ersparnissen durch neu geschaffene Bankzahlungsmittel ergänzt. Man hat damit den Weg der Inflation beschritten.“

Cassel, der von der Theorie her wesentlich die Idee der freien Währung und des billigen Geldes früher gefördert hat, meint jetzt, eine ungesunde Entartung der national-ökonomischen Theorie habe das Bewußtsein davon verdunkelt, daß der Kapitalmarkt überhaupt einen Gleichgewichtszinssatz besitzt, der durch Angebot und Nachfrage der Ersparnisse bestimmt ist. „Infolge hiervon hat sich die Vorstellung verbreitet, daß es erlaubt ist, den Bankdiskont ohne Rücksicht auf die wirkliche Lage des Kapitalmarkts festzusetzen.“ Für Cassel ist es von untergeordneter Bedeutung, ob die Aufrüstung mit Anleihen oder mit Steuern finanziert wird. Auf jeden Fall würden dadurch die Mittel des Kapitalmarkts verknappt. Wenn man darauf keine Rücksicht nehme, würde der Zahlungsmittelumlauf über den wirtschaftlichen Bedarf hinaus erhöht werden mit dem Ergebnis ungesunder Preissteigerung. „Die außerordentlich reichliche Goldkasse, mit der die Bank von England ausgerüstet worden ist, bestärkt die in orthodoxer Goldmentalität verharrende öffentliche Meinung in dieser Auffassung“, in der Auffassung nämlich, daß man an der Politik des billigen Geldes festhalten könne. Cassel, der früher den Anschluß an das Pfund geradezu propagiert hat, warnt jetzt vor ihm. Er warnt vor allem Schweden, und er warnt auch vor der Fortsetzung der Politik des billigen Geldes.

03 05 30035 BEC

Cassel, Gustav

Signatur.....P.....

Datum 19. Apr. 1937

## The Times (London)

Nr. 47 662

### Prof. Cassel on Interest Rates

The well-known Swedish economist, Professor Gustav Cassel, in the current number of the Skandinaviska Kreditaktiebolaget Quarterly Report, returns once more to the subject on which he has already expressed some stimulating views about the economic situation in Sweden and England. In his view both countries have reached the stage of recovery which can be designated without hesitation as a boom. He thinks that the boom period in England began as far back as the last quarter of 1935, but no actual boom has yet developed, in Professor Cassel's opinion, in America, and it is the situation in England that is of the greatest interest in its economic implications. In his view the present marked rise in prices is giving a distinctly unhealthy tendency to the boom. He points out that it was formerly the practice to counteract a general price advance by raising the discount rate. Nowadays this weapon, the Professor says, has been completely abandoned. During the long period of cheap money, he writes, people seem to have forgotten that discount policy also has an important function as a regulator of the internal purchasing power of the currency. He thinks that the constant rise in the price level is due—the American authorities, it should be noted, have lately come to the same conclusion and have sought to reduce it—to excessive monetary abundance, and he thinks that the general public has been lulled into a false sense of security by over-emphasis of the merits of cheap money. In Professor Cassel's opinion there is an increasing shortage of capital in this country, and he concludes:—

The sharp reduction in the rates of interest, which has been a characteristic feature of recent years, has given rise to much discussion about the prospects of the duration of these low rates. Forecasts in this field are, however, rather futile so long as the rates of interest are not permitted to reflect the real situation on the capital market, but are affected by a supply of means of payment which manifests its undue abundance precisely in the rise of commodity prices. Were the capital market allowed to manage without an artificial supply of bank money, and if private enterprise were permitted to work under tolerably normal conditions, there would scarcely be reason to expect a continuance of the present low level of interest rates.



## Cassel contra Keynes

Der britische Nationalökonom Prof. John Maynard Keynes hat mit seinem neuen Werk „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ in der theoretischen Wirtschaftswissenschaft viel Staub aufgewirbelt. Er hat die Geister mobil gemacht und auf der einen Seite viele gefunden, die ihm in seinen Gedankengängen zustimmen, während auf der anderen Seite auch die Zahl derjenigen nicht klein ist, die ihm sehr scharf und deutlich widersprechen. Wir haben diese Debatte, soweit sie die weitere Öffentlichkeit interessierte, an dieser Stelle laufend fortgeführt, zumal auf diese Weise allmählich eine Klärung des gewiß nicht leicht zu behandelnden Stoffes erfolgen dürfte. Wir gehen gewiß nicht soweit, daß wir — wie viele kluge Interpreten — den ganzen neuen Keynes für mehr oder weniger überflüssig und unverständlich halten, wenngleich zweifellos gewisse Ausführungen des Verfassers sehr kompliziert und überspitzt gehalten sind. Das Gedankengebäude kann sicherlich zumindestens soweit es die Wichtigkeit einer wirksamen Nachfrage für den Grad der Beschäftigung in den Vordergrund stellt und damit den Mangel an Investition und an Bereitschaft hierzu ein wichtiges Merkmal der Krise war, und wie schließlich das Vorgehen des Staates auf diesem Gebiete den Weg aus der Krise zeigte.

Sind die theoretischen Ausführungen von Keynes hier also durch die Wirklichkeit bestätigt, so kann man das weniger sagen in Bezug auf sein Urteil dem Kapital gegenüber. Keynes sagt nämlich, daß genügend Kapital immer reichlich vorhanden sei. Wir haben uns seinerzeit bereits eingehend mit dieser offensichtlich falschen These auseinandergesetzt. Der weiteren Meinung, daß man zuviel sparen könne, während andererseits die ertragversprechenden Anlagen zurückgingen, haben wir die These eines anderen Wissenschaftlers gegenübergestellt, der eher mit einem sehr starken Kapitalbedarf rechnet. Es handelte sich hierbei um die Auffassung des schwedischen Gelehrten Professor Cassel, dessen Lehre aus ihrer Grundeinstellung heraus derjenigen des Engländers diametral gegenübersteht. Neuerlich unterstreicht Professor Cassel seinen Standpunkt und seine Gegnerschaft ausdrücklich in einer Abhandlung über die „Allgemeine Theorie“ von Keynes in der „Internationalen Rundschau der Arbeit“, wobei er die Keynessche Darstellung sowohl bezüglich der Beobachtung der Tatbestände als auch in der theoretischen Beweisführung und praktischen Schlußfolgerung als fehlerhaft hinstellt.

Im einzelnen wendet sich Cassel zunächst gegen die Auffassung, daß zuviel gespart werden könne. Er bezeichnet die Ausführungen von Prof. Keynes als eine Kriegserklärung an die Spartätigkeit, größeren Fortschrittsmöglichkeiten gäben sie jedenfalls keinen Raum. Ohne Fortschritt sei eine Spartätigkeit zweifellos unnötig. Demgegenüber unterstreicht Cassel nochmals die Notwendigkeit einer fortschrittlichen Entwicklung für

den Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens, wobei er wieder den Fortschrittsweise errechneten Satz von 3% jährlich erwähnt. Jedenfalls sind in ungefähr diesem Ausmaß nach der Beweisführung von Cassel die Erzeugungsziffern in verschiedenen Ländern gestiegen, eine Entwicklung, die zweifellos von einer entsprechenden Spartätigkeit begleitet werden muß. Wichtig ist bei allem ein richtiges Gleichgewicht, wobei dieses sich als Gleichgewicht der Preise in einer beständig fortschreitenden Volkswirtschaft vorstellt. Insofern gibt es verschiedene Gleichungen und verschiedene Beziehungen der einzelnen Faktoren, Angebot, Nachfrage, Einkommen, Verbrauch, Sparkapital und schließlich Zahlungsmittelmenge. Letztere kann danach nicht einfach unwillkürlich vermehrt werden, sondern muß sich weitgehend der Entwicklung der Produktion anpassen.

Aus dieser Linienführung heraus wendet sich dann Cassel gegen die Zinsbestimmungspolitik seines wissenschaftlichen Gegners, die auf eine willkürliche Vermehrung der Zahlungsmittel hinziele. Cassel sagt hier, daß die Begriffsbestimmung des Zinsfußes als Preis für die Verwendung des Kapitals — wobei sich die Höhe des Zinsfußes nach dem Ausmaß der Kapitalknappheit regelt — auch in Zukunft Hauptpfeiler der allgemeinen Preisbildungstheorie sein müsse. Wir können in diesem Zusammenhang nicht feststellen, ob und inwieweit Professor Keynes bei der Beeinflussung des Zinsfußes den Zahlungsmittelumlauf willkürlich vermehren will, daß aber andererseits eine Beeinflussung des Zinsfußes von der Zentralnotenbank eines Landes durch eine Kapitallenkungs politik möglich ist, hat die neuere Entwicklung zweifellos gezeigt. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß trotz einer gewissen Knappheit an Kapital der Zins zum Beispiel in Deutschland nicht gestiegen, sondern sogar stark abgebaut werden konnte? Auch in England hat die Kapitalmarktlenkung offensichtlich Erfolge erzielt, ohne daß man deshalb von einem künstlich niedrigen Zinsstand sprechen muß.

Der schwedische Gelehrte übersieht also in seiner theoretischen Kampfstellung die wirklichen Zusammenhänge einer straffen Geldmarktpolitik und verbleibt bei der orthodoxen These, daß durch das Auspendelnlassen von Angebot und Nachfrage das richtige und damit das beste Gleichgewicht erzielt werde. Er gibt aber andererseits zu, daß durch einen Mangel an Spargeldern in den meisten Ländern die Darlehensnehmer gegenwärtig Zinssätze zahlen müssen, die als hemmend für die Unternehmungslust gelten müssen. Aus dieser Feststellung heraus müßte man aber doch im Sinne einer Hebung der Investitionsmöglichkeiten die Notwendigkeit einer richtigen Lenkung und Verwendung der Sparmittel herleiten!

Eine bemerkenswerte Note bekommen in diesem Zusammenhang noch die verschiedenen Regierungen. Die Forderung von Keynes an die Regierungen zu größerer Investitionsbereitschaft wird von Cassel mit dem Hinweis erwidert, daß die Regierungen bisher durch hohe, willkürliche Besteuerung, durch die verschiedensten staatlichen und internationalen Hemmungen und durch eine schlechte Währungspolitik die private Anlagetätigkeit unterbunden hätten und daß mithin eine solche Forderung recht eigenartig wirken müsse. Hier hat der schwedische Gelehrte zweifellos recht, nur macht er den Fehler, daß er das Kind mit dem Bade ausschüttet und den Regierungen jegliche Möglichkeit nimmt, die Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Das geht aber nicht dadurch, daß man die Dinge sich selbst überläßt, sondern, daß man im Rahmen der eigenen Möglichkeiten die Dinge meistert und das notwendige Gleichgewicht herstellt. Soviel zeigt aber diese beachtliche Debatte zweier ausländischer nationalökonomischer Größen, daß vor der langsameren theoretischen Erkenntnis entscheidungskräfte Männer stehen müssen, die aus ihrer hohen Verantwortung heraus zielsicher handeln. Sie werden dann auch wieder genügend Spielraum für den privaten Unternehmertegeist haben können und müssen. H. H.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 221

Die Richtschnur der Geldpolitik hat nach Prof. Gustav Cassel (Vierteljahresbericht der Skandinaviska Kreditaktiebolaget, April) Stabilität des Warenpreisniveaus zu sein. Ein Geldprogramm müsse so klar und bestimmt sein, daß die Allgemeinheit in jedem Augenblick selbst beurteilen kann, was geldpolitisch geschehen wird. Stellt man diese Forderung auf, so müsse man von allen solchen Ansprüchen Abstand nehmen, die von subtilen Theoretikern oder von Zentralbankleitungen aufgestellt worden seien, um jeder mehr fixierbaren Verantwortlichkeit zu entgehen. Solange die Programme so unbestimmt bleiben, daß die Allgemeinheit nicht beurteilen kann, wie sich ihre Anwendung in einem bestimmten Augenblick gestalten wird, seien sie als Mittel zu wirtschaftlicher Stabilisierung wertlos. In der Aufrechterhaltung eines festen Warenpreisniveaus dürfe natürlich nicht ein absolutes Ideal erblickt werden. Dies folge schon daraus, daß eben die Wahl eines Preisindex mit einer gewissen Willkür verbunden sei, aber der wesentliche Wert eines solchen Programms liege darin, daß es begreiflich sei und daß man in jedem Augenblick wisse, wie es auszulegen ist. Auch wenn es sich nachweisen ließe, daß ein solches Programm an gewissen Mängeln leidet, so seien diese nicht so schlimm, daß nicht das Wirtschaftsleben sich gut dem Programm anzupassen vermöchte.

## \* Kostenausgleich durch Zuschüsse.

Kosten und Preise, ihre absolute Höhe und ihr Verhältnis zu einander, sind nicht nur außenwirtschaftlich, etwa im Hinblick auf die Wettbewerbskraft an den Weltmärkten, von grundlegender Bedeutung für das Gedeihen einer Volkswirtschaft, sondern sie sind es auch binnenwirtschaftlich. Für die Einzelwirtschaft entscheiden Kosten und Preise, ob und wieviel Gewinn erzielt oder welcher Verlust erlitten wird. Im Bereich der Privatwirtschaft hängen davon auf die Dauer die Existenz eines Unternehmens und seine Erzeugung ab. In vielen industriell fortgeschrittenen Ländern ist nun im letzten Jahrzehnt von Staats wegen der Bereich solcher Erzeugungen und Leistungen sichtlich ausgedehnt worden, für die sich unmittelbar keine Kostendeckung durch die Erlöse ergibt, sondern die auf Nachhilfen angewiesen sind, für die sich die verschiedensten Formen entwickelt haben, von dem unmittelbaren staatlichen Zuschuß bis zu dem der Publizität nicht zugänglichen Umlageverfahren und zu Ausgleichskassen innerhalb kleinerer oder größerer Bereiche der Wirtschaft.

Die Ausdehnung der Nachhilfewirtschaft hing natürlich eng damit zusammen, daß der Sektor der Ueberschußwirtschaft, der überwiegend identisch ist mit dem der Privatwirtschaft, nicht mehr genügend Antriebe zu einer ständig befriedigenden Beschäftigung der Volkswirtschaft lieferte, soweit es sich nicht darum handelte, was in wachsendem Umfange der Fall gewesen sein mag, staatspolitisch wichtige Produktionen einzurichten, die von vornherein keine Aussicht boten, auf einer eigenen Rentabilitätsgrundlage bewältigt zu werden. Von Politik und Weltanschauung her kam z. B. in Deutschland befördernd hinzu, daß das Rentabilitätsprinzip nicht mehr als eine ausreichende Grundlage für die nationale Leistungs- und Wohlstandsbildung betrachtet wurde, daß vom Staate der Eingriff in Wachstum und Verteilung des Sozialprodukts unter übergeordneten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gefordert wurde.

Professor Cassel (Stockholm) hat sich vor einiger Zeit (Vierteljahresshefte Nr. 4 - 1938 - der Skandinaviska Banken A/B) heftig gegen die Ausbreitung der „Unterstützungswirtschaft“ zu Lasten der „Tauschwirtschaft“ ausgesprochen: Für eine Unterstützungswirtschaft gebe es keine natürliche Gleichgewichtslage. Sie entbehre eines objektiven Grundes für die Bewertung verschiedener Nützlichkeiten wie auch für eine richtige Verteilung der Produktionskräfte; eine rationelle Leitung der Unterstützungswirtschaft müsse so gut wie unmöglich sein. Cassels Kritik hat vermutlich Gültigkeit für eine individualistische, vor allem von Rentabilität und Rentabilitätserwartung abhängende Ordnung.

In einer nach vorrangierenden politischen Gesichtspunkten vom Staate gelenkten Volkswirtschaft befriedigt aber die Auslese der Warenerzeugung auf Grund des Rentabilitätsprinzips nicht. Bereiche der Nachhilfewirtschaft muß es hier sozusagen geben, weil die einer solchen politischen Wirtschaft gestellten Aufgaben nicht nur solche sein können, die sich im Bereich der Ueberschußwirtschaft durchführen lassen.

Läßt sich also in einer solchen Wirtschaft gegen das Prinzip nichts einwenden, so bedarf es natürlich des Respektes vor den Grenzen, die der Gewährung von Nachhilfe gezogen sind. Denn eine Volkswirtschaft muß im ganzen gesehen ihre Kosten verdienen. Gibt es Bereiche, die auf Zuschüsse angewiesen sind, so muß es Bereiche geben, die diese Zuschüsse erübrigen können und zwar um so mehr, je größer der Sektor der Nachhilfeerzeugungen ist. Es ist also die Frage des quantitativen Maßes, die sich unter volkswirtschaftlichem Aspekt für den Umfang und für die Ausbreitung des Nachhilfeprinzips in der Wirtschaft stellt. Je größer die frei verfügbaren Ueberschüsse im Rentabilitäts-Sektor sind, um so mehr Zuschüsse könnten, wenn das erwünscht ist, gewährt werden, je kleiner sie sind, freilich um so weniger. Im übrigen ist zu bedenken, daß in einer vollbeschäftigten Volkswirtschaft jede Vergrößerung solcher Abgaben die Tendenz haben muß, den Sektor der auf eigener Rentabilität ruhenden Betriebe minder ertragreich zu machen oder zu verkleinern, und zwar desto mehr, je geringer die Ueberschußspanne ist auf Grund der gegebenen Kosten-Preis-Relationen einer Volkswirtschaft.

Diese Ueberlegungen bedürfen noch der Ergänzung von einer anderen Seite her. Privateigentum und Wettbewerb sind anerkannte Faktoren unserer politisch-ökonomischen Ordnung. Mit einer Vergrößerung der Abgaben aus Ueberschußerzeugungen an Zuschußerzeugungen, womöglich gar innerhalb von Wettbewerbern, könnte die Wirksamkeit dieser Faktoren für den allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt abgeschwächt, könnte dem Leistungsprinzip zuwidergearbeitet werden. Es wäre auch denkbar, daß das Wirtschaften aus größeren Töpfen die Anstrengungen, so vorteilhaft wie möglich zu arbeiten, mindert. Vermutlich gibt es Gebiete, auf denen diese Gefahren geringer sind, andere, auf denen sie groß sind. Das bedarf der sorgfältigen Prüfung und Entscheidung im Einzelfalle.

Im ganzen gesehen handelt es sich bei dem Nachhilfeprinzip wohl mehr um etwas, das am besten auf Sonderfälle beschränkt bleibt, dessen Ausbreitung eher gehemmt als gefördert zu werden verdient. Zweckmäßig dürfte es im allgemeinen sein, den treffenden Preis, den Leistungspreis, im Auge zu behalten als Ordner der wirtschaftlichen Relationen.



03 053 0039

BEC

Signatur

P

Cassel  
Prof. Gustav

Datum

18. April 1939

## Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 89

### Schweden — Prof. Cassel zur Frage der niedrigen Zinssätze

d. Stockholm — Im Aprilheft der Skandinaviska Banken untersucht Prof. Gustav Cassel in einem ausführlichen Aufsatz das Problem der gegenwärtig besonders niedrigen Zinssätze in Schweden. Cassel kommt dabei zu dem Ergebnis, daß das Zinsniveau in Schweden zur Zeit auf ganz besondere Umstände zurückgeführt werden muß. Der herrschende Kapitalüberfluß ist danach in ungünstigen Bedingungen der privaten Unternehmertätigkeit zu sehen, wodurch die Nachfrage nach Kapital stark gefallen ist. Als wichtigste Ursachen hierfür werden die schwere Steuerbelastung und die zwar unbestimmte, aber anhaltende Gefahr der Sozialisierung in dem einen oder anderen Bereich angeführt, die die Unternehmerinitiative erlahmen lassen. Diese Faktoren wirken sich nach Cassel nachteilig für die Fortschritte der schwedischen Wirtschaft überhaupt aus. Die Zukunft des schwedischen Kapitalmarktes läßt zwei Möglichkeiten offen. Entweder erhält die Unternehmerschaft wieder bessere Bedingungen für ihre Betätigung oder aber der Staat erweitert seine öffentliche Wirksamkeit in einem Maße, daß dadurch der größte Teil der jährlichen Ersparnisse in Anspruch genommen wird. In beiden Fällen muß eine Steigerung des Kapitalbedarfs die Folge sein, so daß der jetzige Ueberfluß mehr als eine vorübergehende Erscheinung anzusehen sein dürfte.

Duplikat

4/19 n 18/14

## Der Deutsche Volkswirt (Berlin)

Nr. 42

Gustav Cassel  
sieht Inflationsgefahr

Man wäscht kein Fell, ohne es naß zu machen. Und man kann nicht innerhalb weniger Jahre Milliardenbeträge für Rüstungen aufwenden, ohne gleichzeitig die Produktion für andere Zwecke in den Hintergrund zu drängen. Wenn durch die forcierte Aufrüstung viel Geld unter die Leute kommt, das der Staat entweder durch Kreditaufnahme oder durch Notendruck oder auf andere Weise schaffen kann, während die Produktion an Konsumgütern gleich bleibt oder zurückgeht, so entsteht ein Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Gütermenge, das in liberal regierten Staaten zu kräftigen Preissteigerungen führen muß. Da die Einkommen der inflationistischen Entwicklung nachhinken, muß das Publikum seine Ansprüche an Waren einschränken. Gustav Cassel, der kluge schwedische Volkswirt, legt diese Zusammenhänge im neuen Vierteljahrsbericht der Skandinaviska Banken schonungslos dar. Daß er die Dinge unter dem Gesichtswinkel seiner liberalen Wirtschaftsanschauung beurteilt, ändert nichts an der Richtigkeit seiner Beobachtungen. Er ist mit Keynes überzeugt davon, daß die Arbeitslosigkeit in England bald ein überwundenes Stadium sein wird, ja, daß man auch dort, ebenso wie in allen Ländern mit andauernder Aufrüstung, bald vor einem Mangel an Arbeitskraft stehen wird. Schafft der Staat dann Kaufkraft über das hinaus, was er von der Allgemeinheit durch Steuern oder Anleihen erhalten kann, so kann diese Extrakaufkraft keine Zunahme der Produktion mehr mit sich bringen, sondern muß eine Preissteigerung veranlassen. Eine Einschränkung des privaten Verbrauchs wird erzwungen, wodurch der Staat die Möglichkeit zu weiterer Verfügung über Waren und Dienste erhält. Wachsen die Ansprüche des Staates auf eine solche Höhe, daß eine außerordentliche Einschränkung des Verbrauchs des Volkes unumgänglich wird, so muß dieses Verhältnis offen zugegeben werden. Es ist dann, wie Cassel meint, nur eine Geschmackssache, ob die Einschränkung durch eine inflationistische Preissteigerung erzwungen werden soll „oder durch mehr direkte Methoden, wie harte Besteuerung, Einfuhrregelungen oder verschiedene Formen von individueller Rationierung, vielleicht im Verein mit einer Qualitätsverschlechterung“. Es gibt in der Tat keine andere Wahl. Im Gegensatz zu Cassel möchten wir freilich meinen, daß die Entscheidung nicht eine Angelegenheit des Geschmacks, sondern des Charakters ist. Die Reichsregierung hat den zweiten Weg gewählt, weil sie weiß, daß das deutsche Volk die Wahrheit vertragen kann. Sie hat vom ersten Tage an nicht nur auf das scheinbar bequemere Mittel der inflationistischen Preissteigerung verzichtet, sondern hat schon in einem sehr frühen Stadium der Wirtschaftsbelebung jede Preis- und Lohnsteigerung bekämpft. Da sie keine politische Opposition zu fürchten hatte, konnte sie sich eine solche kompromißlose Gradlinigkeit freilich eher leisten als die parlamentarisch regierten Staaten. Die Reichsregierung hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß die deutsche Wehrfreiheit mit wirtschaftlichen Opfern erkaufte werden muß. Die demokratischen Staaten, insbesondere England, sind bisher diesen Konsequenzen ausgewichen. Mit Recht weist Cassel darauf hin, daß die Mehraufwendungen der Aufrüstung nur durch Mehrleistung, Mehrarbeit, Besteue-

**Gustav Cassel  
sieht Inflationsgefahr**

Man wäscht kein Fell, ohne es naß zu machen. Und man kann nicht innerhalb weniger Jahre Milliardenbeträge für Rüstungen aufwenden, ohne gleichzeitig die Produktion für andere Zwecke in den Hintergrund zu drängen. Wenn durch die forcierte Aufrüstung viel Geld unter die Leute kommt, das der Staat entweder durch Kreditaufnahme oder durch Notendruck oder auf andere Weise schaffen kann, während die Produktion an Konsumgütern gleich bleibt oder zurückgeht, so entsteht ein Mißverhältnis zwischen Kaufkraft und Gütermenge, das in liberal regierten Staaten zu kräftigen Preissteigerungen führen muß. Da die Einkommen der inflationistischen Entwicklung nachhinken, muß das Publikum seine Ansprüche an Waren einschränken. Gustav Cassel, der kluge schwedische Volkswirt, legt diese Zusammenhänge im neuen Vierteljahrsbericht der Skandinaviska Banken schonungslos dar. Daß er die Dinge unter dem Gesichtswinkel seiner liberalen Wirtschaftsanschauung beurteilt, ändert nichts an der Richtigkeit seiner Beobachtungen. Er ist mit Keynes überzeugt davon, daß die Arbeitslosigkeit in England bald ein überwundenes Stadium sein wird, ja, daß man auch dort, ebenso wie in allen Ländern mit andauernder Aufrüstung, bald vor einem Mangel an Arbeitskraft stehen wird. Schafft der Staat dann Kaufkraft über das hinaus, was er von der Allgemeinheit durch Steuern oder Anleihen erhalten kann, so kann diese Extrakaufkraft keine Zunahme der Produktion mehr mit sich bringen, sondern muß eine Preissteigerung veranlassen. Eine Einschränkung des privaten Verbrauchs wird erzwungen, wodurch der Staat die Möglichkeit zu weiterer Verfügung über Waren und Dienste erhält. Wachsen die Ansprüche des Staates auf eine solche Höhe, daß eine außerordentliche Einschränkung des Verbrauchs des Volkes unumgänglich wird, so muß dieses Verhältnis offen zugegeben werden. Es ist dann, wie Cassel meint, nur eine Geschmackssache, ob die Einschränkung durch eine inflationistische Preissteigerung erzwungen werden soll „oder durch mehr direkte Methoden, wie harte Besteuerung, Einfuhrregelungen oder verschiedene Formen von individueller Rationierung, vielleicht im Verein mit einer Qualitätsverschlechterung“. Es gibt in der Tat keine andere Wahl. Im Gegensatz zu Cassel möchten wir freilich meinen, daß die Entscheidung nicht eine Angelegenheit des Geschmacks, sondern des Charakters ist. Die Reichsregierung hat den zweiten Weg gewählt, weil sie weiß, daß das deutsche Volk die Wahrheit vertragen kann. Sie hat vom ersten Tage an nicht nur auf das scheinbar bequemere Mittel der inflationistischen Preissteigerung verzichtet, sondern hat schon in einem sehr frühen Stadium der Wirtschaftsbelebung jede Preis- und Lohnsteigerung bekämpft. Da sie keine politische Opposition zu fürchten hatte, konnte sie sich eine solche kompromißlose Gradlinigkeit freilich eher leisten als die parlamentarisch regierten Staaten. Die Reichsregierung hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß die deutsche Wehrfreiheit mit wirtschaftlichen Opfern erkaufte werden muß. Die demokratischen Staaten, insbesondere England, sind bisher diesen Konsequenzen ausgewichen. Mit Recht weist Cassel darauf hin, daß die Mehraufwendungen der Aufrüstung nur durch Mehrleistung, Mehrarbeit, Besteuerung und Anleiheaufnahme gedeckt werden können. Und in deutlicher Wendung gegen gewisse in England populäre Thesen erklärt Cassel: „Es gilt, einen unnötigen Verbrauch wie auch solche private Kapitalinvestierung abzubremsen, die eine von ihrer Verteidigung voll beanspruchte Nation sich nicht erlauben kann.“



03 05 30041 BEC

Signatur

P. Cassel Prof.

Datum — Aug. 1939

## Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 24

### Überschätzung der Kolonien?

Die Vorstellung, daß wenige Besitzende eine Mehrzahl von „Habenichtsen“ am Genuß der Güter dieser Welt hindern, die Forderung nach einer besseren Verteilung der Reichtümer ist „vollkommen wirklichkeitsfremd“! Geben sich nicht die Habenden die allergrößte Mühe, opfern sie nicht Kapitaleinsatz, Subventionen und verwenden die unterbezahlte Arbeit farbiger Völker, um ihren Reichtum so billig wie irgend möglich den Habenichtsen anzubieten.

Was aber tun die Habenichtse? Statt diese billigen Waren dankbar anzunehmen, bauen sie Zollmauern, um sich gegen eine Überschwemmung davon zu wehren. Sie subventionieren mit unglaublichen Kosten eine eigene Rohstoffproduktion, statt diese Rohstoffe

spottbillig von den durch die Natur begünstigten Gegenden zu kaufen. So unterstützt England eine heimische Zuckerproduktion mit unwahrscheinlichen Summen, während sich die Zuckerproduzenten in der Welt nichts Besseres wünschen, als ihren Zucker England billig zur Verfügung zu stellen. Und dabei ist England noch „ein relativ vernünftiges Land“.

Das etwa ist der Gedankengang, mit dem der alte Kämpfe Gustav Cassel, gewappnet mit dem gewaltigen, aber vielleicht etwas veralteten Rüstzeug seiner Wissenschaft, eine Lanze für die Habenden der Welt zu brechen sucht. Er wendet sich dabei auch den kolonialen Forderungen zu und schreibt: „Einige Länder, denen Kolonien fehlen, bemühen sich heute aufs äußerste, sie zu erhalten. Sie glauben Mangel an Rohstoffen zu leiden und stellen sich vor, dieser Mangel könne durch Kolonialbesitz behoben werden. Man würde dann seine Rohstoffe von eigenen Gebieten einführen und würde nicht mit Zahlungen an das Ausland belastet. Wie hier der reine Besitz an Kolonien überschätzt wird“, fährt Cassel fort, „ist ein bemerkenswertes Beispiel für die Macht des Wortes über den Gedanken. Auch eine Einfuhr aus eigenen Kolonien muß ja bezahlt werden. Und es ist in vielen Fällen äußerst zweifelhaft, inwiefern diese Bezahlung billiger wird als die jetzige Unterbezahlung von Rohstoffen von anderer Seite. Investiert man Milliarden in die Eroberung von Kolonien, so kann man ganz sicher sein, daß deren Waren ein Vielfaches des Weltmarktpreises kosten werden.“

Cassels Beweisführung ist so typisch subjektiv und einseitig, daß sie wieder einmal ein vergnügliches Beispiel dafür gibt, daß jeder nur das sieht, was er sehen möchte. Es ist nicht schwer, Cassel zu widerlegen. Man braucht nur die Gründe anzudeuten, die gegen seinen Schluß sprechen und die er — unwissenschaftlicherweise — übersah. Wo in der Welt werden z. B. die Kosten für die Eroberung einer Kolonie auf die Preise aufgeschlagen? Sagt nicht Cassel selbst, daß es überall Unterpreise sind? Und kosteten jene Kolonien den anderen etwa nichts? Mit den billigen Weltmarktpreisen hat es auch einen großen Haken. Um auf dem Weltmarkt kaufen zu können, braucht man nun einmal Devisen, die man nur erhält, wenn man exportiert. Dieser Export aber ist heute auch halb geschenkt! Die wenigen Devisen werden in Waren teuer bezahlt. Deshalb ist es sehr fraglich, ob die Weltmarktpreise wirklich billiger sind, als wenn man mit eigenen Kolonialgebieten Ware gegen Ware tauschte. Außerdem hat der unrentable Weltmarktexport noch den großen Nachteil, daß man von der Kaufbereitschaft oder Boykottneigung der anderen Länder abhängig ist. In eigenen Kolonien baut man eben selbst an, was man braucht. Diese sehr wichtigen Gesichtspunkte hat Cassel entweder übersehen oder verschwiegen, auf alle Fälle nicht widerlegt. Was ihm auch nicht möglich sein dürfte. Dazu kommt noch manch anderer wichtiger Grund, der außerhalb der rein wirtschaftlichen Anschauung liegt. Wir möchten Cassel an die Worte des Reichswirtschaftsministers Funk erinnern, daß die Rückgabe der deutschen Kolonien eine Ehrensache ist! Mit dem Schlußsatz von Cassel sind wir allerdings restlos einverstanden: „Wenn irgendwo eine Aufrüstung in der Welt nötig ist, dann zweifellos auf dem Gebiet des klaren Denkens.“ Es wäre ein schönes, wenn auch leider unwahrscheinliches Zukunftsbild, wenn die Welt und in ihr Prof. Cassel recht bald damit anfinke, klar und nicht nur einseitig zu denken.

Datum 12. Sep. 1939

03 053 0042 BEC

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr. 464

Duplikat

A 17 m 23

## \* Schweden und der Pfundkurs.

Eine Mahnung Professor Cassels.

b Stockholm.

Der schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel hat im „Svenska Dagbladet“ den letzten Sturz des Pfundes und seine Rückwirkungen auf Schweden behandelt. Cassel stellt fest, daß von vielen Seiten die Senkung des Pfundes nur als eine vorübergehende Erschütterung im Gefolge der internationalen Unruhe angesehen werde. Das Pfund sei, gemessen am Dollar, jedoch schon vor der Krise „überbewertet“ gewesen. Der frühere Kurs des Pfundes konnte, nach Cassel, nur mit Hilfe der ständigen Unterstützung durch den Ausgleichsfonds gehalten werden. In einem kurzen Abriß über die Geschichte des Pfundes während der letzten zehn Jahre erinnert Professor Cassel an die englische „Inflation“ von 1936, die eine 20% Erhöhung des englischen Preisspiegels mit sich brachte, und meint, schon im September 1938 sei das Pfund auf Grund seiner inneren Kaufkraft nicht mehr als Doll. 4.50 wert gewesen.

Die bisherige Verbindung der schwedischen Krone mit dem Pfund bezeichnet Cassel als eine unglückliche Politik der schwedischen Reichsbank. „Trotz der Septemberkrise“, schreibt er, „und der damit verbundenen Entwertung des Pfunds im Vergleich zum Dollar, behielt die Reichsbank den Pfundkurs bei, und die Folge war eine Verschlechterung der schwedischen Krone, gemessen am Dollar. In der gegenwärtigen Lage hat die Reichsbank es schließlich doch für notwendig gehalten, den festen Pfundkurs aufzugeben. Der schwedische Pfundkurs war daher einem Sturz ausgesetzt, der gewaltsamer war, als nötig gewesen wäre, wenn der Kurs sich natürlich und allmählich der wirklichen Lage angepaßt hätte.“ Alle Kräfte müßten dafür eingesetzt werden, eine „Inflation“ zu verhindern. Es könne nicht davon die Rede sein, die Krone an eine andere Währungseinheit, z. B. den Dollar, zu binden. Das wäre in der gegenwärtigen unruhigen Zeit allzu gewagt. Es komme dagegen vor allem darauf an, die innere Kaufkraft der Krone stabil zu halten. Cassel stellt fest, daß durch den plötzlichen Fall des Pfundes die Lage der schwedischen Exportindustrie überaus verschlechtert sei, und daß diese Tatsache auf das gesamte Wirtschaftsleben Schwedens wie auch auf die Staatsfinanzen eine ungünstige Wirkung ausüben müsse. „Eine der wichtigsten Folgen davon ist die, daß alle Hoffnungen auf eine Erhöhung der Arbeitslöhne innerhalb der Exportindustrie begraben werden müssen. Es geht selbstverständlich auch nicht, daß der Lohnstandard der Binnenindustrie bis ins Unendliche über den der Exportindustrie hinaufgeschraubt wird. Der Fall des Pfundes enthält in dieser Hinsicht eine sehr ernste Warnung gegen eine Ueberspannung der Lohnforderungen im allgemeinen.“

Wie sehr diese Warnungen Cassels Wirklichkeitswert haben, zeigen die ersten Preiserhöhungen. Die Stockholmer Börse zeigte zuletzt eine plötzliche Haussestimmung auf dem Aktienmarkt, die als Zeichen für eine schon eingetretene „Inflationsschreck“ gedeutet wurde. Um nur einige Zahlen zu nennen: Asea stieg von 190 auf 201, Bofors von 178 auf 192, Grängesberg von 163 auf 187, Kugellager von 165 auf 170. Faktoren der Preissteigerung könnten auch von dem Ergebnis der Tarifverhandlungen ausgehen, die für große Gruppen der schwedischen Arbeiterschaft, vor allem für die Metall-, Hütten- und Grubenarbeiter und die Arbeiter der Textil- und Papierindustrie sowie der Sägewerke, deren Tarifverträge zu Ende dieses Jahres ablaufen, begonnen haben. Es wird mit einem langwierigen Verhandlungsverlauf gerechnet.

Frankfurter Zeitung (Frankfurt a. M.)

Nr.....

53

Original

17 n2

**„Senkung des Lebensstandards notwendig.“**

Gustav Cassel kritisiert die schwedische Wirtschaftspolitik.

□ Stockholm, 29. Januar. Professor Gustav Cassel hat gestern vor dem Ingenieurklub und der Technischen Vereinigung in Durebro einen Vortrag gehalten, in dem er die Regierung deshalb kritisierte, weil sie nicht schon vor mehreren Jahren mit dem Lagern von großen Mengen Kohle und Benzin begonnen habe. Er erklärte, solche Brennstoffankäufe wären viel nützlicher gewesen als das Ansammeln von Gold und Devisen. Die Arbeitskräfte für die nötigen Arbeiten seien vorhanden gewesen, da die Arbeitslosen, die beim Straßenbau eingesetzt worden seien, ebenso gut Tunneln für die Lagerung von Benzin hätten sprengen können. Ein weiterer Fehler sei gewesen, daß die Bahnlinie Göteborg—Stockholm noch nicht auf der ganzen Strecke zweigleisig ausgebaut worden sei. Nachdem Cassel noch die fehlende Planmäßigkeit auf dem Arbeitsmarkt kritisiert hatte, die in dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften zum Ausdruck komme, ging er auf die Frage der finanziellen Bereitschaft über. Er wiederholte seine bekannte These, daß eine viel stärkere Senkung des Lebensstandards nötig sein werde, um den erhöhten Anforderungen der Kriegszeit gerecht zu werden. Seiner Ansicht nach werde es dem Staate nicht gelingen, auf dem Anleihewege die für die Aufrüstung nötigen Gelder zu beschaffen. Was die Handelsbilanz betreffe, habe sich die glänzende Lage, mit der Schweden in den Krieg eingetreten sei, sofort verschlechtert. Man dürfe auf dem eingeschlagenen Wege nicht fortfahren. Tatsächlich habe die Entwicklung der Inflation schon begonnen, da die öffentlichen Ausgaben größer seien als die Ersparnisse. Das schwedische Volk lebe in der Vorstellung, daß eine Krone heute ebenso viel wert sei wie vor einem Jahr. Diese Vorstellung sei falsch. Der Notenumlauf vermehre sich mit beunruhigender Geschwindigkeit.

Dazu ist zu bemerken, daß der schwedische Notenumlauf, der am Ende des Jahres 1938 1060,7 Mill. Kronen und bei Kriegsausbruch 1126,3 Mill. Kronen betragen hatte, bis zum 30. Dezember 1939 auf 1422,2 Millionen Kronen angewachsen ist. Die Einlagen bei den Privatbanken sind von 483,5 Millionen Kronen Ende August 1939 auf 152,9 Millionen Kronen am 30. Dezember 1939 gesunken. Der Gold- und Devisenbestand hat sich von 1331,4 Millionen Kronen bei Kriegsausbruch auf 978,9 Millionen Kronen am 30. Dezember 1939 verringert.



23. Apr. 1940

03 05 3 0044

BEC

A 17 \* m 1



Schweden  
Kritik an der Finanzierung

1

### Ausgabenpolitik und Inflationsgefahr in Schweden

„Svenska Dagbladet“ (Stockholm), Nr. 110, 23. 4. 40 (Gustav Cassel): Es ist erstaunlich, zu sehen, welche Unklarheit noch über das Wesen der Inflation und die Mittel zur Bekämpfung dieses Übels herrscht. Wieviel auch über dieses Thema geschrieben worden ist, sind völlig irreführende Vorstellungen über Inflation u. Preissteigerung nicht nur für die allgemeine Auffassung, sondern auch für die Wirtschaftspolitik bestimmend. Wenn von den Ursachen der allgemeinen Preissteigerung die Rede ist, sucht man gern Umstände hervor, die auf die eine oder andere Ware oder Arbeitsleistung verteuern gewirkt haben können.

Man verweist beispielsweise auf Preissteigerung im Auslande, erhöhte Frachten oder sonst gesteigerte Anschaffungskosten, möglicherweise auch auf einen knapper gewordenen Zugang. Man bemerkt niemals, wie unbefriedigend eine solche Analyse ist, wenn eine allgemeine Preissteigerung zu erklären ist. Es ist dann nicht möglich, bei den Warenzugängen stehen zu bleiben, es muß auch auf die Nachfrage Rücksicht genommen werden. Die erste Frage, die es zu beantworten gilt, ist: wie kann die Allgemeinheit die höheren Preise bezahlen? Dazu braucht sie ja mehr Geld; mit anderen Worten setzt die Preissteigerung voraus, daß die Allgemeinheit über eine größere Kaufkraft verfügt. Eine neugebildete Kaufkraft müßte demnach eine wesentliche Ursache für die allgemeine Preissteigerung sein.

Ist der Zugang an Waren in gleichem Maße zurückgegangen, wie das Preisniveau gestiegen ist, wäre ja irgendeine Erhöhung der Kaufkraft nicht erforderlich, um die Waren zu bezahlen. Aber eine so starke Warenknappheit besteht zurzeit nicht. Das Preisniveau ist sicherlich in weit schnellerem Tempo gesteigert worden, als der Zugang an Waren sich vermindert hat, und dieses ist allein bei einer erhöhten Kaufkraft möglich.

Man könnte ja dadurch der Preissteigerung entgegenwirken, daß man mehr arbeitet und damit den Warenzugang vergrößert. Das ist ein vortreffliches Rezept. Mehr Arbeit und besser organisierte Arbeit ist notwendig, wenn das Volk, trotz enormer Ansprüche der Verteidigung, seinen realen Lebensstandard einigermaßen soll aufrecht erhalten können. Es ist daher dumm, von der Mehrarbeit als von einem Opfer zu sprechen, die Mehrarbeit muß nur ein natürlicher Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes des Volkes sein.

Wir dürfen jedoch keinen Augenblick außer acht lassen, daß eine fortgesetzte Neubildung von Kaufkraft zur Deckung der Staatsausgaben eine ernste Gefahr für den Wert der schwedischen Krone birgt. Wir haben kürzlich erfahren, daß die Ausgaben für die Verteidigung im laufenden Budgetjahr vermutlich die schwindelnde Summe von 1343 Mill. Kr. erreichen werden. Das macht je Monat durchschnittlich 112 Mill. Kr. Der Staat kann so enorme Summen nicht in Umlauf setzen, ohne daß die Kaufkraft zunimmt und das allgemeine Preisniveau lawinenartig anwachsen läßt. Man muß daher soweit wie möglich diese Neubildung der Kaufkraft verhindern oder zum mindesten begrenzen. Es kommt auch darauf an, daß der Staat möglichst bald die Kaufkraft der Allgemeinheit, so weit er es vermag, herabsetzt.

Bisher war es dem Staat nur gelungen, einen geringeren Teil der neuen Kaufkraft einzuziehen. Das ist teils durch Steuern und teils durch Anleihen geschehen. Diese zusätzlichen Einnahmen, die der Staat sich auf diese Weise verschaffte, erwiesen sich jedoch nicht als ausreichend für die Verteidigungskosten. Im übrigen würden diese Ausgaben, soweit ausländische Guthaben nicht zur Verfügung standen, ganz einfach durch eine Neubildung von Kaufkraft, also durch reine Inflation der schwedischen Währung, gedeckt und werden es immer noch.

Eine wirksame Bekämpfung der Inflation ist nicht möglich, ohne vorher einen klaren Einblick in die Verhältnisse gewonnen zu haben. Solange die wesentliche Seite des Inflationsprozesses unbeachtet bleibt, wird sich das Interesse einseitig auf Anstrengungen richten, um den einen oder den anderen Preis am Steigen zu verhindern. Man greift dann gerne zu solchen dilettantischen Mitteln wie Höchstpreisbestimmung

oder Überwachung der Preisbildung im Kleinhandel. Man wird sich auch zu einer Verbrauchssteuer auf Grund ihrer preissteigernden Wirkung feindlich stellen und eher zu Subventionsmaßnahmen zur Verbilligung von gewissen Waren geneigt sein.

Stellt man wieder die Herabsetzung der Kaufkraft in den Vordergrund, so wird man zu Maßnahmen ganz anderer Art getrieben. Dann wird eine kräftige und breit angelegte Verbrauchssteuer ein natürliches Mittel zur Bekämpfung der Inflation. Für die Allgemeinheit besteht das eigentliche Übel einer solchen Steuer in dem Zwang, den Verbrauch einzuschränken. Aber bei außergewöhnlichen staatlichen Ansprüchen muß eine solche Einschränkung sowieso zustande kommen, da die Nation auf die Dauer nicht mehr verzehren kann, als sie produziert. Die Verbrauchssteuer läßt den Grundpreis der Waren unverändert. Der Preiszuschlag, den der Staat erhebt, ist eine Steuer, die einen Teil der allgemeinen Kaufkraft dem Staat zuführen soll. Ein solcher Preisaufschlag senkt nicht den Wert der schwedischen Krone und darf auch bei der Berechnung eines Indexes, der diesen Wert messen soll, nicht mitgenommen werden. Die Inflation setzt die Allgemeinheit viel größeren Verlusten als eine Verbrauchssteuer aus, Verluste, die weit über das hinausgehen, was sich der Staat durch den Inflationsprozeß an Einnahmen verschaffen kann. Eine Verbrauchssteuer kann auch, wenn die Zeit gekommen ist, aufgehoben werden, aber nach einer Inflation den Geldwert wieder auf den alten Stand zu bringen, ist nur in begrenztem Ausmaße möglich und ist dann mit einer neuen Schädigung der nationalen Wirtschaft verbunden.

Hätte man sich diese Sachlage klar gemacht, so wäre die Abneigung gegen eine erweiterte Verbrauchssteuer überwunden worden, und der Staat hätte bereits seit Beginn des Krieges bedeutend erhöhte Einnahmen erhalten. Die unnötige Verzögerung einer effektiven Verbrauchssteuer hat den Staat nicht verhindert, Ausgaben zu machen,



## Ausgabenpolitik und Inflationsgefahr in Schweden

„Svenska Dagbladet“ (Stockholm), Nr. 110, 23. 4. 40 (Gustav Cassel): Es ist erstaunlich, zu sehen, welche Unklarheit noch über das Wesen der Inflation und die Mittel zur Bekämpfung dieses Übels herrscht. Wieviel auch über dieses Thema geschrieben worden ist, sind völlig irreführende Vorstellungen über Inflation u. Preissteigerung nicht nur für die allgemeine Auffassung, sondern auch für die Wirtschaftspolitik bestimmend. Wenn von den Ursachen der allgemeinen Preissteigerung die Rede ist, sucht man gern Umstände hervor, die auf die eine oder andere Ware oder Arbeitsleistung ver-  
teuernd gewirkt haben können.

Man verweist beispielsweise auf Preissteigerung im Auslande, erhöhte Frachten oder sonst gesteigerte Anschaffungskosten, möglicherweise auch auf einen knapper gewordenen Zugang. Man bemerkt niemals, wie unbefriedigend eine solche Analyse ist, wenn eine allgemeine Preissteigerung zu erklären ist. Es ist dann nicht möglich, bei den Warenzugängen stehen zu bleiben, es muß auch auf die Nachfrage Rücksicht genommen werden. Die erste Frage, die es zu beantworten gilt, ist: wie kann die Allgemeinheit die höheren Preise bezahlen? Dazu braucht sie ja mehr Geld; mit anderen Worten setzt die Preissteigerung voraus, daß die Allgemeinheit über eine größere Kaufkraft verfügt. Eine neugebildete Kaufkraft müßte demnach eine wesentliche Ursache für die allgemeine Preissteigerung sein.

Ist der Zugang an Waren in gleichem Maße zurückgegangen, wie das Preisniveau gestiegen ist, wäre ja irgendeine Erhöhung der Kaufkraft nicht erforderlich, um die Waren zu bezahlen. Aber eine so starke Warenknappheit besteht zurzeit nicht. Das Preisniveau ist sicherlich in weit schnellerem Tempo gesteigert worden, als der Zugang an Waren sich vermindert hat, und dieses ist allein bei einer erhöhten Kaufkraft möglich.

Man könnte ja dadurch der Preissteigerung entgegenwirken, daß man mehr arbeitet und damit den Warenzugang vergrößert. Das ist ein vortreffliches Rezept. Mehr Arbeit und besser organisierte Arbeit ist notwendig, wenn das Volk, trotz enormer Ansprüche der Verteidigung, seinen realen Lebensstandard einigermaßen soll aufrecht erhalten können. Es ist daher dumm, von der Mehrarbeit als von einem Opfer zu sprechen, die Mehrarbeit muß nur ein natürlicher Ausdruck des Selbsterhaltungstriebes des Volkes sein.

Wir dürfen jedoch keinen Augenblick außer acht lassen, daß eine fortgesetzte Neubildung von Kaufkraft zur Deckung der Staatsausgaben eine ernste Gefahr für den Wert der schwedischen Krone birgt. Wir haben kürzlich erfahren, daß die Ausgaben für die Verteidigung im laufenden Budgetjahr vermutlich die schwindelnde Summe von 1343 Mill. Kr. erreichen werden. Das macht je Monat durchschnittlich 112 Mill. Kr. Der Staat kann so enorme Summen nicht in Umlauf setzen, ohne daß die Kaufkraft zunimmt und das allgemeine Preisniveau lawinenartig anwachsen läßt. Man muß daher soweit wie möglich diese Neubildung der Kaufkraft verhindern oder zum mindesten begrenzen. Es kommt auch darauf an, daß der Staat möglichst bald die Kaufkraft der Allgemeinheit, so weit er es vermag, herabsetzt.

Bisher war es dem Staat nur gelungen, einen geringeren Teil der neuen Kaufkraft einzuziehen. Das ist teils durch Steuern und teils durch Anleihen geschehen. Diese zusätzlichen Einnahmen, die der Staat sich auf diese Weise verschaffte, erwiesen sich jedoch nicht als ausreichend für die Verteidigungskosten. Im übrigen würden diese Ausgaben, soweit ausländische Guthaben nicht zur Verfügung standen, ganz einfach durch eine Neubildung von Kaufkraft, also durch reine Inflation der schwedischen Währung, gedeckt und werden es immer noch.

Eine wirksame Bekämpfung der Inflation ist nicht möglich, ohne vorher einen klaren Einblick in die Verhältnisse gewonnen zu haben. Solange die wesentliche Seite des Inflationsprozesses unbeachtet bleibt, wird sich das Interesse einseitig auf Anstrengungen richten, um den einen oder den anderen Preis am Steigen zu verhindern. Man greift dann gerne zu solchen dilettantischen Mitteln wie Höchstpreisbestimmung

oder Überwachung der Preisbildung im Kleinhandel. Man wird sich auch zu einer Verbrauchssteuer auf Grund ihrer preissteigernden Wirkung feindlich stellen und eher zu Subventionsmaßnahmen zur Verbilligung von gewissen Waren geneigt sein.

Stellt man wieder die Herabsetzung der Kaufkraft in den Vordergrund, so wird man zu Maßnahmen ganz anderer Art getrieben. Dann wird eine kräftige und breit angelegte Verbrauchssteuer ein natürliches Mittel zur Bekämpfung der Inflation. Für die Allgemeinheit besteht das eigentliche Übel einer solchen Steuer in dem Zwang, den Verbrauch einzuschränken. Aber bei außergewöhnlichen staatlichen Ansprüchen muß eine solche Einschränkung sowieso zustande kommen, da die Nation auf die Dauer nicht mehr verzehren kann, als sie produziert. Die Verbrauchssteuer läßt den Grundpreis der Waren unverändert. Der Preiszuschlag, den der Staat erhebt, ist eine Steuer, die einen Teil der allgemeinen Kaufkraft dem Staat zuführen soll. Ein solcher Preisaufschlag senkt nicht den Wert der schwedischen Krone und darf auch bei der Berechnung eines Indexes, der diesen Wert messen soll, nicht mitgenommen werden. Die Inflation setzt die Allgemeinheit viel größeren Verlusten als eine Verbrauchssteuer aus, Verluste, die weit über das hinausgehen, was sich der Staat durch den Inflationsprozeß an Einnahmen verschaffen kann. Eine Verbrauchssteuer kann auch, wenn die Zeit gekommen ist, aufgehoben werden, aber nach einer Inflation den Geldwert wieder auf den alten Stand zu bringen, ist nur in begrenztem Ausmaße möglich und ist dann mit einer neuen Schädigung der nationalen Wirtschaft verbunden.

Hätte man sich diese Sachlage klar gemacht, so wäre die Abneigung gegen eine erweiterte Verbrauchssteuer überwunden worden, und der Staat hätte bereits seit Beginn des Krieges bedeutend erhöhte Einnahmen erhalten. Die unnötige Verzögerung einer effektiven Verbrauchssteuer hat den Staat nicht verhindert, Ausgaben zu machen, die zu einem Faktor der Verschlechterung des Geldwertes geworden sind. Man kann auch den Verbrauch durch Einkommensteuer einschränken. Zu ihr ist

ja auch in ganz starkem Ausmaße ge-griffen worden. Ihre verbraucheinschränkende Wirkung hat indessen die Neigung, sich auf eine sehr ungünstige Weise zu verspäten. Die jetzt beschlossene Wehrsteuer soll nicht vor nächstes Jahr bezahlt werden, und es ist keineswegs sicher, daß das Volk sich bereits jetzt einschränkt, um Mittel für die künftige Wehrsteuer zu schaffen. Ein tatkräftiger Kampf gegen die Inflation fordert eine unmittelbare Beschneidung des Verbrauches.

Die Wehrsteuer ist nach unten ausgedehnt worden, um auch breitere Schichten zu einer Verbrauchseinschränkung zu veranlassen. Die Methode ist wenig wirksam. Wenn 400 000 Menschen 5 Kronen Wehrsteuer bezahlen, dann bekommt der Staat dadurch 2 Mill. Kronen, ein Tropfen im Meer im Vergleich zu den 1343 Mill. Kronen, die die Verteidigung im laufenden Budgetjahr kostet. Es kann jedoch nützlich sein, sich zu erinnern, wie schwer es ist, 2 Mill. zu beschaffen. Man sollte sich dann vielleicht zweimal bedenken, ehe man leichtsinnig Millionen für nicht notwendige Zwecke ausgibt.

Für die Allgemeinheit ist es unvergleichlich vorteilhafter, freiwillig Kaufkraft aufzugeben, indem sie spart und die Ersparnisse dem Staat zur Verfügung stellt. Ein solches Sparen hat bisher einen zu geringen Umfang gehabt. Das schwedische Volk müßte wesentlich mehr leisten können.

Wenn der Staat dieses erwartet, so muß er selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Eine wirklich bedeutende Beschneidung des zivilen Haushalts ist unvermeidlich. Hinsichtlich der Verteidigungskosten muß alles geschehen, um die Unabhängigkeit des Landes sicherzustellen. Das schließt nicht aus, daß eine gesunde Wirtschaft auch auf diesem Gebiet notwendig ist. Trotzdem bleibt die Kraft der Verteidigung in hohem Maße von einer richtigen Abwägung all der verschiedenen Ausgaben für den Schutz des Landes abhängig. Von einer solchen Abwägung dürfen nicht Ausgaben ausgeschlossen werden, die den Mitbürgern direkt auferlegt werden und somit im Budget nicht sichtbar werden. An diesem Punkt liegen noch offensichtliche Mängel vor.



03 053 0045

BEC

Neue Zürcher Zeitung

Nr. 333

Cassel, Prof

Signatur *P*

Datum 3. Nov. 1941

**Prof. Cassel fünfundsiebzighjährig.** -bo-  
Der Senior der schwedischen Nationalökonomien,  
Gustav Cassel, hat am 20. Oktober seinen  
75. Geburtstag gefeiert. Er hat sich während seiner  
langjährigen Tätigkeit einen international sehr an-  
gesehenen Namen geschaffen, und in allen Fragen  
der schwedischen Volkswirtschaft und Finanzen gibt  
es wohl kaum ein Tagesproblem, zu dem er nicht  
Stellung genommen hat. Aus seiner vor zwei Jahren  
erschienenen zweibändigen Selbstbiographie „Im  
Dienste der Vernunft“ erhält man eine  
Vorstellung über die zahlreichen Aufgaben, die er  
in seiner wissenschaftlichen und schriftstellerischen  
Produktion berührt hat. Theorie und Praxis gingen  
bei ihm ständig Hand in Hand, und namentlich sein  
Verständnis der großen sozialökonomischen  
Zusammenhänge hat ihm als Leitschnur ge-  
dient. Seine im Jahre 1902 erschienene klassische  
Schrift „Socialpolitik“ leitete eine neue Epoche in  
der Erkenntnis der öffentlichen Meinung in Schwe-  
den ein. Seit mehr als 25 Jahren widmete er sein  
Interesse in starkem Maße den schwedischen  
Staatsfinanzen und den Währungspro-  
blemen. Zu Ende der Dreißigerjahre bereits for-  
derte er, daß ein Teil des Goldbestandes der

Schwedischen Notenbank zum Ankauf kriegsnotwen-  
diger Rohstoffe verwendet werden soll, aber erst  
vor etwa drei Jahren ist man in einem heute als  
viel zu gering angesehenen Umfang seinen Rat-  
schlägen gefolgt. Bereits im Mai 1915 wies er im  
„Svenska Dagbladet“, zu dessen ständigem Mitarbei-  
ter er gehört, darauf hin, daß sich in vielen Ländern  
Europas eine beginnende Inflation geltend  
mache, und seither hat er der Frage einer wert-  
beständigen Währung seine ständige Aufmerksamkeit  
geschenkt.

03 053 0046 BEC

Signatur

Datum 26. Jan. 1943

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 44

## Das Problem der Vollbeschäftigung

Gustav Cassel contra „Economist“

Der bekannte schwedische Wirtschaftswissenschaftler, Professor Gustav Cassel, der ständige Mitarbeiter der Vierteljahrsberichte der Skandinaviska Banken, Stockholm, beschäftigt sich in dem Leitartikel des neuesten Berichtes mit dem Problem der Vollbeschäftigung, einem Thema, dem auch Reichswirtschaftsminister Funk in seinem letzten Vortrag einige Worte gewidmet hat. Cassels Aufsatz ist insofern besonders interessant, als in ihm der schwedische Gelehrte die klassische Schule des Liberalismus gegen den „Economist“ verteidigt. Auch in England hat man ja eingesehen, daß mit liberalistischen Mitteln die Wirtschaft nicht mehr in Ordnung zu bringen war bzw. ist, und so hat man auch dort versucht, die lenkende Hand des Staates stärker einzuschalten. J. M. Keynes hat die Methoden dieser neuen Schule in England wissenschaftlich darzulegen versucht und dabei vor allem auf die Vorrangstellung der Investitionstätigkeit hingewiesen. Der Schwede Cassel sucht nun nachzuweisen, daß diese neue Schule doch nicht das richtige sei, und daß man mit den alten liberalistischen Methoden weiterkomme; allerdings müsse Unvernunft und Gewalt vorher beseitigt werden. Diesen Kampf gegen Unvernunft und Gewalt hat Gustav Cassel schon seit über 20 Jahren gegen die falsche Politik der Diktatmächte von Versailles geführt, allerdings ohne Erfolg. Die Weltgeschichte ist zur Beseitigung des damaligen Unrechts andere Wege gegangen. Wir möchten aber im nachfolgenden die Ausführungen Cassels unseren Lesern auszugsweise vermitteln, um auf diese Weise die Ergebnislosigkeit der alten liberalistischen Methoden in dem Kampf seit 1918 nochmals zu unterstreichen. Prof. Cassel schreibt:

„Die moderne Theorie der Arbeitslosigkeit und ihrer Beseitigung wird sicherlich eine wesentliche Beeinflussung auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege haben. Es ist daher für jedermann von Interesse, sich mit dem allgemeinen Gedankengang dieser Theorie vertraut zu machen. In drei Artikeln über „Full Employment“ im Oktober 1942 hat die englische Finanzzeitschrift „Economist“ die Theorie in ihrem Grundlinien dargestellt und die Möglichkeit erörtert, zur Vollbeschäftigung zu gelangen, ohne deshalb die Grundsätze der liberalen Demokratie zu opfern oder auf den wirtschaftlichen Fortschritt zu verzichten. Gegenwärtig herrscht in der Welt volle Beschäftigung, aber zum Preise eines Weltkrieges. Wer auch den Krieg gewinnt, der Friede wird nur von dem politischen System gewonnen werden, das volle Beschäftigung zu schaffen vermag.

### Sparen und Investieren

Der „Economist“ unterstreicht kräftig, daß volle Einigkeit unter allen ernsthaften Wirtschaftlern über die Natur des Problems herrscht: eine Depression tritt ein, wenn das Gemeinwesen weniger ausgibt, als erforderlich ist, um all das zu kaufen, was es zu produzieren imstande ist. Die Ursache hiervon ist dann die, daß das Sparen die Investierung oder, anders ausgedrückt, am Kapitalmarkt das Angebot von Spargeldern die Nachfrage übersteigt. Zweifellos liegt eine gewisse Wahrheit in diesem Satz. Und doch liegt, in diesem Fall wie in vielen anderen, eine Gefahr darin, eine Wahrheit als unbestreitbar hinzustellen. Sie wandelt sich dann leicht in ein Dogma, mit der Folge, daß das Denken erschläft, und daß eine kritische Prüfung des Inhalts und der Konsequenzen der Wahrheit nicht mehr wach gehalten werden kann.

Formell kann es ja gleichgültig sein, welches Glied in einem Vergleich zuerst gesetzt wird. Im vorliegenden Fall ist es aber sicherlich für die allgemeine Auffassung nicht gleichgültig, ob man sagt, das Sparen ist größer als das Investieren, oder umgekehrt, das Investieren ist geringer als das Sparen. Die erste Formulierung suggeriert die Vorstellung, daß das Sparen vermindert werden müßte, und diese Folgerung ist ja auch in solchem Ausmaß gezogen worden, daß sie nicht umhin gekonnt hat, die mit vieler Mühe erreichte Erziehung der Völker zum Sparen zu schädigen. Die andere Formulierung lenkt die Aufmerksamkeit auf die aktuelle Seite des Depressionsproblems, die Abschwächung der Investitionstätigkeit. Es ist doch unbestreitbar, daß diese Seite der Sache in erster Linie schon deshalb in Betracht kommen muß, weil das Sparen ein verhältnismäßig gleichmäßig verlaufender Prozeß ist, während die Investitionstätigkeit eine starke Veränderlichkeit zeigt.

es im „Economist“, so ist eine Aufmunterung des Verbrauchs auf Kosten des Sparens auf weite Sicht eine gesunde Politik. Man ersieht hieraus, daß die Theorie keineswegs dabei stehenbleibt, Theorie zu sein, sondern weitgehende und sehr ernste praktische Folgen hat. Diese Lehre von einer allgemeinen Neigung der Gesellschaft, mehr zu sparen, als sie investieren kann, ist zweifellos der schwächste Punkt der modernen Theorie. Ueberhaupt kann ja ein derartiger Satz nur aufrecht erhalten werden, wenn man von dem allgemeinen Fortschritt absieht oder sich solchen Vorstellungen hingibt, wie daß Technik und Industrialismus in ein „Reifestadium“ eingetreten seien, wo die Ansprüche auf neues Kapital immer geringer werden. Das Dasein eines Kapitalzinses zeigt ja, daß andauernd eine bedeutende Nachfrage nach Kapital vorhanden ist, und daß diese Nachfrage in der Regel so stark ist, daß sie durch Zinssätze zurückgehalten werden muß, die hinreichend hoch sind, um ein Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Kapitalmarkt herbeizuführen.

### Die politischen Störungsquellen

Der wesentliche Ausgangspunkt für ein gesundes wirtschaftliches Denken muß sein, daß wir eine lange Zeit mit unbegrenzten Fortschrittmöglichkeiten vor uns haben, eine Zeit, in welcher der Kapitalbedarf in gleichem Schritt mit der allgemeinen Wohlstandssteigerung wachsen muß, und wo daher ein Sparen notwendig wird, das dem Kapitalbedarf entspricht und somit gleichfalls im selben Maße wie die allgemeine Wohlstandssteigerung wächst. Erkennen wir diesen Grundsatz an, so wird das Beschäftigungsproblem wesentlich zu einer Frage danach, wie eine befriedigende Gleichmäßigkeit des Fortschritts erreicht werden kann, und da besonders wie es sich ermöglichen läßt, stärkere Schwankungen der jährlichen Kapitalinvestierung zu vermeiden.

Wird dieses Problem in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt, so muß unsere erste Sorge offenbar die sein, die Hauptursachen der außerordentlichen Veränderlichkeit klarzustellen, die die Kapitalinvestition während der letzten Jahrzehnte aufgewiesen hat. Es hilft da nicht, seine Zukunft zu allgemeinen Redensarten wie „Untauglichkeit des kapitalistischen Systems“ oder „Bankrott des Liberalismus“ o. dgl. zu nehmen. Eine objektive Untersuchung der tiefgehenden Störungen, denen die Weltwirtschaft seit 1913 ausgesetzt gewesen ist, wird zeigen, daß diese Störungen von den Staaten ausgegangen sind, ihren Machtstreitigkeiten, ihrer willkürlichen und freiheitsbeschränkenden Handelspolitik, ihren Kriegsschadigungsansprüchen und schließlich, aber nicht zum wenigsten, ihrer Unfähigkeit, der ersten Aufgabe des Staates auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu genügen, nämlich einen festen Geldwert und ein zuverlässiges internationales Geldwesen aufrechtzuerhalten. Wenn demnach die Grundursachen der wirtschaftlichen Depressionen nach 1913 in einer fehlerhaften Staatsleitung liegen, so erscheint es einigermaßen verkehrt, nun das Depressionsproblem in der Weise in Angriff nehmen zu wollen, daß man in den Vordergrund die Frage stellt, was die Staatsgewalt tun kann, um solche Störungen der Volkswirtschaft zu beseitigen, die vermeintlich von Mängeln des freien Unternehmertums herrühren. Mit einer so ausgerichteten Diskussion lenkt man nur die Aufmerksamkeit von den ersten Fehlern der staatlichen Politik ab, die beseitigt werden müssen, wenn wir nicht vollständig die Hoffnung auf eine gleichmäßig fortschreitende Wohlstandssteigerung aufgeben sollen.

Der „Economist“ meint auch, man müsse aus verschiedenen praktischen Gründen in erster Linie eine Stabilisierung der Investition anstreben. Da der Gesamtumfang der Investierung, Unterhalt und Erneuerung einbegriffen, für Großbritannien sich auf eine so gewaltige Summe wie 1200 Millionen Pfund jährlich beläuft, findet die Zeitschrift es für den Staat offenbar unmöglich, allein die gesamte Investierung zu übernehmen. In der Hauptsache müsse die Investierung auch weiter in den Händen privater Unternehmer liegen, und die Aufgabe des Staates wäre es dann, durch vermehrte Investierung die Lücken auszufüllen, die in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die private Investierung aufweisen kann. Sieht man das Problem in dieser Weise, so ist man offenbar gezwungen, besondere Aufmerksamkeit der Frage zu widmen, wie die Wirtschaftspolitik des Staates das private Unternehmertum beeinflusst. Wenn der Staat durch weitgehende Regelung des Wirtschaftslebens den privaten Unternehmergeist lähmt und außerdem durch eine Besteuerung, die mit außerordentlicher Progressivität die Einkommenssteigerung (zum Unterschied von dem Gesamteinkommen) trifft, Privatpersonen sowohl der Unternehmungslust als auch der Mittel beraubt, Unternehmungen in Gang zu setzen, so ist es unvernünftig, den Schaden in erster Linie dadurch heilen zu wollen, daß der



# Das Problem der Vollbeschäftigung

Gustav Cassel contra „Economist“

Der bekannte schwedische Wirtschaftswissenschaftler, Professor Gustav Cassel, der ständige Mitarbeiter der Vierteljahrsberichte der Skandinaviska Banken, Stockholm, beschäftigt sich in dem Leitartikel des neuesten Berichtes mit dem Problem der Vollbeschäftigung, einem Thema, dem auch Reichswirtschaftsminister Funk in seinem letzten Vortrag einige Worte gewidmet hat. Cassels Aufsatz ist insofern besonders interessant, als in ihm der schwedische Gelehrte die klassische Schule des Liberalismus gegen den „Economist“ verteidigt. Auch in England hat man ja eingesehen, daß mit liberalistischen Mitteln die Wirtschaft nicht mehr in Ordnung zu bringen war bzw. ist, und so hat man auch dort versucht, die lenkende Hand des Staates stärker einzuschalten. J. M. Keynes hat die Methoden dieser neuen Schule in England wissenschaftlich darzulegen versucht und dabei vor allem auf die Vorrangstellung der Investitionstätigkeit hingewiesen. Der Schwede Cassel sucht nun nachzuweisen, daß diese neue Schule doch nicht das richtige sei, und daß man mit den alten liberalistischen Methoden weiterkomme; allerdings müsse Unvernunft und Gewalt vorher beseitigt werden. Diesen Kampf gegen Unvernunft und Gewalt hat Gustav Cassel schon seit über 20 Jahren gegen die falsche Politik der Diktatmächte von Versailles geführt, allerdings ohne Erfolg. Die Weltgeschichte ist zur Beseitigung des damaligen Unrechts andere Wege gegangen. Wir möchten aber im nachfolgenden die Ausführungen Cassels unseren Lesern auszugsweise vermitteln, um auf diese Weise die Ergebnislosigkeit der alten liberalistischen Methoden in dem Kampf seit 1918 nochmals zu unterstreichen. Prof. Cassel schreibt:

„Die moderne Theorie der Arbeitslosigkeit und ihrer Beseitigung wird sicherlich eine wesentliche Beeinflussung auf die Gestaltung der Wirtschaftspolitik nach dem Kriege haben. Es ist daher für jedermann von Interesse, sich mit dem allgemeinen Gedankengang dieser Theorie vertraut zu machen. In drei Artikeln über „Full Employment“ im Oktober 1942 hat die englische Finanzzeitschrift „Economist“ die Theorie in ihren Grundlinien dargestellt und die Möglichkeit erörtert, zur Vollbeschäftigung zu gelangen, ohne deshalb die Grundsätze der liberalen Demokratie zu opfern oder auf den wirtschaftlichen Fortschritt zu verzichten. Gegenwärtig herrscht in der Welt volle Beschäftigung, aber zum Preise eines Weltkrieges. Wer auch den Krieg gewinnt, der Friede wird nur von dem politischen System gewonnen werden, das volle Beschäftigung zu schaffen vermag.

## Sparen und Investieren

Der „Economist“ unterstreicht kräftig, daß volle Einigkeit unter allen ernsthaften Wirtschaftlern über die Natur des Problems herrscht: eine Depression tritt ein, wenn das Gemeinwesen weniger ausgibt, als erforderlich ist, um all das zu kaufen, was es zu produzieren imstande ist. Die Ursache hiervon ist dann die, daß das Sparen die Investierung oder, anders ausgedrückt, am Kapitalmarkt das Angebot von Spargeldern die Nachfrage übersteigt. Zweifellos liegt eine gewisse Wahrheit in diesem Satz. Und doch liegt, in diesem Fall wie in vielen anderen, eine Gefahr darin, eine Wahrheit als unbestreitbar hinzustellen. Sie wandelt sich dann leicht in ein Dogma, mit der Folge, daß das Denken erschlafft, und daß eine kritische Prüfung des Inhalts und der Konsequenzen der Wahrheit nicht mehr wach gehalten werden kann.

Formell kann es ja gleichgültig sein, welches Glied in einem Vergleich zuerst gesetzt wird. Im vorliegenden Fall ist es aber sicherlich für die allgemeine Auffassung nicht gleichgültig, ob man sagt, das Sparen ist größer als das Investieren, oder umgekehrt, das Investieren ist geringer als das Sparen. Die erste Formulierung suggeriert die Vorstellung, daß das Sparen vermindert werden müßte, und diese Folgerung ist ja auch in solchem Ausmaß gezogen worden, daß sie nicht umhin gekonnt hat, die mit vieler Mühe erreichte Erziehung der Völker zum Sparen zu schädigen. Die andere Formulierung lenkt die Aufmerksamkeit auf die aktuelle Seite des Depressionsproblems, die Abschwächung der Investitionstätigkeit. Es ist doch unbestreitbar, daß diese Seite der Sache in erster Linie schon deshalb in Betracht kommen muß, weil das Sparen ein verhältnismäßig gleichmäßig verlaufender Prozeß ist, während die Investitionstätigkeit eine starke Veränderlichkeit zeigt.

Indessen will die moderne Theorie geltend machen, daß die jetzige Gesellschaft eine dauernde Tendenz hat, mehr zu sparen, als sie investieren kann. Wenn das richtig ist, heißt

es im „Economist“, so ist eine Aufmunterung des Verbrauchs auf Kosten des Sparens auf weite Sicht eine gesunde Politik. Man ersieht hieraus, daß die Theorie keineswegs dabei stehenbleibt, Theorie zu sein, sondern weitgehende und sehr ernste praktische Folgen hat. Diese Lehre von einer allgemeinen Neigung der Gesellschaft, mehr zu sparen, als sie investieren kann, ist zweifellos der schwächste Punkt der modernen Theorie. Ueberhaupt kann ja ein derartiger Satz nur aufrecht erhalten werden, wenn man von dem allgemeinen Fortschritt absieht oder sich solchen Vorstellungen hingibt, wie daß Technik und Industrialismus in ein „Reifestadium“ eingetreten seien, wo die Ansprüche auf neues Kapital immer geringer werden. Das Dasein eines Kapitalzinses zeigt ja, daß andauernd eine bedeutende Nachfrage nach Kapital vorhanden ist, und daß diese Nachfrage in der Regel so stark ist, daß sie durch Zinssätze zurückgehalten werden muß, die hinreichend hoch sind, um ein Gleichgewicht zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Kapitalmarkt herbeizuführen.

## Die politischen Störungsquellen

Der wesentliche Ausgangspunkt für ein gesundes wirtschaftliches Denken muß sein, daß wir eine lange Zeit mit unbegrenzten Fortschrittsmöglichkeiten vor uns haben, eine Zeit, in welcher der Kapitalbedarf in gleichem Schritt mit der allgemeinen Wohlstandssteigerung wachsen muß, und wo daher ein Sparen notwendig wird, das dem Kapitalbedarf entspricht und somit gleichfalls im selben Maße wie die allgemeine Wohlstandssteigerung wächst. Erkennen wir diesen Grundsatz an, so wird das Beschäftigungsproblem wesentlich zu einer Frage danach, wie eine befriedigende Gleichmäßigkeit des Fortschritts erreicht werden kann, und da besonders wie es sich ermöglichen läßt, stärkere Schwankungen der jährlichen Kapitalinvestierung zu vermeiden.

Wird dieses Problem in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt, so muß unsere erste Sorge offenbar die sein, die Hauptursachen der außerordentlichen Veränderlichkeit klarzustellen, die die Kapitalinvestition während der letzten Jahrzehnte aufgewiesen hat. Es hilft da nicht, seine Zukunft zu allgemeinen Redensarten wie „Untauglichkeit des kapitalistischen Systems“ oder „Bankrott des Liberalismus“ o. dgl. zu nehmen. Eine objektive Untersuchung der tiefgehenden Störungen, denen die Weltwirtschaft seit 1913 ausgesetzt gewesen ist, wird zeigen, daß diese Störungen von den Staaten ausgegangen sind, ihren Machtstreitigkeiten, ihrer willkürlichen und freiheitsbeschränkenden Handelspolitik, ihren Kriegsenttäuschungsansprüchen und schließlich, aber nicht zum wenigsten, ihrer Unfähigkeit, der ersten Aufgabe des Staates auf dem wirtschaftlichen Gebiet zu genügen, nämlich einen festen Geldwert und ein zuverlässiges internationales Geldwesen aufrechtzuerhalten. Wenn demnach die Grundursachen der wirtschaftlichen Depressionen nach 1913 in einer fehlerhaften Staatsleitung liegen, so erscheint es einigermaßen verkehrt, nun das Depressionsproblem in der Weise in Angriff nehmen zu wollen, daß man in den Vordergrund die Frage stellt, was die Staatsgewalt tun kann, um solche Störungen der Volkswirtschaft zu beseitigen, die vermeintlich von Mängeln des freien Unternehmertums herrühren. Mit einer so ausgerichteten Diskussion lenkt man nur die Aufmerksamkeit von den ersten Fehlern der staatlichen Politik ab, die beseitigt werden müssen, wenn wir nicht vollständig die Hoffnung auf eine gleichmäßig fortschreitende Wohlstandssteigerung aufgeben sollen.

Der „Economist“ meint auch, man müsse aus verschiedenen praktischen Gründen in erster Linie eine Stabilisierung der Investition anstreben. Da der Gesamtumfang der Investierung, Unterhalt und Erneuerung einbegriffen, für Großbritannien sich auf eine so gewaltige Summe wie 1200 Millionen Pfund jährlich beläuft, findet die Zeitschrift es für den Staat offenbar unmöglich, allein die gesamte Investierung zu übernehmen. In der Hauptsache müsse die Investierung auch weiter in den Händen privater Unternehmer liegen, und die Aufgabe des Staates wäre es dann, durch vermehrte Investierung die Lücken auszufüllen, die in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die private Investierung aufweisen kann. Sieht man das Problem in dieser Weise, so ist man offenbar gezwungen, besondere Aufmerksamkeit der Frage zu widmen, wie die Wirtschaftspolitik des Staates das private Unternehmertum beeinflusst. Wenn der Staat durch weitgehende Regelung des Wirtschaftslebens den privaten Unternehmergeist lähmt und außerdem durch eine Besteuerung, die mit außerordentlicher Progressivität die Einkommenssteigerung (zum Unterschied von dem Gesamteinkommen) trifft, Privatpersonen sowohl der Unternehmungslust als auch der Mittel beraubt, Unternehmungen in Gang zu setzen, so ist es unvernünftig, den Schaden in erster Linie dadurch heilen zu wollen, daß der Staat zur Aufrechterhaltung einer in genügendem Umfang fort-

wenden



gehenden Investierung direkt eingreift. Soll das private Unternehmertum seine Aufgabe, die zu einer gleichmäßigen Wohlstandssteigerung notwendige Erzeugung von Realkapital zu besorgen, erfüllen können, so muß dieses private Unternehmertum auch seiner Natur und seinen Voraussetzungen gemäß arbeiten dürfen. Starke Gruppen widersetzen sich dieser Forderung, und wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß sie nicht erfüllt wird. Dann kann man aber ganz sicher sein, daß die private Investierung nach dem Kriege ein sehr starkes Defizit aufweisen wird. Dieses wird den Staat zu so weitgehenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben zwingen, daß die bürokratische Bevormundung, dem Umfange wie der Zeit nach, unbegrenzt wird, und die Begriffe Freiheit und Demokratie werden das meiste von ihrer Realität verlieren. Die Staatsform der Diktatur wird solchenfalls dem Frieden ihren Stempel aufdrücken, gleichgültig, welchen Ausgang der Krieg genommen hat.

#### Geldwert und Staatsschuld

Das Programm, daß der Staat den Umfang der Investierung stabilisieren soll, bringt auch andere Gefahren mit sich. Am nächsten von diesen liegt vielleicht die Inflationsgefahr. Der Staat kann nicht Mittel für die notwendige Investierung aufbringen, ohne zu diesem Zweck neue Zahlungsmittel zu schaffen. Ein solcher Geldüberfluß kann zu allzu großer Unternehmungslust führen und damit zu einer allgemeinen Preissteigerung, die gleichbedeutend ist mit einer Verschlechterung des Geldwertes. Die neue Schule verwirft die Regelung des Kapitalmarktes durch den Zinsfuß, die früher als orthodoxe Politik gegolten hat, und empfiehlt statt dessen eine direkte physische Kontrolle aller Investierung. Der „Economist“ akzeptiert diese Empfehlung, ohne daran zu denken, daß eine derartige Kontrolle gerade der gefährlichste Weg zur Einführung einer völligen bürokratischen Bevormundung des Wirtschaftslebens und damit zur wirtschaftlichen wie auch zur politischen Diktatur ist. Die Zeitschrift empfiehlt, daß der Geldüberfluß, den der Staat während einer Depressionsperiode geschaffen hat, später mit Hilfe langfristiger Staatsanleihen aufgesogen werden soll. Die Gefahr, daß die Staatsschuld auf diese Weise über alle Grenzen hinauswachsen und eine unerträglich schwere Last darstellen würde, versucht die Zeitschrift durch die Bemerkung zu bagatellisieren, daß die englische Staatsschuld nach dem Kriege wahrscheinlich die unerhörte Summe von zwanzig Milliarden Pfund betragen wird, und daß eine dann hinzukommende geringere Erhöhung daher keine Rolle spielen kann. Die Zeitschrift meint, bei einem Regime mit niedrigen Zinssätzen und hoher Besteuerung von Einkommen und Erbschaften brauche man sich wegen der Staatsschuld nicht zu beunruhigen. Es ist jedoch durchaus klar, daß die Besteuerung, die notwendig sein würde, um eine ständig wachsende Staatsschuld von dieser Größenordnung zu verzinsen, dem privaten Unternehmertum sehr hinderlich sein und vielleicht alle Hoffnungen darauf zunichte machen wird, daß Privatpersonen imstande sein werden, die Last einer hinreichenden Investierung auf sich zu nehmen.

#### Erstarrungsgefahren?

Damit stehen wir dem Endschiedsal gegenüber, zu dem die neue Politik unweigerlich verurteilt ist. Der „Economist“ findet selbst, daß die staatliche Führung des Wirtschaftslebens den fortschrittlichen Geist bei dem einzelnen tötet, die Unfähigkeit begünstigt, dazu neigt, die Verhältnisse, wie sie sind, zu stabilisieren und mehr auf Restriktion als auf Expansion abzielt. Dem Gemeinwesen drohe auf diese Weise eine allgemeine Erstarrung. Es sei daher notwendig, vor der Gefahr zu warnen, daß Vollbeschäftigung auf Kosten des Fortschritts gewonnen wird. Um dies zu vermeiden sei — so sagt die Zeitschrift — eine Revolution der heutigen politischen Ordnung unerlässlich. Was das aber für eine Revolution ist, und wie sie herbeigeführt werden soll, bleiben unbeantwortete Fragen.

Und noch eine weitere große Gefahr droht. Die Politik der Vollbeschäftigung, wie die neue Schule sie sich denkt, könnte nicht durchgeführt werden ohne eine weitgehende Kontrolle des internationalen Handels und der Wechselkurse. Es würde in großer Ausdehnung notwendig sein, das Land von der freien Verbindung mit dem Weltmarkt abzusperrn. Dies erkennt der „Economist“ an, meint aber doch, nichts in der neuen Politik stehe dem Streben nach einem umfangreichen und steigenden internationalen Handel im Wege. Diese Politik sei nur un-

vereinbar mit der automatischen Technik des freien Marktes. Es erübrige nur, Methoden auszuarbeiten, um den internationalen Handel einer Kontrolle ohne Restriktion zu unterwerfen! Die Zeitschrift muß zugeben, daß dies noch nicht geschehen ist, hofft aber, daß es möglich sein wird.

In diesem Punkte steht das Zeugnis der Erfahrung in einem besonders scharfen Gegensatz zu den Vorspiegelungen. Die geringste Kenntnis von den Bedingungen des Welthandels reicht hin, um die Unentbehrlichkeit der privaten Initiative und der Bewegungsfreiheit des einzelnen zur Schaffung von Märkten und Anknüpfung von Handelsverbindungen über die ganze Welt zu verstehen. Niemand kann auch umhin zu sehen, wie unauflöslich die Bewegungsfreiheit des Kapitals mit dem internationalen Handel und einer lohnenden internationalen Arbeitsverteilung zusammenhängt. Die Unfähigkeit der Staatsgewalt, privates Unternehmertum zu ersetzen, erscheint auf diesen Gebieten offener als irgendwo sonst.

#### „Prosaische“ Klärung

Es ist also eine Reihe unsicherer und auch der Erfahrung direkt widersprechender Hoffnungen, auf welche die neue Schule die Zukunft bauen will. Sie schreckt nicht davor zurück, die Freiheit des Wirtschaftslebens zu unterdrücken, erwartet aber doch, daß die Zukunft die Früchte dieser gewaltigen Kraft genießen können. An jedem einzigen entscheidenden Punkte versagt die Beweisführung, und man verlangt, wir sollen glauben trotz des klaren Zeugnisses aller Erfahrungen.

In schweren Zeiten liegt es nahe, zu utopischen Konstruktionen zu greifen. Und es liegt nicht gerade wenig Utopie in der Erwartung der neuen Schule, daß der Staat imstande sein wird, durch eine umfangreiche Investierungspolitik die Lücken auszufüllen, die die private Investierung möglicherweise aufweisen wird, und daß er dies hinreichend rasch und mit verständiger Auswahl der Investierungsobjekte tun wird. Am utopischsten ist vielleicht die Vorstellung, daß es dem Staat möglich sein wird, seine regelnde Tätigkeit auszuüben ohne eine solche Beeinträchtigung des freien Wirtschaftslebens, daß dessen Fähigkeit, eine normale Investierung zu unterhalten, ernstlich geschädigt und das Bedürfnis nach staatlicher Führung damit ständig vermehrt wird. Wie alle Utopien geht auch diese von dem Postulat eines absolut vernünftigen Staates aus, der die oft mangelnde Vernunft der einzelnen Staatsbürger ersetzen soll. Sollten die Menschen nicht bald reif dazu sein, einzusehen, daß dieses Postulat nichts anderes ist als eine Flucht aus der Wirklichkeit! Versucht man eine neue Gesellschaft auf der Voraussetzung aufzubauen, daß das Postulat schon erfüllt wäre, so wird man mit logischer Notwendigkeit zur Diktatur hingeführt. Will man dem aus dem Wege gehen, so muß man auf das utopische Konstruieren verzichten und endlich die Neugestaltungsarbeit damit beginnen, daß man die Mängel der Volkswirtschaft der Vorkriegszeit objektiv studiert. Dies bedeutet, daß wir ganz prosaisch — aber mit unendlich erweiterter Erfahrung und gestärktem Willen — dort wieder anfangen müssen, wo die Neugestaltungsarbeit der Zwischenkriegszeit gezwungen wurde, ihre Tätigkeit einzustellen und der Unvernunft und Gewalt Platz zu machen. So ganz prosaisch braucht unsere Neugestaltungsarbeit indessen doch nicht zu werden, wenn wir nur durchdrungen sind von einer klaren Erkenntnis der unendlichen Möglichkeiten zu einer allgemeinen Wohlstandssteigerung, welche dank der modernen Wissenschaft und Technik einem freien Wirtschaftsleben mit gesundem und jungem fortschrittlichem Geist offen stehen.“

03 053 0047

BEC

28. April 1943

# Berliner Börsen-Zeitung

Nr. 197

## „Soziale Sicherheit“

B. Sae. „Soziale Sicherheit“ sei in letzter Zeit, so sagt Prof. Gustav Cassel im April-Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken, mehr und mehr in den Vordergrund getreten als Lösung für die Bestrebungen, nach diesem Kriege eine bessere Volkswirtschaft aufzubauen. „In letzter Zeit“ erst? Dieser Datierung müßte widersprochen werden, es sei denn, Cassel ziele nur auf Großbritannien und im britischen Fahrwasser segelnde Länder ab, wo man in der Tat erst jetzt ein Problem „entdeckt“ hat, dessen Lösung in Deutschland längst schon in Angriff genommen wurde. Es scheint uns auch eine starke Ueberschätzung der Originalität und der Vorbildlichkeit des Beveridge-Planes zu sein — ganz abgesehen von der Frage seiner Verwirklichung —, wenn Prof. Cassel weiterhin sagt: „Der Lebensstandard, den das englische Volk bei der Durchführung eines solchen Planes erreichen würde, wird von anderen Völkern als etwas aufgefaßt werden, das zu fordern auch sie berechtigt sind. Damit wird das englische Problem einer „sozialen Sicherheit“ ein Faktor, mit dem für die Gestaltung der gesamten Weltwirtschaft zu rechnen ist.“ Freilich, wäre der schwedische Kommentator der kriegswirtschaftlichen Entwicklungsvorgänge bis zum deutschen Vorbild zurückgegangen, so hätte er kaum von der Vorstellung sprechen können, daß eine Verbesserung der Existenzbedingungen für die breite Masse des Volkes in erster Linie durch eine Neuverteilung des nationalen Einkommens auf Kosten der Reichen zu erreichen wäre. Sie aber, die von älteren Verhältnissen und Gedanken-gängen übernommen worden sei, ist für ihn der Ausgangspunkt seiner Darlegungen über „die wirtschaftliche Grundlage sozialer Sicherheit“. Die Zeit sei vorbei, wo derartiges denkbar wäre:

„Die Reichen“ sind nunmehr so mit Steuern belastet, daß kaum noch mehr zu nehmen da ist. Die Besteuerung des letzten Teils größerer Einkommen hat infolge der Progressivität der Steuersätze eine solche Höhe erreicht, daß sie so gut wie vollständig jedes Interesse für wirtschaftliche Verbesserung lähmt, und die Unternehmungslust erstickt. Die Folge ist eine wirtschaftliche Schädigung, die das Volkseinkommen beeinträchtigt, und die um ein Vielfaches größer sein kann als die Steuer, die erhoben wird. Jeder Versuch, die Besteuerung höher zu treiben, führt dazu, daß die Steuern in großer Ausdehnung durch einen Kapitalverbrauch bezahlt werden oder jedenfalls durch eine Minderung der neuen Kapitalbildung, die sonst zustande gekommen wäre. Die Kapitalversorgung der Nation erfährt damit eine entsprechende Verschlechterung. Wenn die größeren Vermögen so mit jährlichen Steuern belastet sind, wie es gegenwärtig der Fall ist, lohnt es sich auch für den Staat nicht, sie zu einem gewissen Teil zu konfiszieren. Der Staat würde da den jährlich daraus fließenden Steuerertrag verlieren, und dieser Verlust wäre wahrscheinlich größer als der Gewinn, den der Staat durch Ersparnis von Staatsschuldszinsen machen würde. Unter solchen Umständen ist es unmöglich, mehr von den Reichen zu nehmen, ohne den Fortschritt zu hemmen und damit die Bedingungen für eine Aufwärtsentwicklung der Volkswirtschaft zu verschlechtern. Daraus folgt nun, daß das Arbeitseinkommen im großen ganzen die gesamte Versorgung der Arbeiter bestreiten muß.“

Wir wollen darauf verzichten, der Frage nachzugehen, ob oder wie weit tatsächlich der steuerliche Zustand dem hier entworfenen Bilde überall entspricht. Selbst wenn die Prämisse nicht ganz richtig sein sollte, ist zweifellos die Feststellung zutreffend, daß auf dem Arbeitseinkommen entscheidendes Gewicht liegt, oder ist es, nach einer

späteren Formulierung, eine „wesentliche Wahrheit, daß erhöhte soziale Sicherheit nur auf der Grundlage eines gesteigerten nationalen Wohlstandes erlangt werden kann“. Wir stimmen mit Prof. Cassel auch überein, wenn er nach einer recht kritischen Erörterung über die Voraussetzungen des Beveridge-Planes sagt, ohne eine kräftige Umstellung der gesamten Volkswirtschaft im Dienste der Wohlstandssteigerung drohe ein Stillstand, der alle Hoffnungen darauf zunichte machen werde, daß die Nation automatisch die erforderliche erhöhte Kraft gewinnen könne, neue soziale Lasten zu tragen. Das richtet sich an die englische Adresse, doch besitze die Analyse der britischen Verhältnisse weitgehende Gültigkeit für andere Länder. Für sie soll mithin auch gelten, daß für die Verwirklichung des wirtschaftlichen Fortschritts zwei Bedingungen erfüllt werden müßten: dem privaten Unternehmungsgest und der privaten Kapitalbildung müsse hinreichend freies Feld gelassen werden. „Belastet man zugunsten sozialer Sicherheit diese Faktoren so stark, daß sie erstickt werden, so wird man nie den Wohlstand schaffen können, der die Grundlage für eine soziale Sicherheit bilden muß.“ Doch wesentlicher noch ist die weitere Behauptung: „Aber das Ziel kann nur durch eine Entwicklung der Weltwirtschaft erreicht werden, die jedem Volk einen steigenden nationalen Wohlstand gewährt und die der Arbeit einen ständig wachsenden wirtschaftlichen Wert gibt.“

Die „Steuerfeindschaft“ Cassels, der sich auch bei anderen Gelegenheiten gegen Tendenzen zu einer seiner Meinung nach zu expansiven staatlichen Ausgabenpolitik gewandt hat, scheint uns derselben Wurzel zu entspringen wie seine Ansicht (wir folgen hier einer anderen Formulierung des gleichen Gedankens), daß ein hoher Lebensstandard für die verschiedenen Völker der Welt nur möglich sei durch eine „weitgetriebene Arbeitsverteilung und eine effektive Anpassung der Produktion jedes Volkes an die Bedürfnisse der Weltwirtschaft“. Die Behauptung, daß hierin die Voraussetzung der von den Völkern vor allem gewünschten Vollbeschäftigung liege, wäre Prof. Cassel schwerer gefallen, wenn er sich nicht auf Beveridge und England als Demonstrations- und Deduktionsobjekte beschränkt hätte. Dann freilich wäre er auch kaum zu der These von der weltwirtschaftlichen Abhängigkeit der sozialen Sicherheit in der Lage gewesen, die in ihrer Unbedingtheit reiner „demokratischer“ Prägung ist. Das ist der Punkt, wo sich die Verbindung mit der Forderung ergibt, den Staat möglichst herauszuhalten (nichts anderes bezweckt ja offenbar die wiederholte Stellungnahme zur Frage Steuern — Unternehmungsgest — Kapitalbildung). Wir wollen uns jeder eingehenderen Voraussage enthalten, wie ein solcher Versuch auslaufen würde, ein neues — für England und andere neues — soziales Ziel mit den Mitteln eines gescheiterten Wirtschaftssystems zu erreichen. „Eine kräftige Umstellung der gesamten Volkswirtschaft“ (s. oben) müßte jedenfalls etwas anderes sein als eine einfache Rückbildung und mehr als „die Notwendigkeit für den einzelnen, eine Arbeit, die sich bietet, anzunehmen, auch wenn sie in dieser oder jener Hinsicht weniger vorteilhaft als die frühere sein sollte.“



03 053 0048 BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 161

Signatur

Datum

15. Juli 1943

**Großbritannien — Professor Gustav Cassel über „Soziale Sicherheit“ und den Beveridge-Plan — Schrumpfung der produktiven Altersklassen in Großbritannien — Auch Kapitalbildung ist ungenügend — Langsamer Fortschritt als Zeichen der Schwäche**

∞ Genf — Mit dem Thema „Die wirtschaftliche Grundlage sozialer Sicherheit“ beschäftigt sich der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel im Vierteljahresbericht der Skandinaviska Banken. Soziale Versicherung sei nur eine technische Form einer Angleichung gelegentlicher Mängel in der Versorgung von Privatpersonen. Diese technische Form sei zweifellos von großer Bedeutung, aber sie dürfe nie den Blick trüben für die wesentliche Wahrheit, daß erhöhte soziale Sicherheit nur auf der Grundlage eines gesteigerten nationalen Wohlstandes erlangt werden könne.

Der Beveridge-Plan setze zunächst voraus, daß die britischen Lebenshaltungskosten nach dem Krieg nicht über 25 % des Vorkriegsniveaus liegen. In Anbetracht der bedeutenden Steigerung der Arbeitslöhne, die bereits in Großbritannien eingetreten sei, erscheine die Berechtigung dieser Annahme durchaus zweifelhaft. Es scheine keineswegs sicher, daß der soziale Mindeststandard, der mit der geplanten Geldverteilung beabsichtigt sei, in Wirklichkeit erreicht werden könne.

Der relativ hohe Pfundwert, den Beveridge voraussetze, werde sich kaum ohne eine Herabsetzung des nominellen Lohnniveaus in Großbritannien aufrechterhalten lassen.

Der Zwang zur Umschulung Arbeitsloser, den der Beveridge-Plan voraussetzt, ruhe wohl auf einem richtigen Grundgedanken, werde aber kaum zur Ueberwindung des zähen Widerstandes genügen, der in Arbeiterkreisen erzwungenen Umstellungen entgegengesetzt werde.

Es bleibe immer die Frage bestehen, ob der Staat die gewaltige Last eines Systems sozialer Sicherheit, das jedem Mitbürger ein bestimmtes Geldeinkommen garantieren wolle, zu tragen vermöge. Wie die Zusammensetzung der Bevölkerung sich jetzt entwickle, drohe eine solche Versorgungspflicht für die produktiven Altersklassen untragbar zu werden. Der Beveridge-Plan liefere, was Großbritannien betreffe, recht besorgniserregende Ziffern zur Beleuchtung dieser Frage. Setze man das Pensionsalter für Männer mit 65 Jahren und für Frauen mit 60 Jahren an, so habe die Anzahl der Personen im Pensionsalter zu Beginn des Jahrhunderts 1 zu 17 der Bevölkerung betragen. 1931 sei sie 1 zu 10 gewesen und 1961 werde sie 1 zu 6 übersteigen, wonach eine weitere Verschlechterung des Verhältnisses zu erwarten sei. Nach der Mitte unseres Jahrhunderts werde die arbeitsfähige Bevölkerung in Großbritannien zurückgehen, dagegen werde die Bevölkerung im Pensionsalter von 5 571 000 in 1941 auf 9 576 000 in 1971 anwachsen.

Beveridge betone mit vollem Recht, daß ein starker wirtschaftlicher Fortschritt ebenso wichtig sei wie die soziale Sicherheit. Damit stehe man vor dem eigentlichen Kern des Problems: könne man für die Zukunft mit einem starken wirtschaftlichen Fortschritt rechnen? Was den Bestand an Arbeitskräften betreffe, so sei die Lage nicht günstig. Es sei zunächst der gewaltige Verlust an jungen männlichen Arbeitern zu berücksichtigen, den der Krieg in Großbritannien verursacht haben werde. Dieser Verlust werde sich noch lange Zeit danach als ein Hindernis für die Zunahme des nationalen Einkommens fühlbar machen. Ein ebenso ernstes Hindernis liege in der ungünstigen Altersverteilung, mit der man für die Zukunft zu rechnen habe.

Auch für einen anderen Hauptfaktor bei der Produktion, nämlich das Kapital, lägen die Dinge höchst ungünstig. Der Krieg habe in großem Ausmaß direkte Kapitalvernichtung mit sich gebracht und darüber hinaus einen Verschleiß und Verzehr von Lagervorräten, was alles die Kapitalversorgung Großbritanniens in wesentlichem Grade verschlechtert haben müsse. Dazu komme der sehr umfangreiche Verlust von Kapitalguthaben im Ausland. Es werde nicht wenige Jahre dauern, bis eine neue Kapitalbildung werde beginnen können. Diese sei in außerordentlichem Grade durch die Besteuerung erschwert. In Zukunft habe man auf jeden Fall mit einer wesentlich herabgesetzten Kapitalbildung zu rechnen. Man habe einer ernstlichen Herabsetzung der allgemeinen Fortschrittsgeschwindigkeit entgegenzusehen. Schon während der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen sei die Kapitalbildung in Großbritannien zurückgegangen und im Gegensatz zu den Verkündigungen der letzten Jahre allzu gering gewesen, um einen normalen Fortschritt zu ermöglichen. Dem allgemeinen Maßstab gemäß sei jedoch ein langsamer Fortschritt ein Zeichen der Schwäche, und wirklich nicht geeignet, das Vertrauen in die Zukunft zu stärken.



**Weitere Kritik am Beveridge-Plan****Die Rangordnung der sozialen Bedürfnisse — Zusammenhänge mit britischen Wünschen nach einer Pfundabwertung — Ausführungen von Prof. Gustav Cassel**

\* In der Juli-Nummer der Vierteljahresberichte der Skandinaviska Banken befaßt sich Prof. Gustav Cassel noch einmal mit dem Beveridge-Plan.

Der Beveridge-Plan sei ein sehr bezeichnendes Beispiel einer sozialen Planung von weltumfassender Bedeutung. Beveridge habe das, was er „soziale Sicherheit“ nenne, als Nummer Eins aller Forderungen aufgestellt. Jedem Mitbürger müsse ein gewisses wöchentliches Geldeinkommen für den Fall gesichert werden, daß er aus irgendeinem Anlaß arbeitslos sei. Mit diesem Programm will Beveridge die Freiheit von Not („Freedom from Want“) verwirklichen, die einen Hauptgrund in der „Atlantikerklärung“ der Alliierten bildete.

Lasse man sich nur von unmittelbaren Gefühlseindrücken leiten, so könne man es auch richtig finden, daß dieser Mindeststandard gleichsam als erste Hypothek auf das Volkseinkommen einzutragen sei. Denke man indessen näher über diese Fragen nach, so finde man sofort, daß noch verschiedene andere Forderungen um eine solche erste Rangstelle konkurrierten. Beveridge sage selbst, daß sein Plan auf drei unumgänglichen Voraussetzungen beruhe, nämlich hinreichender Kinderbeihilfe, wirksamer Gesundheitspflege, dauernder Beschäftigung der Arbeitskräfte des Landes. Eine Zusammenstellung so heterogener Forderungen erwecke sogleich den Eindruck, daß das Problem nicht in seiner Gesamtheit logisch durchdacht sei. Dieser Eindruck verstärke sich bei einem eingehenderen Studium von Beveridges Denkschrift, in der verschiedentlich neue primäre Forderungen auftauchten, beispielsweise Mutterschaftsversicherung. Beveridge sage auch, daß er außer der Not, die er besonders im Auge habe, vier andere soziale Schädlichkeiten bekämpfe, die er als „Riesen“ bezeichne. Es seien das Krankheit, Unkenntnis, Wohnungselend („Squalor“) und Müßiggang.

In der umfangreichen Diskussion über den Beveridge-Plan würden, wie Cassel hervorhebt, ständig neue Forderungen mit dem Anspruch auf Priorität erhoben, und zwar auch seitens derer, die den Plan gutheißten. Die Londoner Wirtschaftswochenschrift „The Economist“, die im übrigen dem Plan gegenüber eine absolut billigende Haltung einnimmt, betone, daß ein vollständiges Bild von den Finanzen der Nachkriegszeit erst dann erhalten werden könne, wenn ein Erziehungsbudget, ein Wohnungsbudget, ein Landwirtschaftsbudget, ein Gesundheitsbudget sowie ein Budget für die soziale Sicherheit gemäß dem Beveridge-Bericht vorlägen. Als Minister Morrison, der doch Arbeitervertreter sei, im Parlament die Vordringlichkeit verschiedener Forderungen angeben sollte, habe er an erster Stelle internationale Sicherheit und eine Ausfuhr in genügendem Umfang, um die notwendige Einfuhr Großbritanniens zu bezahlen, genannt. Danach habe er soziale Sicherheit genannt, der er Wohnungen, Erziehung, zivile Luftfahrt, Entwicklung der Kolonien und verschiedene andere allgemeine Forderungen gleichgestellt habe.

Cassel erinnert daran, daß die britische Regierung im Februar 1943 einen auf zehn Jahre berechneten Bauplan von einem solchen Umfang vorgelegt habe, daß er ernstlich mit dem Beveridge-Plan um die finanziellen Ertragsquellen des Landes konkurrieren müsse. Es sei aber offenbar unmöglich, der sozialen Sicherheit oder der Wohnungsproduktion eine bestimmte Vorzugsstellung in der Rangordnung der sozialen Bedürfnisse zuzuerkennen. Diese Bedürfnisse müßten beide bis zu einem gewissen Grade befriedigt werden. Bis zu welchem Grade, sei eine Frage, die nur ein umfassendes Studium der gesamten Volkswirtschaft beantworten könne.

Der sehr angesehene britische Sozialstatistiker Seebohm Rowntree habe in „The Fortnightly Review“ vom Februar 1943 betont, daß der Beveridge-Plan nur darauf abziele, dem zu helfen, der aus irgendeinem Anlaß arbeitslos sei, daß er aber nicht das bedeutende Quantum Armut abschaffen würde, das von unzureichenden Arbeitslöhnen herrühre. Großbritannien brauche daher nicht nur soziale Sicherheit im Sinne des Beveridge-Plans, sondern auch einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Und selbst eine solche Maßnahme würde nicht die Not abschaffen, wie Rowntree sagte, da viele bei unzureichendem Arbeitseinkommen keine regelmäßige Anstellung hätten. Hier komme also, wie Cassel betonte, eine neue und sehr

Die notwendigen Voraussetzungen hierfür müßten erfüllt sein, bevor man von Priorität des einen oder anderen Anspruchs sprechen könne. Das Volkseinkommen, von dem man rede und aus dem man die verschiedenen Ausgaben bestreiten wolle, existiere je noch nicht. Es müsse erst erworben werden und es gelte zuzusehen, daß die notwendigen Voraussetzungen für diesen Erwerb nicht erschüttert und insbesondere nicht durch die Ansprüche geschädigt würden, die man an das Volkseinkommen stelle.

Nach dem Kriege werde die Volksversorgung in Großbritannien sich vor sehr große Schwierigkeiten gestellt sehen. Der Bekämpfung dieser Schwierigkeiten müsse der erste Platz unter den nationalen Aufgaben zuerkannt werden. Es helfe wenig, jedem Mitbürger ein so und so großes wöchentliches Geldeinkommen zu sichern. Das Wesentliche sei doch stets, daß es etwas für dieses Geld zu kaufen gäbe. Eine Gewährung von Unterstützungen in dem Umfang, wie es der Beveridge-Plan vorschläge, müsse zu stark gesteigerten Ansprüchen an Kost und Kleidung führen. Diese Ansprüche könnten nicht befriedigt werden ohne eine gewaltige Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, hauptsächlich aus den Kolonien. Es gelte da, etwas zu haben, womit man diese Einfuhr bezahle. Kräftige Maßnahmen müßten auch für die Entwicklung der Kolonialländer getroffen werden. Dazu würden große Ansprüche an Schifffahrt und Schiffsbau gestellt.

Wenn der Haushalt eines Landes mit einer neuen bedeutenden Ausgabe belastet werden solle, stelle man sich ganz natürlich die Frage: „Können wir uns das leisten?“ Diejenigen, die für die neuen Ausgaben einträten, wollten sie gern als eine Sache für sich betrachten. Solange man das tue, sei die Frage „Können wir uns das leisten?“ im Grunde sinnlos. Alles Wirtschaften sei ein Abwägen verschiedener Interessen gegeneinander und es sei unmöglich zu sagen, ob man sich eine wichtige Ausgabe leisten könne, wenn man nicht gleichzeitig Rücksicht nehme auf alle anderen Ausgaben von mindestens derselben Bedeutung und dann natürlich auch auf alle Bedingungen, die erfüllt sein müßten, damit diese Ausgaben bestritten werden könnten.

Aus dem Gesagten gehe hervor, daß die Garantie für „soziale Sicherheit“, die der Beveridge-Plan gewähren wolle, mit einer Menge anderer für die Nation lebenswichtiger Ausgaben zu konkurrieren habe. Die Frage „Können wir uns das leisten?“ werde da zu einer Frage nach der Rangordnung zwischen allen diesen Aufgaben und gleichzeitig zu einer Frage danach, ob Mittel für sie beschafft werden könnten, ohne daß dem Wirtschaftsleben Lasten auferlegt würden, die seine Effektivität auf die Dauer herabsetzten. Sei die Belastung des Wirtschaftslebens schon so weit gegangen, daß die Kapitalbildung in weiten und für den Fortschritt entscheidenden Kreisen aufgehört habe, so werde offenbar jede weitere Belastung zu einer sehr heiklen Frage, und es werde notwendig, zu überlegen, ob neue Bedürfnisse durch eine Einschränkung alter befriedigt werden könnten.

So lange man nur die geldliche Seite der Bedürfnisbefriedigung ins Auge fasse, sei man leicht versucht, zu Ausgaben deshalb ja zu sagen, weil der Schaffung von mehr Geld keine bestimmte Grenze gezogen zu sein scheine. Nütze man die in dieser Hinsicht zu Gebote stehenden technischen Möglichkeiten aus, ohne mehr in der Ferne liegende Wirkungen zu berücksichtigen, so gleite man leicht in eine Finanzpolitik hinein, die zur Senkung des Geldwertes führe. Es sei recht lehrreich, so betont Cassel, daß man bereits in Großbritannien zu verkünden beginne, der hohe soziale Standard, in dessen Genuß das Land nach der Annahme des Beveridge-Planes kommen werde, müsse als Grund für eine vorzunehmende Herabsetzung der internationalen Bewertung des Pfundes gelten. Ein niedriger Pfundwert würde, so argumentiere man in Großbritannien, eine höhere Bewertung des Dollars und anderer wichtiger Valuten in englischem Gelde bedeuten, wodurch die britische Ausfuhr eine kräftige Stütze erhalte und es Großbritannien möglich sein würde, vom Aus-



\* In der Juli-Nummer der Vierteljahresberichte der Skandinaviska Banken befaßt sich Prof. Gustav Cassel noch einmal mit dem Beveridge-Plan.

Der Beveridge-Plan sei ein sehr bezeichnendes Beispiel einer sozialen Planung von weltumfassender Bedeutung. Beveridge habe das, was er „soziale Sicherheit“ nenne, als Nummer Eins aller Forderungen aufgestellt. Jedem Mitbürger müsse ein gewisses wöchentliches Geldeinkommen für den Fall gesichert werden, daß er aus irgendeinem Anlaß arbeitslos sei. Mit diesem Programm will Beveridge die Freiheit von Not („Freedom from Want“) verwirklichen, die einen Hauptgrund in der „Atlantikerklärung“ der Alliierten bildete.

Lasse man sich nur von unmittelbaren Gefühlseindrücken leiten, so könne man es auch richtig finden, daß dieser Mindeststandard gleichsam als erste Hypothek auf das Volkseinkommen einzutragen sei. Denke man indessen näher über diese Fragen nach, so finde man sofort, daß noch verschiedene andere Forderungen um eine solche erste Rangstelle konkurrierten. Beveridge sage selbst, daß sein Plan auf drei unumgänglichen Voraussetzungen beruhe, nämlich hinreichender Kinderbeihilfe, wirksamer Gesundheitspflege, dauernder Beschäftigung der Arbeitskräfte des Landes. Eine Zusammenstellung so heterogener Forderungen erwecke sogleich den Eindruck, daß das Problem nicht in seiner Gesamtheit logisch durchdacht sei. Dieser Eindruck verstärke sich bei einem eingehenderen Studium von Beveridges Denkschrift, in der verschiedentlich neue primäre Forderungen auftauchten, beispielsweise Mutterschaftsversicherung. Beveridge sage auch, daß er außer der Not, die er besonders im Auge habe, vier andere soziale Schädlichkeiten bekämpfe, die er als „Riesen“ bezeichne. Es seien das Krankheit, Unkenntnis, Wohnungselend („Squalor“) und Müßiggang.

In der umfangreichen Diskussion über den Beveridge-Plan würden, wie Cassel hervorhebt, ständig neue Forderungen mit dem Anspruch auf Priorität erhoben, und zwar auch seitens derer, die den Plan guthießen. Die Londoner Wirtschaftswochenschrift „The Economist“, die im übrigen dem Plan gegenüber eine absolut billigende Haltung einnimmt, betone, daß ein vollständiges Bild von den Finanzen der Nachkriegszeit erst dann erhalten werden könne, wenn ein Erziehungsbudget, ein Wohnungsbudget, ein Landwirtschaftsbudget, ein Gesundheitsbudget sowie ein Budget für die soziale Sicherheit gemäß dem Beveridge-Bericht vorlägen. Als Minister Morrison, der doch Arbeitervertreter sei, im Parlament die Vordringlichkeit verschiedener Forderungen angeben sollte, habe er an erster Stelle internationale Sicherheit und eine Ausfuhr in genügendem Umfang, um die notwendige Einfuhr Großbritanniens zu bezahlen, genannt. Danach habe er soziale Sicherheit genannt, der er Wohnungen, Erziehung, zivile Luftfahrt, Entwicklung der Kolonien und verschiedene andere allgemeine Forderungen gleichgestellt habe.

Cassel erinnert daran, daß die britische Regierung im Februar 1943 einen auf zehn Jahre berechneten Bauplan von einem solchen Umfang vorgelegt habe, daß er ernstlich mit dem Beveridge-Plan um die finanziellen Ertragsquellen des Landes konkurrieren müsse. Es sei aber offenbar unmöglich, der sozialen Sicherheit oder der Wohnungsproduktion eine bestimmte Vorzugsstellung in der Rangordnung der sozialen Bedürfnisse zuzuerkennen. Diese Bedürfnisse müßten beide bis zu einem gewissen Grade befriedigt werden. Bis zu welchem Grade, sei eine Frage, die nur ein umfassendes Studium der gesamten Volkswirtschaft beantworten könne.

Der sehr angesehene britische Sozialstatistiker Seebohm Rowntree habe in „The Fortnightly Review“ vom Februar 1943 betont, daß der Beveridge-Plan nur darauf abziele, dem zu helfen, der aus irgendeinem Anlaß arbeitslos sei, daß er aber nicht das bedeutende Quantum Armut abschaffen würde, das von unzureichenden Arbeitslöhnen herrühre. Großbritannien brauche daher nicht nur soziale Sicherheit im Sinne des Beveridge-Plans, sondern auch einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn. Und selbst eine solche Maßnahme würde nicht die Not abschaffen, wie Rowntree sagte, da viele bei unzureichendem Arbeitseinkommen keine regelmäßige Anstellung hätten. Hier komme also, wie Cassel betonte, eine neue und sehr bedeutende Forderung hinzu, eine Forderung nämlich, die, was die Vordringlichkeit betreffe, der Forderung eines Mindesteinkommens für die Arbeitslosen durchaus an die Seite zu stellen sei.

Es sei klar, daß man dadurch nicht weiterkomme, daß man einzelne Forderungen aufzähle, denen man in der nationalen Wirtschaft Priorität zuerkennen wolle. Das Problem müsse auf eine ganz andere Weise durchdacht werden. Es gelte, da zunächst sich klarzumachen, daß die nationale Wirtschaft ein ständig fortgehender Prozeß sein müsse und daß es sich in erster Linie darum handle, diesen Prozeß aufrecht zu erhalten.

## Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 32

### Cassel und die Weltwährungsprobleme

Der bekannte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel hat jetzt in den Vierteljahrsberichten der Skandinaviska Banken zu der Diskussion über die Gestaltung der Währungen in der Welt nach diesem Kriege Stellung genommen, wobei es sich auch vom deutschen Standpunkt aus lohnt, darauf einzugehen. Er sieht das Endziel in der Schaffung einer einheitlichen Weltwährung, eine Utopie, die sich praktisch ebensowenig verwirklichen läßt, wie die des Programms der „Vereinigten Nationen der Welt“. Wenn er dabei die Geldverfassung der Vereinigten Staaten als Beispiel für die Durchführbarkeit des Projektes einer einheitlichen Weltwährung nennt, so verkennt er dabei völlig die enormen Unterschiede, die diese Geldverfassung gegenüber einer einheitlichen Weltwährung hat. Die USA. sind ein einheitliches Staatsgebilde mit zentraler Geld- und Kapitalpolitik, einer einheitlichen Handelspolitik und einer beherrschenden Bundesfinanzpolitik. Die Schaffung solcher Vorbedingungen für einen Währungsblock der ganzen Welt ist schlechterdings undenkbar.

Cassel denkt immerhin realpolitisch genug, um zu erkennen, daß die Zeit für ein solches internationales Währungssystem nicht reif sei. Deshalb beschränkt er sich darauf, zunächst die Festlegung fester Währungsparitäten zwischen den einzelnen Ländern vorzuschlagen. Er gibt aber die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen,

selbst zu, wobei er darauf verweist, daß heute richtige Kaufkraftparitäten als Grundlage dieser Währungsrelationen angesichts der Unzuverlässigkeit der Preisindizes schwer feststellbar sind. Wenn er als Maßstab für die Austauschrelationen bei Waren und Dienstleistungen die relativen Arbeitslohnniveaus wählen will, so ist das zum mindesten ebenso problematisch wie die Zugrundelegung der Preisindizes.

Cassel ist darin zuzustimmen, daß ständige wesentliche Änderungen der Währungsparitäten immer aufs neue zu einer Zerrüttung der Austauschbeziehungen in der Welt führen müssen, und er übt mit dieser Feststellung vor allem Kritik an England und den Vereinigten Staaten, die durch ihre Abwertungen zu der Zerstörung der gesamten Weltwirtschaft entscheidend beigetragen haben. Deutschland hat diese Politik bewußt nicht mitgemacht und seine Währung auch in den Zeiten größter Wirren stabil gehalten. Es war ein fester Pol in dem allgemeinen Währungschaos und es hat vor allem nach 1933 bis in die heutige Kriegszeit hinein damit seinen Handelspartnern wesentliche Dienste geleistet. Daß es dabei den Schutzwall einer im Laufe der Zeit sehr verfeinerten und anpassungsfähig gestalteten Devisenbewirtschaftung um sich errichten mußte, lag nicht an uns, sondern an den Fehlern unserer heutigen Gegner. Dies gibt auch Cassel mit aller Deutlichkeit zu, wenn er z. B. schreibt: „Aber ein Protektionismus, wie ihn die Vereinigten Staaten während der Zwischenkriegszeit in immer kräftigeren Formen durchführten, konnte nicht umhin, die Stabilität des internationalen Geldwesens zu zerstören und gleichzeitig andere Länder auf den Weg des Protektionismus zu zwingen. Eine Kriegsschadenspolitik, die handelspolitisch widersinnig war, legte gleichfalls einer Stabilisierung der Weltwirtschaft unüberwindliche Hindernisse in den Weg.“

Wenn Cassel glaubt, es genüge für die Stabilisierung der Währungsverhältnisse der Welt, daß die USA. und England einen festen Wechselkurs vereinbarten, dem sich die anderen Länder nur anschließen brauchten, so halten wir auch diese Auffassung für zu optimistisch. Bei allen bisherigen Währungsbesprechungen und -projekten sind beide Länder um diese wichtige Frage wie Katzen um den heißen Brei immer herumgegangen. Beide haben aber

lichen Gleichgewichtsspannungen des ausgeprägten Schuldnerlandes England und des Gläubigerlandes Vereinigte Staaten erkennen, Spannungen, die durch diesen Krieg noch sehr erheblich zugenommen haben. Es bedürfte politisch kaum durchführbarer Voraussetzungen verschiedenster Art, um eine etwa geschaffene feste Parität zwischen Dollar und Pfund wirklich dauerhaft zu gestalten. Diese Voraussetzungen liegen nicht allein auf dem Gebiete der Handelspolitik, sondern sie erfordern weit darüber hinaus stärkste Eingriffe in die wirtschaftliche Struktur beider Länder und damit Opfer, die keines der beiden angelsächsischen Länder zu bringen geneigt sein wird.

Dies sind Gesichtspunkte, die auch in der Frage der Errichtung einer „Weltbank“ eine wesentliche Rolle spielen. Unseres Erachtens ist es nicht damit getan, eine solche Weltbank mit eigener Währung zu gründen und dabei eine feste Parität zwischen dem Geld der Weltbank und den übrigen Währungen oder gar nur der Pfund-Dollarwährung zu schaffen. Mit kurzfristigen Darlehen kann man allein die Störungsfaktoren des zwischenstaatlichen Güter- und Leistungsaustausches nicht beseitigen. Man kann sie allenfalls damit überkleistern. Vor allem kann man nicht erwarten, daß ein fruchtbarer zwischenstaatlicher Austausch in Gang kommt, wenn das ganze System nach dem Muster der Weltbankpläne des amerikanischen Schatzamtes letztlich auf eine imperialistische Durchdringung der Welt durch die Ver-

einigten Staaten hinausläuft. Cassel übt in der Sache an diesen Plänen eine bemerkenswert deutliche Kritik, und zwar nicht nur hinsichtlich des Systems der Quotenfestsetzung, sondern vor allem wegen der Rolle des Goldes im Rahmen dieser Weltwährungspläne. Er steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß eine Weltwährung sehr wohl geschaffen werden könnte, auch wenn das Metall Gold nicht existierte. „Das größte Interesse daran, daß das Gold seinen Platz im Geldwesen behält, haben die Vereinigten Staaten als Besitzer des größeren Teils des Goldvorrats der Welt und das Britische Reich als bedeutendster Goldproduzent der Welt... Einem Außenstehenden kann es nicht anders erscheinen, als daß die Problemstellung damit in gewisser Weise verrückt worden ist.“

Hiermit wird von sachverständiger neutraler Seite in zwar sehr vorsichtiger, aber doch deutlicher Weise das Urteil über die angelsächsischen Weltwährungspläne gesprochen. Wir sind der Überzeugung, daß man zunächst einmal fähig sein muß, im eigenen Lande wirtschaftlich Ordnung zu schaffen, und daß man erst dann nach den Gesetzen des Wachstums von Kristallen versuchen kann, in der unmittelbaren wirtschaftlichen Umwelt, mit der natürliche Austauschbeziehungen bestehen, auch zu einer Währungsordnung zu gelangen, wobei die Hilfestellung der Devisenbewirtschaftung zunächst noch erforderlich sein wird. Erst dann kann der Versuch gemacht werden, zwischen den verschiedenen natürlichen Wirtschaftsblöcken ebenfalls geordnete Wirtschafts- und Währungsbeziehungen herzustellen. Diesen Weg hat Deutschland vor dem Kriege mit größtem Erfolg beschritten und es wird ihn konsequent fortsetzen, nachdem diese Auseinandersetzung abgeschlossen ist.



## Cassel und die Weltwährungsprobleme

Der bekannte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel hat jetzt in den Vierteljahrsberichten der Skandinaviska Banken zu der Diskussion über die Gestaltung der Währungen in der Welt nach diesem Kriege Stellung genommen, wobei es sich auch vom deutschen Standpunkt aus lohnt, darauf einzugehen. Er sieht das Endziel in der Schaffung einer einheitlichen Weltwährung, eine Utopie, die sich praktisch ebensowenig verwirklichen läßt, wie die des Programms der „Vereinigten Nationen der Welt“. Wenn er dabei die Geldverfassung der Vereinigten Staaten als Beispiel für die Durchführbarkeit des Projektes einer einheitlichen Weltwährung nennt, so verkennt er dabei völlig die enormen Unterschiede, die diese Geldverfassung gegenüber einer einheitlichen Weltwährung hat. Die USA. sind ein einheitliches Staatsgebilde mit zentraler Geld- und Kapitalpolitik, einer einheitlichen Handelspolitik und einer beherrschenden Bundesfinanzpolitik. Die Schaffung solcher Vorbedingungen für einen Währungsblock der ganzen Welt ist schlechterdings undenkbar.

Cassel denkt immerhin realpolitisch genug, um zu erkennen, daß die Zeit für ein solches internationales Währungssystem nicht reif sei. Deshalb beschränkt er sich darauf, zunächst die Festlegung fester Währungsparitäten zwischen den einzelnen Ländern vorzuschlagen. Er gibt aber die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen,

selbst zu, wobei er darauf verweist, daß heute richtige Kaufkraftparitäten als Grundlage dieser Währungsrelationen angesichts der Unzuverlässigkeit der Preisindizes schwer feststellbar sind. Wenn er als Maßstab für die Austauschrelationen bei Waren und Dienstleistungen die relativen Arbeitslohniveaus wählen will, so ist das zum mindesten ebenso problematisch wie die Zugrundelegung der Preisindizes.

Cassel ist darin zuzustimmen, daß ständige wesentliche Änderungen der Währungsparitäten immer auf neue zu einer Zerrüttung der Austauschbeziehungen in der Welt führen müssen, und er übt mit dieser Feststellung vor allem Kritik an England und den Vereinigten Staaten, die durch ihre Abwertungen zu der Zerstörung der gesamten Weltwirtschaft entscheidend beigetragen haben. Deutschland hat diese Politik bewußt nicht mitgemacht und seine Währung auch in den Zeiten größter Wirren stabil gehalten. Es war ein fester Pol in dem allgemeinen Währungschaos und es hat vor allem nach 1933 bis in die heutige Kriegszeit hinein damit seinen Handelspartnern wesentliche Dienste geleistet. Daß es dabei den Schutzwall einer im Laufe der Zeit sehr verfeinerten und anpassungsfähig gestalteten Devisenbewirtschaftung um sich errichten mußte, lag nicht an uns, sondern an den Fehlern unserer heutigen Gegner. Dies gibt auch Cassel mit aller Deutlichkeit zu, wenn er z. B. schreibt: „Aber ein Protektionismus, wie ihn die Vereinigten Staaten während der Zwischenkriegszeit in immer kräftigeren Formen durchführten, konnte nicht umhin, die Stabilität des internationalen Geldwesens zu zerstören und gleichzeitig andere Länder auf den Weg des Protektionismus zu zwingen. Eine Kriegsentschädigungspolitik, die handelspolitisch widersinnig war, legte gleichfalls einer Stabilisierung der Weltwirtschaft unüberwindliche Hindernisse in den Weg.“

Wenn Cassel glaubt, es genüge für die Stabilisierung der Währungsverhältnisse der Welt, daß die USA. und England einen festen Wechselkurs vereinbarten, dem sich die anderen Länder nur anschließen brauchten, so halten wir auch diese Auffassung für zu optimistisch. Bei allen bisherigen Währungsbesprechungen und -projekten sind beide Länder um diese wichtige Frage wie Katzen um den heißen Brei immer herumgegangen. Beide haben aber in der Währungsdiskussion inoffiziell gefordert, daß die eigene Währung zunächst einmal abzuwerten, die des anderen aber voll aufrechtzuerhalten sei. Dieses Verhalten läßt bereits deutlich die Furcht vor den tatsächlich in großem Umfang bestehenden wirtschaft-

lichen Gleichgewichtsspannungen des ausgeprägten Schuldnerlandes England und des Gläubigerlandes Vereinigte Staaten erkennen, Spannungen, die durch diesen Krieg noch sehr erheblich zugenommen haben. Es bedürfte politisch kaum durchführbarer Voraussetzungen verschiedenster Art, um eine etwa geschaffene feste Parität zwischen Dollar und Pfund wirklich dauerhaft zu gestalten. Diese Voraussetzungen liegen nicht allein auf dem Gebiete der Handelspolitik, sondern sie erfordern weit darüber hinaus stärkste Eingriffe in die wirtschaftliche Struktur beider Länder und damit Opfer, die keines der beiden angelsächsischen Länder zu bringen geneigt sein wird.

Dies sind Gesichtspunkte, die auch in der Frage der Errichtung einer „Weltbank“ eine wesentliche Rolle spielen. Unseres Erachtens ist es nicht damit getan, eine solche Weltbank mit eigener Währung zu gründen und dabei eine feste Parität zwischen dem Geld der Weltbank und den übrigen Währungen oder gar nur der Pfund-Dollarwährung zu schaffen. Mit kurzfristigen Darlehen kann man allein die Störungsfaktoren des zwischenstaatlichen Güter- und Leistungsaustausches nicht beseitigen. Man kann sie allenfalls damit überkleistern. Vor allem kann man nicht erwarten, daß ein fruchtbarer zwischenstaatlicher Austausch in Gang kommt, wenn das ganze System nach dem Muster der Weltbankpläne des amerikanischen Schatzamtes letztlich auf eine imperialistische Durchdringung der Welt durch die Ver-

einigten Staaten hinausläuft. Cassel übt in der Sache an diesen Plänen eine bemerkenswert deutliche Kritik, und zwar nicht nur hinsichtlich des Systems der Quotenfestsetzung, sondern vor allem wegen der Rolle des Goldes im Rahmen dieser Weltwährungspläne. Er steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß eine Weltwährung sehr wohl geschaffen werden könnte, auch wenn das Metall Gold nicht existierte. „Das größte Interesse daran, daß das Gold seinen Platz im Geldwesen behält, haben die Vereinigten Staaten als Besitzer des größeren Teils des Goldvorrats der Welt und das Britische Reich als bedeutendster Goldproduzent der Welt... Einem Außenstehenden kann es nicht anders erscheinen, als daß die Problemstellung damit in gewisser Weise verrückt worden ist.“

Hiermit wird von sachverständiger neutraler Seite in zwar sehr vorsichtiger, aber doch deutlicher Weise das Urteil über die angelsächsischen Weltwährungspläne gesprochen. Wir sind der Überzeugung, daß man zunächst einmal fähig sein muß, im eigenen Lande wirtschaftlich Ordnung zu schaffen, und daß man erst dann nach den Gesetzen des Wachstums von Kristallen versuchen kann, in der unmittelbaren wirtschaftlichen Umwelt, mit der natürliche Austauschbeziehungen bestehen, auch zu einer Währungsordnung zu gelangen, wobei die Hilfestellung der Devisenbewirtschaftung zunächst noch erforderlich sein wird. Erst dann kann der Versuch gemacht werden, zwischen den verschiedenen natürlichen Wirtschaftsblöcken ebenfalls geordnete Wirtschafts- und Währungsbeziehungen herzustellen. Diesen Weg hat Deutschland vor dem Kriege mit größtem Erfolg beschritten und es wird ihn konsequent fortsetzen, nachdem diese Auseinandersetzung abgeschlossen ist.

053 0052

BEC

# Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 32

Signature

Datum Nov. 1943

Duplikat

dorthin gelangen kann, wo es nach seiner Veranlagung zu wirken berufen ist. Gegen diese umfassende Förderung wird hier und da eingewendet, sie mache es dem Menschen zu leicht und ginge auf Kosten der natürlichen Auslese durch die Selbstbehauptung im Lebenskampf vorstatten. Mitunter spricht aus solcher Anschauung der Neid und die Angst der aus irgendwelchen Gründen in angesehene Stellungen gelangten Mittelmäßigkeit. Häufiger aber ist es nicht böser Wille, sondern Unwissenheit. Mag sein, daß das Genie am Kampf erstarkt, mag dieser Kampf für das Genie ein Naturgesetz sein. Und dennoch, was hätte so manches Genie, wir erinnern nur an Friedrich Liszt, dem Volke geben können, wenn seine Kräfte nicht in einem unnützen Kampf verzehrt worden wären. Aber wir brauchen nicht nur den genialen Menschen. Die Aufgaben, die zu bewältigen sind, machen vielmehr die Mobilisierung aller Talente, der überdurchschnittlichen Begabungen, ja sogar den besten Einsatz jedes einzelnen erforderlich. Wir geraten, indem wir auf breiter Basis den Hochschulen Nachwuchs zuzuführen trachten, niemals in die Gefahr, etwa ein akademisches Proletariat heranzuzüchten, wie es in einigen Staaten Gründungen der Nachkriegszeit der Fall gewesen ist. Wie groß der Bedarf allein an Unterführern im betrieblichen Leben ist, weiß der Betriebsführer, der vielleicht sofort seine Produktion erweitern, eine zweite oder dritte Schicht einführen würde, wenn er nur genügend Vorarbeiter und Meister hätte. Im übrigen fördert die Volksgemeinschaft die Begabungen auch nicht um ihrer selbst willen, sondern weil sie von ihnen die Erfüllung höherer Pflichten erwartet. Deswegen wird vor der Förderung nicht allein die Begabung geprüft, sondern auch nach dem Charakterwert des Bewerbers geforscht. Er muß sich bewährt haben, in der Wehrmacht, in der Volksgemeinschaft, in der Formation, im Arbeitsleben oder wenigstens doch in der Lehre. Das Leistungsprinzip, dem heute zum Siege verholfen wird, ist eine Absage an jeden Protektionismus, mag er nun in guten Beziehungen oder in einem falsch verstandenen Berechtigungswesen seine Grundlage haben. Klar und eindeutig gewinnt der nationalsozialistische Grundsatz immer greifbarere Gestalt, jede Begabung, die es verdient, zu fördern und sie an den ihr gebührenden Platz zu stellen, damit sie sich dort bewähre und, wenn nötig, auch kämpfe, aber nicht in einem fruchtlosen Streit ihre Kräfte sinnlos verbräuche.

## Cassel und die Weltwährungsprobleme

Der bekannte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel hat jetzt in den Vierteljahrsberichten der Skandinaviska Banken zu der Diskussion über die Gestaltung der Währungen in der Welt nach diesem Kriege Stellung genommen, wobei es sich auch vom deutschen Standpunkt aus lohnt, darauf einzugehen. Er sieht das Endziel in der Schaffung einer einheitlichen Weltwährung, eine Utopie, die sich praktisch ebensowenig verwirklichen läßt, wie die des Programms der „Vereinigten Nationen der Welt“. Wenn er dabei die Geldverfassung der Vereinigten Staaten als Beispiel für die Durchführbarkeit des Projektes einer einheitlichen Weltwährung nennt, so verkennt er dabei völlig die enormen Unterschiede, die diese Geldverfassung gegenüber einer einheitlichen Weltwährung hat. Die USA. sind ein einheitliches Staatsgebilde mit zentraler Geld- und Kapitalpolitik, einer einheitlichen Handelspolitik und einer beherrschenden Bundesfinanzpolitik. Die Schaffung solcher Vorbedingungen für einen Währungsblock der ganzen Welt ist schlechterdings undenkbar.

Cassel denkt immerhin realpolitisch genug, um zu erkennen, daß die Zeit für ein solches internationales Währungssystem nicht reif sei. Deshalb beschränkt er sich darauf, zunächst die Festlegung fester Währungsparitäten

selbst zu, wobei er darauf verweist, daß heute richtige Kaufkraftparitäten als Grundlage dieser Währungsrelationen angesichts der Unzuverlässigkeit der Preisindizes schwer feststellbar sind. Wenn er als Maßstab für die Austauschrelationen bei Waren und Dienstleistungen die relativen Arbeitslohnlevelaus wählen will, so ist das zum mindesten ebenso problematisch wie die Zugrundelegung der Preisindizes.

Cassel ist darin zuzustimmen, daß ständige wesentliche Änderungen der Währungsparitäten immer auf neue zu einer Zerrüttung der Austauschbeziehungen in der Welt führen müssen, und er übt mit dieser Feststellung vor allem Kritik an England und den Vereinigten Staaten, die durch ihre Abwertungen zu der Zerstörung der gesamten Weltwirtschaft entscheidend beigetragen haben. Deutschland hat diese Politik bewußt nicht mitgemacht und seine Währung auch in den Zeiten größter Wirren stabil gehalten. Es war ein fester Pol in dem allgemeinen Währungschaos und es hat vor allem nach 1933 bis in die heutige Kriegszeit hinein damit seinen Handelspartnern wesentliche Dienste geleistet. Daß es dabei den Schutzwall einer im Laufe der Zeit sehr verfeinerten und anpassungsfähig gestalteten Devisenbewirtschaftung um sich errichten mußte, lag nicht an uns, sondern an den Fehlern unserer heutigen Gegner. Dies gibt auch Cassel mit aller Deutlichkeit zu, wenn er z. B. schreibt: „Aber ein Protektionismus, wie ihn die Vereinigten Staaten während der Zwischenkriegszeit in immer kräftigeren Formen durchführten, konnte nicht umhin, die Stabilität des internationalen Geldwesens zu zerstören und gleichzeitig andere Länder auf den Weg des Protektionismus zu zwingen. Eine Kriegsentschädigungspolitik, die handelspolitisch widersinnig war, legte gleichfalls einer Stabilisierung der Weltwirtschaft unüberwindliche Hindernisse in den Weg.“

Wenn Cassel glaubt, es genüge für die Stabilisierung der Währungsverhältnisse der Welt, daß die USA. und England einen festen Wechselkurs vereinbarten, dem sich die anderen Länder nur anzuschließen brauchten, so halten wir auch diese Auffassung für zu optimistisch. Bei allen bisherigen Währungsbesprechungen und -projekten sind beide Länder um diese wichtige Frage wie Katzen um den heißen Brei immer herumgegangen. Beide haben aber in der Währungsdiskussion inoffiziell gefordert, daß die eigene Währung zunächst einmal abzuwerten, die des anderen aber voll aufrechtzuerhalten sei. Dieses Verhalten läßt bereits deutlich die Furcht vor den tatsächlich in großem Umfang bestehenden wirtschaftlichen Gleichgewichtsspannungen des ausgeprägten Schuldnerlandes England und des Gläubigerlandes Vereinigte Staaten erkennen, Spannungen, die durch diesen Krieg noch sehr erheblich zugenommen haben. Es bedürfte politisch kaum durchführbarer Voraussetzungen verschiedenster Art, um eine etwa geschaffene feste Parität zwischen Dollar und Pfund wirklich dauerhaft zu gestalten. Diese Voraussetzungen liegen nicht allein auf dem Gebiete der Handelspolitik, sondern sie erfordern weit darüber hinaus stärkste Eingriffe in die wirtschaftliche Struktur beider Länder und damit Opfer, die keines der beiden angelsächsischen Länder zu bringen geneigt sein wird.

Dies sind Gesichtspunkte, die auch in der Frage der Errichtung einer „Weltbank“ eine wesentliche Rolle spielen. Unseres Erachtens ist es nicht damit getan, eine solche Weltbank mit eigener Währung zu gründen und dabei eine feste Parität zwischen dem Geld der Weltbank und den übrigen Währungen oder gar nur der Pfund-Dollarwährung zu schaffen. Mit kurzfristigen Darlehen kann man allein die Störfaktoren des zwischenstaatlichen Güter- und Leistungsaustausches nicht beseitigen. Man kann sie allenfalls damit überkleistern. Vor allem kann man nicht erwarten, daß ein fruchtbarer zwischenstaatlicher Austausch in Gang kommt, wenn das ganze System nach dem Muster der Weltbankpläne des amerikanischen



Handwritten: 2123

dorthin gelangen kann, wo es nach seiner Veranlagung zu wirken berufen ist. Gegen diese umfassende Förderung wird hier und da eingewendet, sie mache es dem Menschen zu leicht und ginge auf Kosten der natürlichen Auslese durch die Selbstbehauptung im Lebenskampf vorstatten. Mitunter spricht aus solcher Anschauung der Neid und die Angst der aus irgendwelchen Gründen in angesehene Stellungen gelangten Mittelmäßigkeit. Häufiger aber ist es nicht böser Wille, sondern Unwissenheit. Mag sein, daß das Genie am Kampf erstarkt, mag dieser Kampf für das Genie ein Naturgesetz sein. Und dennoch, was hätte so manches Genie, wir erinnern nur an Friedrich Liszt, dem Volke geben können, wenn seine Kräfte nicht in einem unnützen Kampf verzehrt worden wären. Aber wir brauchen nicht nur den genialen Menschen. Die Aufgaben, die zu bewältigen sind, machen vielmehr die Mobilisierung aller Talente, der überdurchschnittlichen Begabungen, ja sogar den besten Einsatz jedes einzelnen erforderlich. Wir geraten, indem wir auf breiter Basis den Hochschulen Nachwuchs zuzuführen trachten, niemals in die Gefahr, etwa ein akademisches Proletariat heranzuzüchten, wie es in einigen Staatengründungen der Nachkriegszeit der Fall gewesen ist. Wie groß der Bedarf allein an Unterführern im betrieblichen Leben ist, weiß der Betriebsführer, der vielleicht sofort seine Produktion erweitern, eine zweite oder dritte Schicht einführen würde, wenn er nur genügend Vorarbeiter und Meister hätte. Im übrigen fördert die Volksgemeinschaft die Begabungen auch nicht um ihrer selbst willen, sondern weil sie von ihnen die Erfüllung höherer Pflichten erwartet. Deswegen wird vor der Förderung nicht allein die Begabung geprüft, sondern auch nach dem Charakterwert des Bewerbers geforscht. Er muß sich bewährt haben, in der Wehrmacht, in der Volksgemeinschaft, in der Formation, im Arbeitsleben oder wenigstens doch in der Lehre. Das Leistungsprinzip, dem heute zum Siege verholfen wird, ist eine Absage an jeden Protektionismus, mag er nun in guten Beziehungen oder in einem falsch verstandenen Berechtigungswesen seine Grundlage haben. Klar und eindeutig gewinnt der nationalsozialistische Grundsatz immer greifbarere Gestalt, jede Begabung, die es verdient, zu fördern und sie an den ihr gebührenden Platz zu stellen, damit sie sich dort bewähre und, wenn nötig, auch kämpfe, aber nicht in einem fruchtlosen Streit ihre Kräfte sinnlos verbräuche.

## Cassel und die Weltwährungsprobleme

Der bekannte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel hat jetzt in den Vierteljahrsberichten der Skandinaviska Banken zu der Diskussion über die Gestaltung der Währungen in der Welt nach diesem Kriege Stellung genommen, wobei es sich auch vom deutschen Standpunkt aus lohnt, darauf einzugehen. Er sieht das Endziel in der Schaffung einer einheitlichen Weltwährung, eine Utopie, die sich praktisch ebensowenig verwirklichen läßt, wie die des Programms der „Vereinigten Nationen der Welt“. Wenn er dabei die Geldverfassung der Vereinigten Staaten als Beispiel für die Durchführbarkeit des Projektes einer einheitlichen Weltwährung nennt, so verkennt er dabei völlig die enormen Unterschiede, die diese Geldverfassung gegenüber einer einheitlichen Weltwährung hat. Die USA. sind ein einheitliches Staatsgebilde mit zentraler Geld- und Kapitalpolitik, einer einheitlichen Handelspolitik und einer beherrschenden Bundesfinanzpolitik. Die Schaffung solcher Vorbedingungen für einen Währungsblock der ganzen Welt ist schlechterdings undenkbar.

Cassel denkt immerhin realpolitisch genug, um zu erkennen, daß die Zeit für ein solches internationales Währungssystem nicht reif sei. Deshalb beschränkt er sich darauf, zunächst die Festlegung fester Währungsparitäten zwischen den einzelnen Ländern vorzuschlagen. Er gibt aber die Schwierigkeiten, die dem entgegenstehen,

selbst zu, wobei er darauf verweist, daß heute richtige Kaufkraftparitäten als Grundlage dieser Währungsrelationen angesichts der Unzuverlässigkeit der Preisindizes schwer feststellbar sind. Wenn er als Maßstab für die Austauschrelationen bei Waren und Dienstleistungen die relativen Arbeitslohniveaus wählen will, so ist das zum mindesten ebenso problematisch wie die Zugrundelegung der Preisindizes.

Cassel ist darin zuzustimmen, daß ständige wesentliche Änderungen der Währungsparitäten immer aufs neue zu einer Zerrüttung der Austauschbeziehungen in der Welt führen müssen, und er übt mit dieser Feststellung vor allem Kritik an England und den Vereinigten Staaten, die durch ihre Abwertungen zu der Zerstörung der gesamten Weltwirtschaft entscheidend beigetragen haben. Deutschland hat diese Politik bewußt nicht mitgemacht und seine Währung auch in den Zeiten größter Wirren stabil gehalten. Es war ein fester Pol in dem allgemeinen Währungsschaos und es hat vor allem nach 1933 bis in die heutige Kriegszeit hinein damit seinen Handelspartnern wesentliche Dienste geleistet. Daß es dabei den Schutzwall einer im Laufe der Zeit sehr verfeinerten und anpassungsfähig gestalteten Devisenbewirtschaftung um sich errichten mußte, lag nicht an uns, sondern an den Fehlern unserer heutigen Gegner. Dies gibt auch Cassel mit aller Deutlichkeit zu, wenn er z. B. schreibt: „Aber ein Protektionismus, wie ihn die Vereinigten Staaten während der Zwischenkriegszeit in immer kräftigeren Formen durchführten, konnte nicht umhin, die Stabilität des internationalen Geldwesens zu zerstören und gleichzeitig andere Länder auf den Weg des Protektionismus zu zwingen. Eine Kriegsschädigungspolitik, die handelspolitisch widersinnig war, legte gleichfalls einer Stabilisierung der Weltwirtschaft unüberwindliche Hindernisse in den Weg.“

Wenn Cassel glaubt, es genüge für die Stabilisierung der Währungsverhältnisse der Welt, daß die USA. und England einen festen Wechselkurs vereinbarten, dem sich die anderen Länder nur anschließen brauchten, so halten wir auch diese Auffassung für zu optimistisch. Bei allen bisherigen Währungsbesprechungen und -projekten sind beide Länder um diese wichtige Frage wie Katzen um den heißen Brei immer herumgegangen. Beide haben aber in der Währungsdiskussion inoffiziell gefordert, daß die eigene Währung zunächst einmal abzuwerten, die des anderen aber voll aufrechtzuerhalten sei. Dieses Verhalten läßt bereits deutlich die Furcht vor den tatsächlich in großem Umfang bestehenden wirtschaftlichen Gleichgewichtsspannungen des ausgeprägten Schuldnerlandes England und des Gläubigerlandes Vereinigte Staaten erkennen, Spannungen, die durch diesen Krieg noch sehr erheblich zugenommen haben. Es bedürfte politisch kaum durchführbarer Voraussetzungen verschiedenster Art, um eine etwa geschaffene feste Parität zwischen Dollar und Pfund wirklich dauerhaft zu gestalten. Diese Voraussetzungen liegen nicht allein auf dem Gebiete der Handelspolitik, sondern sie erfordern weit darüber hinaus stärkste Eingriffe in die wirtschaftliche Struktur beider Länder und damit Opfer, die keines der beiden angelsächsischen Länder zu bringen geneigt sein wird.

Dies sind Gesichtspunkte, die auch in der Frage der Errichtung einer „Weltbank“ eine wesentliche Rolle spielen. Unseres Erachtens ist es nicht damit getan, eine solche Weltbank mit eigener Währung zu gründen und dabei eine feste Parität zwischen dem Geld der Weltbank und den übrigen Währungen oder gar nur der Pfund-Dollarwährung zu schaffen. Mit kurzfristigen Darlehen kann man allein die Störungsfaktoren des zwischenstaatlichen Güter- und Leistungsaustausches nicht beseitigen. Man kann sie allenfalls damit überkleistern. Vor allem kann man nicht erwarten, daß ein fruchtbarer zwischenstaatlicher Austausch in Gang kommt, wenn das ganze System nach dem Muster der Weltbankpläne des amerikanischen Schatzamtes letztlich auf eine imperialistische Durchdringung der Welt durch die Ver-



einigten Staaten hinausläuft. Cassel übt in der Sache an diesen Plänen eine bemerkenswert deutliche Kritik, und zwar nicht nur hinsichtlich des Systems der Quotenfestsetzung, sondern vor allem wegen der Rolle des Goldes im Rahmen dieser Weltwährungspläne. Er steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß eine Weltwährung sehr wohl geschaffen werden könnte, auch wenn das Metall Gold nicht existierte. „Das größte Interesse daran, daß das Gold seinen Platz im Geldwesen behält, haben die Vereinigten Staaten als Besitzer des größeren Teils des Goldvorrats der Welt und das Britische Reich als bedeutendster Goldproduzent der Welt... Einem Außenstehenden kann es nicht anders erscheinen, als daß die Problemstellung damit in gewisser Weise verrückt worden ist.“

Hiermit wird von sachverständiger neutraler Seite in zwar sehr vorsichtiger, aber doch deutlicher Weise das Urteil über die angelsächsischen Weltwährungspläne gesprochen. Wir sind der Überzeugung, daß man zunächst einmal fähig sein muß, im eigenen Lande wirtschaftlich Ordnung zu schaffen, und daß man erst dann nach den Gesetzen des Wachstums von Kristallen versuchen kann, in der unmittelbaren wirtschaftlichen Umwelt, mit der natürliche Austauschbeziehungen bestehen, auch zu einer Währungsordnung zu gelangen, wobei die Hilfstellung der Devisenbewirtschaftung zunächst noch erforderlich sein wird. Erst dann kann der Versuch gemacht werden, zwischen den verschiedenen natürlichen Wirtschaftsblöcken ebenfalls geordnete Wirtschafts- und Währungsbeziehungen herzustellen. Diesen Weg hat Deutschland vor dem Kriege mit größtem Erfolg beschritten und es wird ihn konsequent fortsetzen, nachdem diese Auseinandersetzung abgeschlossen ist.

Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. **63**

**Gustav Cassel  
zur Handelspolitik von morgen**

Der führende schwedische Nationalökonom der Generation von gestern, Gustav Cassel, wendet sich in einem Aufsatz gegen die vornehmlich von den USA. ausgehenden Bemühungen, den Wiederaufbau der Weltwirtschaft als eine Art Wohltätigkeitsunternehmen anzusehen. Cassel zielt damit offenbar auf die Bemühungen Roosevelts ab, über die UNNRA. und andere Institutionen, die nach außen hin den Charakter einer charitativen Einrichtung tragen, eine Kontrollstellung des Dollarkapitals auf den führenden Weltmärkten der Nachkriegszeit zu sichern. Schweden werde sich in dem Maße aktiv an der Wiederaufbauarbeit in der Nachkriegszeit beteiligen können, als es dazu handelspolitisch eine Chance habe. Es ginge nicht an, daß die USA. sich einseitig um die Erschließung von für sie geeigneten Auslandsmärkten kümmern, um darüber hinaus die handelspolitische Bewegungsfreiheit der übrigen, insbesondere der kleineren Länder zu vernachlässigen. Obwohl Cassel keine direkten Angriffe auf die us-amerikanischen Nachkriegspläne richtet, ist zwischen den Zeilen deutlich der Unwille gegen die allzu voreiligen Dollarpläne zu spüren. Seinen eigenen Landsleuten sagt der schwedische Professor, daß Schweden nur dann eine Chance auf Ausdehnung seiner Exporte habe, wenn es umgekehrt bereit sei, als Gegenleistung dafür Importe in Empfang zu nehmen. Diese handelspolitische Binsenwahrheit habe man in Schweden und anderswo, womit abermals die USA. gemeint sein dürften, in strafwürdiger Weise vernachlässigt.

03 05 3 0054 BEC

Cassel

P. Prof. Gustav

16. März 1944

A. Meyer. Cassel zur Wiederherstellung der Weltwirtschaft.  
24.3.44. Nieuwe Rotterdamsche Courant, Nr. 64, 16.3.44.

Gustav Cassel wendet sich in einer Betrachtung gegen die namentlich von den USA ausgehenden Bemühungen, die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft als eine Art Wohltätigkeitsunternehmen anzusehen. Er hat dabei die Versuche Roosevelts im Auge, über die Unrra und andere Einrichtungen, die nach aussen den Charakter einer wohltätigen Einrichtung ~~kann~~ tragen, für das Dollarkapital auf den Weltmärkten nach dem Kriege einen beherrschenden Einfluss zu erlangen. Schweden wird am Nachkriegswiederaufbau teilnehmen können je nachdem es hierfür handelspolitisch eine Möglichkeit haben wird. Es geht nicht an, dass die USA sich ausschliesslich bemühen, für dieses Land geeignete Absatzgebiete zu finden, wobei dann obendrein die handelspolitische Bewegungsfreiheit der übrigen ~~Länder~~ vor allem der kleinen Länder vernachlässigt wird. Obschon Cassel nach ANP keinen regelrechten Angriff auf die amerikanischen Nachkriegspläne macht, ist zwischen den Zeilen deutlich sein Mißvergnügen über die allzu vorlauten Dollarpläne zu lesen. Seinen eigenen Landsleuten sagt Cassel, dass Schweden nur dann eine Möglichkeit zur Ausfuhrerweiterung besitzt, wenn es bereit ist, hierfür Einfuhr im Tausch zu gestatten.



5. April 1944

03 05 3 0055

BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 81

**Schweden — Professor Gustav Cassel über die internationale Wirtschaftspolitik — Gegen eine Beteiligung Schwedens an der Unrra**

\* Unter der Überschrift „Schwarze Aussichten“ nimmt der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel in einem Leitartikel in „Svenska Dagbladet“ vom 6. 3. 44 zu den wirtschaftlichen Nachkriegsplänen Englands und Amerikas Stellung, die eine kräftige Reaktion gegen den Protektionismus dieser Länder darstellt.

Leider, so stellt Professor Cassel fest, deuten alle Zeichen darauf hin, daß der bei einer vernünftigen Wirtschaftspolitik

und Konzentration aller Kräfte mögliche internationale Wirtschaftsaufschwung nicht zur Entfaltung gelangen wird. Nicht einmal hinsichtlich der elementarsten Voraussetzung, der rationalen Regelung der internationalen Währungsverhältnisse, sei man bisher von der Stelle gekommen. Die Gründe hierfür sieht Cassel in der wirtschaftlichen Einstellung der USA, die wahrscheinlich ihren ungeheuren Machtzuschuß zur Forcierung ihrer Ausfuhr benutzen, aber gleichzeitig die Einfuhr erschweren werden. Was Großbritannien anbelange, so weisen die Tendenzen ganz offensichtlich in die Richtung eines mit allen freiheitszerstörenden Werkzeugen ausgerüsteten Protektionismus, die die neuere staatliche Machtvollkommenheit erfunden habe, und der sich nicht mit mäßigen Zöllen begnügen, sondern auch zu Importrestriktionen, Devisenkontrolle und einer Überwachung der Kapitalbewegungen schreiten werde. Der britische Protektionismus ist nach Cassel ein wesentliches Hindernis für die Reorganisation der Weltwirtschaft. Die Freiheit des internationalen Handels werde ein schöner Traum bleiben. Offensichtlich werde in der Frage des internationalen Warenaustausches in jedem Falle die reine Machtpolitik bestimmen.

In gleichem Zusammenhange ist ein in „Svensk Utrikes-handel“, der Zeitschrift des schwedischen Exportverbandes, erschienener Aufsatz des gleichen Verfassers über Schwedens Einsatz für den Wiederaufbau der Weltwirtschaft zu erwähnen. Von einer Beteiligung Schwedens an der UNRRA rät Professor Cassel ab, da diese Hilfsorganisation ausschließlich eine Angelegenheit der Alliierten sei, die in gewissem Sinne einen politischen, wenn nicht gar militärischen Charakter habe und von der sich Schweden als neutraler Staat fernhalten müsse. Im übrigen möchte Cassel die schwedische Mitarbeit an einer internationalen Hilfsaktion von der Behandlung abhängig machen, die Schweden vor allem in handelspolitischer Hinsicht erfahren wird. Wenn die schwedische Ausfuhr auf unüberwindliche Hindernisse stoßen oder der Zugang zu Rohstoffen und Lebensmitteln beschränkt werden sollte, so habe Schweden keine Kräfte übrig für eine internationale Hilfsarbeit. Eine etwaige schwedische Hilfe müsse im übrigen eine Form erhalten, die sich sehr bald auf einen geschäftsmäßigen Warenaustausch umstellen lasse.

Duplikat

Sp 1 B 501

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 110

**Großbritannien — Professor Cassel über die Handelspolitik nach dem Kriege**

\* Professor Gustav Cassel, der aus zahlreichen Artikeln und Aufsätzen bekannte Verfechter der Idee der freien Weltwirtschaft, die nach seiner Auffassung Voraussetzung für die Erhöhung des Lebensstandards und die Befriedigung der steigenden sozialen Bedürfnisse der Massen ist, behandelt in einem in der Zeitschrift des schwedischen Exportverbandes erschienenen Aufsatz Großbritanniens künftige Handelspolitik.

Aus den bisherigen Erörterungen über dieses Thema gehe hervor, daß England den auch bei einer 50proz. Erhöhung der Ausfuhr verbleibenden Einfuhrüberschuß durch eine staatliche Einfuhrregelung zu drosseln gedenke. Professor Cassel sieht hierin einen schweren Fehler und nur einen unwesentlichen Unterschied gegenüber dem alten Zollprotektionismus. Dieser sei unter Umständen sogar einer Einfuhrregulierung vorzuziehen, da er, soweit die Zölle sich in mäßigen Grenzen halten und langfristig festliegen, der privaten Wirtschaft doch die Möglichkeit einer gewissen Anpassung gebe. Großbritannien habe früher seine Machtstellung als größter Käufer der Welt dazu mißbraucht, seine Lieferanten zu zwingen, ihrerseits bri-

tische Waren abzunehmen. Offenbar glaube man jetzt, das gleiche Ziel durch eine Ausweitung des britischen Marktes zu einem „Sterlingblock“ zu erreichen, innerhalb dessen die Lieferanten zum Ausgleich ihrer Zahlungsbilanz ihre Einkäufe zu tätigen gezwungen seien. Man übersehe hierbei, so schreibt Professor Cassel, daß auch der Lebensraum der kleinen Staaten niemals kleiner als die ganze Welt sein könne. Großbritannien dürfe auch nicht vergessen, daß es nicht mehr die alte Kaufkraft und daher auch nicht mehr die frühere handelspolitische Macht gegenüber seinen Lieferanten besitze. Es sei beispielsweise zweifelhaft, ob Schweden nach dem Kriege bereit sei, wie früher recht bedeutende Lebensmittelmengen zu subventionierten Preisen nach Großbritannien auszuführen, wenn es gleichzeitig in seinem Recht der freien Verwertung der hierdurch erworbenen Pfundwerte zum Einkauf von Waren in dritten Ländern beschränkt würde. Nach dem „Economist“ strebt Großbritannien zwar einen multilateralen Handel an, um einer allzu starken Einengung des Handels vorzubeugen. Cassel findet es jedoch schwer verständlich, wie dieser Gedanke verwirklicht werden soll, wenn man sich nicht auf einen Protektionismus beschränkt, der allen Ländern oder zum mindesten doch allen meist begünstigten Ländern gegenüber gleiche Zölle anwendet.

Hg 4



Deutsche Bergwerks-Zeitung (Düsseldorf)

Nr. 171

Gustav Cassel ist dagegen

Gustav Cassel, der führende schwedische Nationalökonom in den Zwischenkriegsjahren, der über die Grenzen seines Landes hinaus einen Namen als Finanz- und Währungspolitiker besitzt, wiederholt in einem Aufsatz, den „Svenska Dagbladet“ veröffentlicht, seine Bedenken gegen eine künstlich verbilligte Zinspolitik, mit deren Hilfe eine Vollbeschäftigung angestrebt werden soll. Jede Abweichung von dem Gleichgewichtszins, wie er sich aus der jeweiligen Marktsituation ergibt, müsse nachteilige Folgen haben. Eine dauernde Verbilligung des Zinses müsse auf eine Inflation hinauslaufen. Der Staat, der mit Hilfe einer Politik des billigen Geldes den nationalwirtschaftlichen Produktionsapparat auf vollen Touren laufen lasse und auf diese Weise die Vollbeschäftigung durch eine künstlich geschaffene Konjunktur erzwingen wolle, müsse wohl oder übel zu einer Investitionskontrolle übergehen. Eine Überwachung des Kapitalmarktes müsse aber zu einer Lähmung der Unternehmertätigkeit über kurz oder lang führen. Nach Auffassung des schwedischen Nationalökonomen muß die Kreditexpansion, die die Voraussetzung einer vollbeschäftigten Wirtschaft ist, gerade diejenige Volkswirtschaft lähmen, von deren Initiative die Schaffung einer echten Konjunktur in entscheidendem Maße abhängt. Man dürfe, so folgerte Cassel, auch in Krisenzeiten nicht zu solchen Radikalmitteln greifen, durch deren Einsatz die Funktionsfähigkeit der freien Unternehmerwirtschaft ernstlich gefährdet werden könne. Die Unterbindung der freien Unternehmerschaft als Ergebnis der staatlichen Investitionskontrolle muß nach Auffassung von Cassel zu einer dauernden Herabsetzung und Beeinträchtigung der Tätigkeit der freien Unternehmer führen. Die modernen Kreditpolitiker bemühten sich, mit der fragwürdigen Politik des billigen Geldes ein Loch zu stopfen und hätten in ihrem Eifer völlig übersehen, daß sie auf der anderen Stelle ein weit größeres Loch aufreißen.

Gustav Cassel bleibt sich nur selbst treu, wenn er als einer der Hauptvertreter der liberalwirtschaftlichen Theorie von gestern diesen doktrinen Standpunkt bezieht und von ihm aus alle Bemühungen einer Stabilisierung mit konjunkturaktiven Mitteln ablehnt. Bemerkenswert an den neuen Erklärungen Cassels ist lediglich die Tatsache, daß der alte Schwede sich mit dieser doktrinen Kritik gegen die angelsächsischen Nachkriegspläne wendet. Obwohl der britische Woolton-Plan in dem Aufsatz Cassels nicht ausdrücklich erwähnt wird, sind die Ausführungen des schwedischen Nationalökonomen nichts anderes als eine abfällige Kritik der englischen Bemühungen, mit den Mitteln einer spätliberalen Wirtschaftspolitik Probleme der Nachkriegszeit zu lösen. Die Auffassungen, wonach in Notzeiten durch eine Vergrößerung des öffentlichen Auftragsvolums, insonderheit durch großzügige Verteilung von Bauaufträgen, der Stand der Vollbeschäftigung möglichst gehalten werden soll, nennt Gustav Cassel naiv. Je mehr öffentliche Aufträge, um so größer das Loch im Staatshaushalt und um so größer zugleich die Skepsis der Unternehmerwirtschaft, die eine solche künstliche Konjunkturpolitik als ein äußerst gefährliches Experiment betrachten

müsse, das möglicherweise in der Katastrophe einer staatlichen Wirtschaft enden werde. Der Aufsatz Cassels erschöpft sich in einer Kritik der Nachkriegspläne, die nicht in das liberalwirtschaftliche Konzept hineinpassen. Der schwedische Nationalökonom gibt indes keine



**Gustav Cassel ist dagegen**

Gustav Cassel, der führende schwedische Nationalökonom in den Zwischenkriegsjahren, der über die Grenzen seines Landes hinaus einen Namen als Finanz- und Währungspolitiker besitzt, wiederholt in einem Aufsatz, den „Svenska Dagbladet“ veröffentlicht, seine Bedenken gegen eine künstlich verbilligte Zinspolitik, mit deren Hilfe eine Vollbeschäftigung angestrebt werden soll. Jede Abweichung von dem Gleichgewichtszins, wie er sich aus der jeweiligen Marktsituation ergibt, müsse nachteilige Folgen haben. Eine dauernde Verbilligung des Zinses müsse auf eine Inflation hinauslaufen. Der Staat, der mit Hilfe einer Politik des billigen Geldes den nationalwirtschaftlichen Produktionsapparat auf vollen Touren laufen lasse und auf diese Weise die Vollbeschäftigung durch eine künstlich geschaffene Konjunktur erzwingen wolle, müsse wohl oder übel zu einer Investitionskontrolle übergehen. Eine Überwachung des Kapitalmarktes müsse aber zu einer Lähmung der Unternehmertätigkeit über kurz oder lang führen. Nach Auffassung des schwedischen Nationalökonomen muß die Kreditexpansion, die die Voraussetzung einer vollbeschäftigten Wirtschaft ist, gerade diejenige Volkswirtschaft lähmen, von deren Initiative die Schaffung einer echten Konjunktur in entscheidendem Maße abhängt. Man dürfe, so folgerte Cassel, auch in Krisenzeiten nicht zu solchen Radikalmitteln greifen, durch deren Einsatz die Funktionsfähigkeit der freien Unternehmerwirtschaft ernstlich gefährdet werden könne. Die Unterbindung der freien Unternehmerschaft als Ergebnis der staatlichen Investitionskontrolle muß nach Auffassung von Cassel zu einer dauernden Herabsetzung und Beeinträchtigung der Tätigkeit der freien Unternehmer führen. Die modernen Kreditpolitiker bemühten sich, mit der fragwürdigen Politik des billigen Geldes ein Loch zu stopfen und hätten in ihrem Eifer völlig übersehen, daß sie auf der anderen Stelle ein weit größeres Loch aufreißen.

Gustav Cassel bleibt sich nur selbst treu, wenn er als einer der Hauptvertreter der liberalwirtschaftlichen Theorie von gestern diesen doktrinären Standpunkt bezieht und von ihm aus alle Bemühungen einer Stabilisierung mit konjunkturaktiven Mitteln ablehnt. Bemerkenswert an den neuen Erklärungen Cassels ist lediglich die Tatsache, daß der alte Schwede sich mit dieser doktrinären Kritik gegen die angelsächsischen Nachkriegspläne wendet. Obwohl der britische Woolton-Plan in dem Aufsatz Cassels nicht ausdrücklich erwähnt wird, sind die Ausführungen des schwedischen Nationalökonomen nichts anderes als eine abfällige Kritik der englischen Bemühungen, mit den Mitteln einer spätliberalen Wirtschaftspolitik Probleme der Nachkriegszeit zu lösen. Die Auffassungen, wonach in Notzeiten durch eine Vergrößerung des öffentlichen Auftragsvolums, insonderheit durch großzügige Verteilung von Bauaufträgen, der Stand der Vollbeschäftigung möglichst gehalten werden soll, nennt Gustav Cassel naiv. Je mehr öffentliche Aufträge, um so größer das Loch im Staatshaushalt und um so größer zugleich die Skepsis der Unternehmerwirtschaft, die eine solche künstliche Konjunkturpolitik als ein äußerst gefährliches Experiment betrachten

müsse, das möglicherweise in der Katastrophe einer staatlichen Wirtschaft enden werde. Der Aufsatz Cassels erschöpft sich in einer Kritik der Nachkriegspläne, die nicht in das liberalwirtschaftliche Konzept hineinpassen. Der schwedische Nationalökonom gibt indes keine Antwort auf die Frage, wie von seinem Standpunkt aus die Probleme von morgen am besten anzufassen seien.

03 05 30058

BEC

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

Nr. 283

### Ein unverständiger Gläubiger

Die Vierteljahrsberichte der Skandinaviska Banken haben ihren 25. Jahrgang abgeschlossen. Aus diesem Anlaß hat Professor Gustav Cassel in dem soeben erschienenen Heft einen Rückblick auf diese 25 Jahre geschrieben, der sich vor allem mit der Frage der Wechselkurse und der Goldwährung beschäftigt. Bemerkenswert ist dabei, daß der Verfasser neben der herrschenden Unklarheit und Unkenntnis über diese Dinge dem Verhalten der Vereinigten Staaten als Gläubigerland einen großen Teil der Schuld an der letzten Krise gibt. Cassel schreibt darüber u. a.:

„Eine vernünftige Neuordnung der Weltwirtschaft wurde während der 20er Jahre in hohem Maße durch die Schadenersatzansprüche erschwert, die an Deutschland gestellt wurden und die nicht nur überstiegen, was Deutschland billigerweise leisten konnte, sondern die vor allem unmöglich gemacht wurden durch die Weigerung der schadenersatzfordernden Länder, deutsche Waizen entgegenzunehmen.

Ähnliche Schwierigkeiten machten sich betr. der Bezahlung anderer Kriegsschulden geltend. Amerika, das als Empfängerland in erster Linie in Frage kam, erhöhte Schritt für Schritt seine Zölle sehr kräftig und erschwerte dadurch alle Zahlungen an Amerika. Der Krieg hatte ja dieses Land aus einem Schuldner- in ein Gläubigerland verwandelt, aber Amerika weigerte sich, die natürliche Konsequenz zu ziehen und einen großen Importüberschuß als Zahlung für seine Forderungen entgegenzunehmen.

Streitigkeiten um diese Fragen füllten die ganzen 1920er Jahre aus und bildeten ein Hindernis nicht nur für die Entwicklung des Welthandels, sondern auch ganz besonders für eine Neuordnung des Geldwesens der Welt. Auch nachdem die Kriegsentschädigungsansprüche aufgegeben waren, ging eine einseitige Goldhortung in den Vereinigten Staaten fort, Hand in Hand mit einer verschärften Goldknappheit in der übrigen Welt. Die Folge war, daß England 1931 sich gezwungen sah, die Goldwährung wieder aufzugeben, die das Land während der 1920er Jahre mit so großer Mühe sich erkämpft hatte. Englands Beispiel fand allgemein Nachfolge und die ganze Arbeit der 1920er Jahre auf eine Rekonstruktion des internationalen Goldwährungssystems hin wurde damit zunichte.“

Cassel sagt dann im weiteren u. a., daß das Gold seine Stellung als Basis für das internationale Geldwesen verloren habe, so daß der Goldreichtum keine Bedeutung für eine Rekonstruktion des Geldwesens erhielt. Dieses Problem sei bis heute noch ungelöst.

Duplikat

h. n. 13

03 053 0059 BEC

Signatur: *P*

*Cassel*  
*Prof. Einar*  
Datum: 24. Okt. 1944

## Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 249

### **Schweden — 25 Jahre „Vierteljahresbericht der Skandinaviska“**

*ehs*  
d. Stockholm — Die von der Skandinaviska Banken herausgegebenen „Vierteljahresberichte“ haben dieser Tage auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken können. Aus diesem Anlaß ist der Vierteljahresbericht per Oktober 1944 in erweitertem Umfange mit zahlreichen interessanten Beiträgen führender Persönlichkeiten der schwedischen Volkswirtschaft herausgebracht worden. Der Leitaufsatz „25 Jahre“ umreißt kurz die Entwicklung dieser Zeitschrift und hebt hervor, daß während dieses Zeitabschnitts auf dem Wege über zahlreiche Beiträge führender Persönlichkeiten die Kenntnis über das wirtschaftliche Geschehen in Schweden praktisch der ganzen Welt vermittelt werden konnte. „Unter den Mitarbeitern der Zeit-

schrift nimmt Professor Gustav Cassel eine Sonderstellung ein, einmal dadurch, daß fast alle Hefte der Zeitschrift Beiträge aus seiner Feder enthalten haben, und ferner dadurch, daß seine Beiträge der Diskussion internationaler wirtschaftlicher Fragen gegolten und in der ganzen Welt eine ganz besonders interessierte Aufnahme gefunden haben.“ In einem weiteren Beitrag „Der Mann hinter dem Werke“, werden die Verdienste von Dr. phil. Einar Huss geschildert, die sich dieser um die Gestaltung der Vierteljahresberichte erworben hat.

Das Heft enthält ferner die folgenden Beiträge: „Ein Rückblick“ von Professor Gustav Cassel, „Die Tätigkeit der Geschäftsbanken“ von Bankdirektor Ernst Herslow, „Die Entwicklung der schwedischen Landwirtschaft nach dem ersten Weltkriege“ von Gutsbesitzer Gösta Liedberg, „Die schwedische überseeische Linienschiffahrt vor dem Frieden“ von Schiffsreeder Dan-Axel Broström, „Die Zellulose als Ausgangsstoff für die chemische Industrie“ von Dipl.-Ing. A. Waller (Uddeholm), „Der schwedische Großhandel“ von Sekretär A. Elander, sowie schließlich die übliche Uebersicht über die wirtschaftliche Lage Schwedens im dritten Quartal 1944 nebst dem bekannten tabellarischen Anhang.

Auf einige dieser Beiträge wird noch zurückzukommen sein.



Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 257

## Die Inflationsgefahr in Schweden

Professor Gustav Cassels ernste Ueberlegungen

d. Stockholm — In den NfA ist bereits ausgeführt worden, daß das „Gespenst der Inflation“ in Schweden neuerdings wieder aktuell geworden ist. In einem höchst bemerkenswerten Leitartikel hat hierzu in einer der letzten Ausgaben von „Svenska Dagbladet“ nun auch Professor Gustav Cassel unter der Ueberschrift „Die Inflationsgefahr wird größer“ Stellung genommen. Wegen der prinzipiellen Bedeutung, die diesen Ausführungen zukommen dürfte, werden im folgenden die Gesichtspunkte des schwedischen Gelehrten wiedergegeben.

Cassel schreibt: „Die Diskussion um unsere Nachkriegswirtschaft hat sich mehr und mehr um die Gefahr einer künftigen Inflation konzentriert. Im Augenblick ist es in erster Linie die Forderung auf höhere Arbeitslöhne, die diese Inflationsgefahr aktuell macht. Es ist auch offensichtlich, daß eine unmittelbare Steigerung der baren Arbeitslöhne sehr schnell zu einer Verschlechterung der schwedischen Währung führen müßte. In entwickelten Industrieländern wird der Geldwert in ganz überwiegendem Maße dadurch bestimmt, wieviel Arbeit von bestimmter Qualität man für das Geld kaufen kann.

Natürlich beruhen die Arbeitslöhne in wesentlichem Grade auf der Effektivität, die die Arbeit durch die Unterstützung einer maschinellen Ausrüstung erhält, die den modernsten Ansprüchen der Technik genügt sowie einer Geschäftsführung, die Spitzenleistungen bietet, und zwar sowohl in bezug auf technische Organisation als auch auf die Fähigkeit des Verkaufs. Durch diese Hilfe und ferner auch zweifellos durch die bessere Schulung der Arbeiter wird es möglich, den Lebensstandard der Arbeiter ständig zu verbessern.

Wenn die Geldlöhne der Arbeiter jedoch über die Höhe hinausgetrieben werden, wozu die genannten Voraussetzungen berechtigen, kann die Folge keine andere als die einer Verschlechterung des Geldwertes sein. Am deutlichsten kommt dies zum Ausdruck, wenn das Land seine Waren in das Ausland verkaufen will. Wenn das Ausland mehr für schwedische Arbeit bezahlen soll, ohne daß sie in irgendeiner Weise im Wert erhöht wird, so kann das Ausland dies nur dadurch, die schwedische Devisen zu einem niedrigeren Kurs zu notieren. Damit wird die Inflation auf dem internationalen Devisenmarkt direkt sichtbar.

Hier im Lande haben wir uns gewiß von Anfang an am ehesten eine Verbesserung der Löhne der am schlechtesten gestellten Arbeiter gedacht. Es ist indessen offensichtlich sehr schwer, eine derartige Grenze zu ziehen. Jede Lohnerhöhung hat außerdem eine Tendenz, eine Steigerung der Produktionskosten und damit des Warenpreisniveaus nach sich zu ziehen, die ihrerseits unfehlbar starke Forderungen auf Lohnerhöhungen auch von seiten der bessergestellten Arbeiter hervorrufen.

Gleichwohl ist eine Lohnsteigerung nicht die einzige Gefahr, die gegenwärtig den Wert der

Krone bedroht. Die enormen Staatsausgaben bringen es mit sich, daß das Land mit Zahlungsmitteln überschwemmt wird, ohne daß eine entsprechende Erhöhung der Käufe möglich wäre. Die Folgen dieses Finanzsystems haben sich ja bereits in einer tatsächlichen Inflation gezeigt. Man darf dies nicht verschweigen, wenn man von der Inflationsgefahr als etwas spricht, das uns nur in der Zukunft droht. Die zuständigen Instanzen haben ja bereits beschlossen, eine Inflation innerhalb gewisser Grenzen hinzunehmen, und es ist nur allzu wahrscheinlich, daß diese Tatsache eine Verschlechterung der schwedischen Krone bedeuten wird, die für alle Bevölkerungsgruppen mit fixierten Einkommen oder mit erspartem Kapital in Form von Geldforderungen äußerst fühlbar werden wird.

Es ist davon gesprochen worden, daß das schwedische Budget balanciert werden kann, sobald der Krieg vorüber ist, aber diese Möglichkeit rückt in immer weitere Ferne, wenn man sieht, welche gewaltigen Ansprüche an neuen Staatsausgaben nach und nach entstehen. Bereits in dem bevorstehenden Herbstreichstag werden große Zuschläge zu dem laufenden, stark unterbilanzierten Budget erwartet. Und wer sich das Nachkriegsprogramm der Arbeiterbewegung in bezug auf neue Staatsausgaben vergegenwärtigt, muß ganz einfach jede Hoffnung auf einen Ausgleich des schwedischen Budgets aufgeben.

Diese Inflationsgefahr ist ja lange Gegenstand ernster Einwände gewesen, und auch die Reichsbank hat mehrere Male deutlich ausgesprochen, daß eine stärkere Zurückhaltung bei den Staatsausgaben unausweichlich mit jedem vernünftigen Streben der Stabilisierung der schwedischen Valuta zusammenhängt.

Nationalökonomisch gesehen ist eine Produktion von Realkapital, die nicht aus laufenden Ersparnissen bezahlt werden kann, ebenfalls ein inflationistischer Faktor ersten Ranges. Wenn die Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit einer befürchteten Arbeitslosigkeit durch erhöhte Bautätigkeit und andere Produktion von Realkapital begegnen wird, dann ist ganz sicher, daß die laufenden Ersparnisse des Landes nicht ausreichen werden, sondern daß die Bezahlung teilweise durch Schaffung neuer Zahlungsmittel erfolgen muß. Es ist gewiß wahr, daß ein reichlicheres Angebot von Wohnungen wünschenswert ist, und voraussichtlich werden sich auch Menschen finden, die die Miete für diese Wohnungen bezahlen wollen. Dies reicht aber nicht aus. Gleichgewicht in der nationalen Wirtschaft fordert, daß sich auch jemand findet, der die Häuser bezahlen will. Zu diesem Zweck müssen neue Sparmittel zur Verfügung gestellt werden. Es ist das gleiche wie bei jeder anderen Erzeugung von Realkapital. Es genügt nicht, daß eine derartige Produktion auf die Dauer lohnend ist; es muß stets jemand vorhanden sein, der bereitsteht, um unmittelbar die Kosten zu decken. Die Einsicht in diese Verhältnisse ist noch bei

der Masse unseres Volkes besonders mangelhaft, und es ist deshalb leider ganz sicher, daß die Ansprüche neuer Kapitalinvestitionen die zur Verfügung stehenden Ersparnisse wesentlich übersteigen werden — mit der Folge eines fortgesetzten Hinzukommens von Zahlungsmitteln und einer Verschlechterung der Währung.

Zu allen diesen Gefahren für die Wertstabilität der schwedischen Krone kommt eine allgemeine Tendenz, den Export über das Niveau hinaus in die Höhe zu treiben, das durch eine nachgefragte Einfuhr bezahlt werden kann. Man denkt sich, daß Schwedens Stellung auf dem Weltmarkt durch gewaltige Exportkredite behauptet werden kann. Ein Land nach dem anderen kommt mit dem Anspruch auf derartige Kredite, und wir sind hier in Schweden ein wenig zu sehr geneigt, diesen Wünschen entgegenzukommen, um uns damit Märkte zu schaffen und unsere Stellung in dem künftigen Wettbewerb zu stärken. Unsere Kreditgewährung wird unter diesen Verhältnissen Länder umfassen, bei denen wir früher niemals den Gedanken gehabt haben, Kredite zu geben. Wenn so gewaltige Märkte wie der russische und der britische in den Wettbewerb um unsere Kreditgewährung eintreten, dann wird die Gefahr, daß wir unser Vermögen überschreiten, sehr groß. Die Arbeiter, die unsere Exporterzeugnisse herstellen, müssen bar mit schwedischen Kronen bezahlt werden, während die Einfuhr von Waren, die die Arbeiter kaufen wollen, aufhört. Das Gleichgewicht würde nur erzielt werden können, wenn unsere laufenden Ersparnisse so ungeheueren Beträge erreichten, daß sie unsere in Aussicht gestellten Exportüberschüsse bezahlen könnten. Hierfür aber besteht nicht die geringste Sicherheit.

Während der ersten Zeit rechnen wir damit, als reine Nothilfe Waren darüber hinaus exportieren zu können, wofür wir Bezahlung erhalten können. In jedem einzelnen Falle denkt man nur an die Angelegenheit, die man im Augenblick vor sich hat, und dabei wird niemals Zeit für einen umfassenden Ueberblick bleiben, wie unsere ausländische Zahlungsbilanz sich stellen wird.

Das gleiche gilt für die übrigen hier genannten Faktoren, die bei einer Aushöhlung der schwedischen Valuta mitwirken. Wir können niemals die Inflationsgefahr fest in die Hand bekommen, wenn wir nicht den gesamten Zahlungsbedarf, der sich anmeldet, summieren und auf diese Weise uns eine Möglichkeit eines allgemeinen Ueberblicks des Gleichgewichts in unseren Zahlungen verschaffen. Bleiben wir dabei, eine Sache in Angriff zu nehmen und sie als isolierte Angelegenheit zu betrachten, so ist ganz sicher, daß unser künftiger Abschluß ein fürchterliches Uebergewicht für unsere Auszahlungen aufweisen wird, was gleichbedeutend damit ist, daß eine Inflation im Gange ist, ohne daß irgendwelche Aussichten für ihre Eindämmung gesehn werden können.“



03 053 0061 BEC

Signatur

Datum

Jan. 1945

## Die Deutsche Volkswirtschaft (Berlin)

Nr. 2

fehlerhaft sei. Seine frühere Schulung als Mathematiker habe ihn gelehrt, beim Aufbau der elementaren Gründe eines wissenschaftlichen Denkens genau zu sein, schreibt er und erklärt, daß in gewissem Sinne seine ganze wissenschaftliche Arbeit direkt darauf gerichtet gewesen ist, ohne Hilfe einer besonderen Werttheorie eine Preistheorie aufzubauen. Denn seiner Meinung nach hat die Wirtschaftslehre in ihren eigenen Arbeitsmethoden ökonomisch zu sein und in der sparsamen Verwendung der erforderlichen Arbeit allen anderen Wissenschaften ein Vorbild.

Der Preistheorie legt Cassel das Prinzip der Knappheit zugrunde. Unsere Wünsche und Bedürfnisse sind unbegrenzt — die Befriedigungsmittel, Güter, Arbeit, Kapital dagegen begrenzt. Der Preis hat daher die Aufgabe, die Nachfrage so zu beschränken, daß sie durch das Angebot befriedigt werden kann. Das ist der Kerngedanke der Casselschen Preislehre. Aus ihr folgt logisch der Zinssatz als Preis für Geldkapital, sowie die Kaufkraft aus der Knappheitstheorie des Geldes. In einzelnen Schlußfolgerungen hat man Cassel nicht immer zugestimmt, so in der Überschätzung der Goldverknappung oder der Bedeutung der Diskontopolitik in der Zwischenkriegszeit. In den Grundzügen aber besteht sein theoretisches Modell der Wirtschaft, überzeugend in der Klarheit seines architektonischen Aufbaues, bestechend durch die Eleganz der stilistischen Mittel.

Gustav Cassel besaß die seltene Gabe, sich allgemein verständlich und einfach auszudrücken. Er verabscheute „unbestimmte Redensarten, die zu nichts verpflichten, aber dann auch nichts klarmachen“. Er gab sich nicht damit zufrieden, Tatsachen und Zusammenhänge des Wirtschaftslebens der Völker nur zu erkennen und anschaulich darzustellen. Cassel setzte sich mit Energie dafür ein, diese Tatsachen möglichst allgemein bekanntzumachen, um so mehr, als die Wirtschaftspolitik der Vorweltkriegszeit den Nachkriegsverhältnissen offenbar recht hilflos gegenüberstanden. Seit 1914 hat Gustav Cassel eine enorme wirtschaftswissenschaftliche Aufklärungsarbeit geleistet. Er hat wesentlich mit dazu beigetragen, die Öffentlichkeit in den verschiedenen Ländern darauf aufmerksam zu machen, daß es eine Wissenschaft von der Volkswirtschaft gibt und daß es nützlich sein kann, die Erkenntnisse dieser Wissenschaft, die er so allgemeinverständlich darbot, bei Gelegenheit zu beachten. Cassel hat sich nie gescheut, sich bei den Kurpfuschern und Quacksalbern unbeliebt zu machen, die in der Nachkriegszeit in der nationalen und internationalen Wirtschaft herumdoktierten. Cassel war ein „praktischer Theoretiker“, der besonders auch durch seine Gutachten und Schriften über das Geldwesen und das Stabilisierungsproblem die internationale Geldwirtschaft nach 1919 stark beeinflusste. Wiederholt hat dieser „Prediger der wirtschaftlichen Vernunft“ auf die Unsinnigkeit der Versailler Reparationsforderungen hingewiesen. Den Marxismus bezeichnete er als „die größte Charlatanerie unserer Zeit“, mit der die Wirtschaftswissenschaft unaufhörlich in Streit geraten müsse, eine Lehre, so voll innerer Widersprüche, daß sie nur so lange aufrechterhalten werden könne, wie das Publikum die elementarsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt.

### Gustav Cassels Lebenswerk

Mit Professor Gustav Cassel verlor die Wirtschaftswissenschaft einen Kämpfer von wahrhaft europäischem Format. Am 15. Januar ist der bedeutende schwedische Nationalökonom, dessen Stimme in der ganzen Welt beachtet wurde, im Alter von 78 Jahren verschieden. Sein großes Verdienst besteht darin, daß er jahrzehntelang darum kämpfte, einer nach dem ersten Weltkrieg oft recht kopflos in einem völligen wirtschaftlichen Durcheinander tappenden Welt jedenfalls die grundlegenden Erkenntnisse seiner Wissenschaft immer wieder klarzumachen.

Schon in seinem „Grundriß einer elementaren Preislehre“, der 1899 in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft erschien, bestimmte

Bei alledem war Gustav Cassel ein Optimist der



fehlerhaft sei. Seine frühere Schulung als Mathematiker habe ihn gelehrt, beim Aufbau der elementaren Gründe eines wissenschaftlichen Denkens genau zu sein, schreibt er und erklärt, daß in gewissem Sinne seine ganze wissenschaftliche Arbeit direkt darauf gerichtet gewesen ist, ohne Hilfe einer besonderen Werttheorie eine Preistheorie aufzubauen. Denn seiner Meinung nach hat die Wirtschaftslehre in ihren eigenen Arbeitsmethoden ökonomisch zu sein und in der sparsamen Verwendung der erforderlichen Arbeit allen anderen Wissenschaften ein Vorbild.

Der Preistheorie legt Cassel das Prinzip der Knappheit zugrunde. Unsere Wünsche und Bedürfnisse sind unbegrenzt — die Befriedigungsmittel, Güter, Arbeit, Kapital dagegen begrenzt. Der Preis hat daher die Aufgabe, die Nachfrage so zu beschränken, daß sie durch das Angebot befriedigt werden kann. Das ist der Kerngedanke der Casselschen Preislehre. Aus ihr folgt logisch der Zinssatz als Preis für Geldkapital, sowie die Kaufkraft aus der Knappheitstheorie des Geldes. In einzelnen Schlußfolgerungen hat man Cassel nicht immer zugestimmt, so in der Überschätzung der Goldverknappung oder der Bedeutung der Diskontpolitik in der Zwischenkriegszeit. In den Grundzügen aber besteht sein theoretisches Modell der Wirtschaft, überzeugend in der Klarheit seines architektonischen Aufbaues, bestechend durch die Eleganz der stilistischen Mittel.

Gustav Cassel besaß die seltene Gabe, sich allgemein verständlich und einfach auszudrücken. Er verabscheute „unbestimmte Redensarten, die zu nichts verpflichten, aber dann auch nichts klarmachen“. Er gab sich nicht damit zufrieden, Tatsachen und Zusammenhänge des Wirtschaftslebens der Völker nur zu erkennen und anschaulich darzustellen. Cassel setzte sich mit Energie dafür ein, diese Tatsachen möglichst allgemein bekanntzumachen, um so mehr, als die Wirtschaftspolitik der Vorweltkriegszeit den Nachkriegsverhältnissen offenbar recht hilflos gegenüberstanden. Seit 1914 hat Gustav Cassel eine enorme wirtschaftswissenschaftliche Aufklärungsarbeit geleistet. Er hat wesentlich mit dazu beigetragen, die Öffentlichkeit in den verschiedenen Ländern darauf aufmerksam zu machen, daß es eine Wissenschaft von der Volkswirtschaft gibt und daß es nützlich sein kann, die Erkenntnisse dieser Wissenschaft, die er so allgemeinverständlich darbot, bei Gelegenheit zu beachten. Cassel hat sich nie gescheut, sich bei den Kurpfuschern und Quacksalbern unbeliebt zu machen, die in der Nachkriegszeit in der nationalen und internationalen Wirtschaft herumdoktierten. Cassel war ein „praktischer Theoretiker“, der besonders auch durch seine Gutachten und Schriften über das Geldwesen und das Stabilisierungsproblem die internationale Geldwirtschaft nach 1919 stark beeinflusste. Wiederholt hat dieser „Prediger der wirtschaftlichen Vernunft“ auf die Unsinnigkeit der Versailler Reparationsforderungen hingewiesen. Den Marxismus bezeichnete er als „die größte Charlatanerie unserer Zeit“, mit der die Wirtschaftswissenschaft unaufhörlich in Streit geraten müsse, eine Lehre, so voll innerer Widersprüche, daß sie nur so lange aufrechterhalten werden könne, wie das Publikum die elementarsten wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht kennt.

Bei alledem war Gustav Cassel ein Optimist, der schmunzeln konnte: „Früher oder später siegt die Wahrheit“, schrieb er einmal, „und das bietet dem Nationalökonom, der immer kämpfen muß reiche Befriedigung. Es gehört nur ein wenig Geduld dazu, um den Erfolg zu sehen. Der Prozeß währt gewöhnlich nicht mehr als ein Jahrzehnt.“ Viele Jahrzehnte des Erfolges sind Cassel vergönnt gewesen. Die deutsche Wissenschaft verliert mit ihm einen Freund und Mitarbeiter, dessen Werk noch lange nachwirken wird.

### Gustav Cassels Lebenswerk

Mit Professor Gustav Cassel verlor die Wirtschaftswissenschaft einen Kämpfer von wahrhaft europäischem Format. Am 15. Januar ist der bedeutende schwedische Nationalökonom, dessen Stimme in der ganzen Welt beachtet wurde, im Alter von 78 Jahren verschieden. Sein großes Verdienst besteht darin, daß er jahrzehntelang darum kämpfte, einer nach dem ersten Weltkrieg oft recht kopflos in einem völligen wirtschaftlichen Durcheinander tappenden Welt jedenfalls die grundlegenden Erkenntnisse seiner Wissenschaft immer wieder klarzumachen.

Schon in seinem „Grundriß einer elementaren Preislehre“, der 1899 in der Tübinger Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft erschien, bestimmte Cassel die Richtung für seine wissenschaftliche Forschungsarbeit. Ihr Ergebnis ist die „Theoretische Sozialökonomie“, die 1914 vollendet war, aber erst nach dem ersten Weltkrieg 1918, übrigens zuerst in Deutschland, erschien. Man hat dies Werk in der deutschen Wirtschaftspresse wiederholt als ein Standardwerk der modernen Nationalökonomie bezeichnet. Cassels Grundgedanke ist der, daß der Aufbau einer speziellen Werttheorie nicht nur überflüssig und Zeitverschwendung, sondern auch

03 05 30062 BEC

Nachrichten für Außenhandel (Berlin)

Nr. 6

**Großbritannien — Professor Cassel über die geplante Exportoffensive nach dem Kriege**

\* In einem Leitartikel in „Svenska Dagbladet“ vom 11. Dezember 1944 beschäftigt sich der bekannte schwedische Volkswirtschaftler Professor Gustav Cassel mit der geplanten britischen Exportoffensive nach dem Kriege, die — wie er zugibt — notwendig sei, um die angekündigte große Sozialreform finanzieren zu können. Das neue britische Versicherungssystem werde nämlich die Erhöhung der Kaufkraft breiter Massen des britischen Volkes zur Folge haben und damit zur Befriedigung der steigenden Bedürfnisse eine höhere Einfuhr von Lebensmitteln, Textilien und Rohstoffen erforderlich machen. Diese Einfuhr sei nur bei entsprechend höherer Ausfuhr möglich, da nach dem Verlust großer Auslandsgüter haben andere Mittel zum Ausgleich der Zahlungsbilanz nicht mehr zur Verfügung stehen. Professor Cassel hält es für ausgeschlossen, daß Großbritannien in der Lage sein wird, seine Ausfuhr um 50 % zu steigern, glaubt vielmehr, daß Großbritannien gezwungen sein werde, in den ersten Nachkriegsjahren ausländische Kredite in Anspruch zu nehmen. Es sei jedoch verfehlt, die nationale Wohlfahrt mit Hilfe ausländischer Kredite finanzieren zu wollen. Professor Cassel warnt vor der allzu leichtsinnigen Handhabung der Kreditfrage. Kein Land könne höhere Kredite hergeben, als dem Ueberschuß der Kapitalneubildung nach Abzug des eigenen Kapitalbedarfs entspreche. Nach dem Kriege sei mit einem allgemeinen Kapitalmangel zu rechnen, der nicht durch Machtsprüche oder monetäre Zauberformeln behoben werden könne. Wer sich über diese Tatsache hinwegsetze und Maßnahmen im Interesse der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherheit fordere, die über den Umfang der vorhandenen Mittel hinausgehen, fördere nicht eine gleichmäßige und starke Wohlfahrt.

Als eines der Mittel im Kampfe um die ausländischen Absatzmärkte werde in Großbritannien auch eine weitere Devaluierung des Pfundes genannt. Die Handlungsfreiheit, die sich Großbritannien in dieser Beziehung vorbehalten habe, ist nach Cassel und allgemeiner schwedischer Auffassung das größte Hindernis zur Herbeiführung einer internationalen Währungsstabilisierung. Eine Abwertung beeinträchtige im übrigen stets die Interessen anderer Länder und es sei deshalb kurzfristig, die eigene Wirtschaft auf Kosten der Wohlfahrt anderer Länder fördern zu wollen.

Duplikat

*Abb 14*



03 053 0063 BEC

Signatur: P

Datum: 15. Jan. 1945

Cassel,  
Prof. Gustav  
15. Jan. 1945

## Neue ZÜRCHER Zeitung

83

### Prof. Gustav Cassel gestorben

Stockholm, 15. Jan. (Privat.) Der berühmte schwedische Nationalökonom Prof. Gustav Cassel ist 78 Jahre alt gestorben. Er war der letzte unter den großen theoretischen Lehrmeistern des wirtschaftlichen Liberalismus und ein unermüdlicher Mahner und Berater des praktischen Wiederaufbaus internationaler Wirtschaftsbeziehungen nach dem ersten Weltkrieg. Er hat in einer gehaltvollen Autobiographie geschildert, wie damals seine Vorschläge zur Regelung der Reparationsfrage und Stabilisierung der Wertverhältnisse zwischen den führenden Weltwährungen trotz der Unterstützung von Männern wie Lloyd George, Montague Norman, Rathenau, Stresemann an dem selbstsüchtigen Nationalismus kurzschichtiger wirtschaftlicher Machthaber scheiterten. Die Darstellung schloß mit dem Zusammenbruch der letzten Weltwirtschaftskonferenz 1933, wo er nochmals vor der Katastrophe warnte, die kurz darauf ihren Anfang nahm. Der schwedische Nationalökonom wurde auch von Regierungen und Notenbanken aus allen Teilen der Erde zu Rate gezogen; sogar die maßgebende Sowjetzeitschrift für Wirtschaftsfragen holte den Altmeister des Liberalismus zur Mitarbeit heran, um den Lesern die grundlegende Bedeutung der Kapitalbildung für den ökonomischen Fortschritt klar zu machen. Den größten Nutzen hatten Cassels Ratschläge für sein Vaterland Schweden, wo heute die tüchtigsten und einflußreichsten Nationalökonomien aller politischen Richtungen, von den Konservativen bis zu den Sozialisten, seine Schüler sind. Als Wissenschaftler kam Cassel von der Mathematik zur Wirtschaftstheorie, veröffentlichte seine Hauptwerke zuerst in deutscher oder englischer Sprache und war auch lange Präsident der Schwedischen Akademie der Wissenschaften. Als brillanter Publizist wirkte er fast ein halbes Jahrhundert hauptsächlich am „Svenska Dagbladet“; im Ausland wurden seine Aufsätze in den Vierteljahresberichten der Skandinaviska Banken AB viel beachtet.



03 053 0064 BEC

Signatur

G. Cassel,  
Prof. Bischoff

Datum 16. Jan. 1945

Deutsche Allgemeine Zeitung (Berlin)

~~Berliner Tageblatt~~

Nr. 13

**Gustav Cassel gestorben**

Von unserem Berichterstatter

pz. Stockholm, 15. 1.

In der Nacht vom 14. zum 15. Januar verstarb im Alter von 78 Jahren Prof. Gustav Cassel, Schwedens bekanntester Nationalökonom. Cassel begründete seinen Ruf 1902 mit der Veröffentlichung seines ersten größeren Werkes „Sozialpolitik“ in dem er die theoretischen Grundlagen für die Entwicklung der Sozialpolitik in Schweden legte. Seine große Begabung lag in der klaren und einfachen Darstellung schwieriger Probleme. Sie kennzeichnet sowohl seine Bücher als auch seine Aufsätze, die er als fleißiger, regelmäßiger Mitarbeiter von „Svenska Dagbladet“ in großer Zahl veröffentlicht hat, wie auch seinen Vortrag im Lehrsaal der Universität. Seine nationalökonomischen Lehrbücher gewannen wegen ihres pädagogisch geschickten Aufbaues internationalen Ruf, und in den Tagesdiskussionen über wirtschaftspolitische Probleme fanden die Ausführungen Cassels überall in der Welt große Beachtung, weil er es verstand, seine Gedanken leicht verständlich und überzeugend darzubieten.

Im Schweden gewann Cassel nächst seiner in ihrer Wirkung kaum zu unterschätzenden Einflußnahme auf die Gestaltung der Sozialpolitik des Landes in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg 1914/1918 und während jenes Krieges Bedeutung als Finanzpolitiker. Seine Stellungnahme hat die Entwicklung der schwedischen Finanzpolitik stark beeinflußt. Im Jahre 1915 trat Cassel als Warner vor der Inflationsgefahr hervor, und in der Nachkriegszeit war er einer der international am stärksten beachteten Währungstheoretiker. Er wies auf den Widersinn der Reparationspolitik und ihre Gefahren für die Entwicklung der Weltwirtschaft hin. Im Jahre 1934 beendete Cassel seine Tätigkeit als Universitätslehrer. An den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen nahm er auch weiterhin bis in den letzten Tagen seines Lebens teil, und mahnte vor allem zur Vorsicht vor Sozialisierungsplänen und Ueberspannungen der Finanzpolitik.

In einem zweibändigen Werk, dem er den bezeichnenden Titel „Im Dienste der Vernunft“ gab, hat Cassel in den letzten Jahren einen Ueberblick über sein reiches Leben mit seiner Teilnahme an der Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft und den wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen gegeben.

03 05 3 0065 BEC

Cassel, Gustav

Signatur

Datum 17. Jan. 1945

## Kölnische Zeitung

Nr. 13

### Ein wissenschaftlicher Journalist

FH So könnte man den schwedischen Nationalökonom Gustav Cassel bezeichnen, der eben im Alter von 78 Jahren gestorben ist. Wissenschaft und Journalistik stehen im gewissen Gegensatz zueinander. Der Wissenschaftler ist auch Publizist. Als Publizist wendet er sich aber normalerweise an den beschränkten Kreis der Fachwelt, publiziert er auf lange Sicht. Man hat mit einigem Recht der Wissenschaft vorgeworfen, daß sie sich zu sehr von der Erörterung der Tagesprobleme fernhält, daß sie zu wenig zur Gestaltung der Gegenwart beisteuert. Gustav Cassel hat das Gegensätzliche in der Publizistik nicht gekannt. Er hat im Zeigen eines „ökonomischen Neoliberalismus“ Schule bildende, grundlegende Lehrbücher (vor allem die Grundzüge der Sozialökonomie) geschrieben, die internationale Wirksamkeit hatten. Er hat sich mit ebenso weltweiter Wirkung an der Erörterung wirtschaftspolitischer Gegenwartsprobleme beteiligt. Er hatte eben die Gabe, auch die schwierigsten, wirtschaftswissenschaftlichen Fragen als Lehrer auf dem Katheder, als Gast am Vortragspult und als Journalist in Zeitungen und Zeitschriften verständlich und, wo es angebracht war, „populär“ zu behandeln, wozu im Kreise der Wissenschaft auch Mut gehört. Am bekanntesten ist Cassel in der breiten Öffentlichkeit durch seine Währungsgutachten und durch seine sozial- und finanzpolitische Stellungnahmen geworden, nicht zuletzt auch als scharfer Kritiker der Reparationspolitik und als Warner vor der verhängnisvollen von Amerika bestimmten weltwirtschaftlichen Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen. Wenn Cassel den neuen deutschen Wirtschaftsideen- und Methoden nicht immer gerecht wurde, so hat er andererseits doch die Gefahren des Kapitalismus im Westen und des Kollektivismus im Osten erkannt und unvoreingenommen behandelt, soweit ihm das als Vertreter einer alten Schule möglich war. Als wissenschaftlicher Journalist war er jedenfalls Beispiel und Vorbild dafür, wie Wissenschaft und Publizistik sich auch bei der Diskussion von Gegenwartsproblemen vereinbaren lassen.

03 053 0066 BEC

Signatur

Cassel  
P. Prof. Gustav

Datum 21. Jan. 1945

## Das Reich (Berlin)

Nr. 3

In Stockholm verstarb in der Nacht vom 15. zum 16. Januar Professor Gustav Cassel, Schwedens bekannter Nationalökonom. Er ist 78 Jahre alt geworden. Cassel hat bis zuletzt die großen Wirtschaftsprobleme der Periode zwischen den Kriegen und des Krieges selber verfolgt und von seinem der klassischen Theorie nahestehenden Standpunkt betrachtet. Er war eine starke theoretische und pädagogische Begabung.



03 053 0067 BEC

„Europa-Kabel“ (Amsterdam)

Nr. 191

## Ein europäischer Volkswirt

Mit Gustav Cassel, der soeben, 79jährig, in Stockholm starb, ist ein schwedischer Nationalökonom von Weltruf hingegangen, der seinem Vaterland zur Ehre gereichte und in der großen Zeit seines Wirkens jahrzehntelang zur kleinen Elite der europäischen Volkswirte gehörte, deren Stimme international galt.

Kein deutscher Nationalökonom hat in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen Cassels Wirkung und sein internationales Ansehen zu erreichen vermocht. Das lag einmal daran, daß Cassel Bürger eines neutralen Landes war, dessen Urteil im politisch-wirtschaftlichen Streit und Mißtrauen der großen Mächte, in der zerrissenen Zeit nach Versailles, volle Unabhängigkeit und Objektivität beanspruchen konnte. Er vermochte als Anwalt europäischer Zusammenarbeit und Vernunft gegen kurzsichtiges Interessentum und Mißbrauch der Macht aufzutreten, ohne verdächtigt zu werden, dabei pro domo zu reden. Fast noch ausschlaggebender für seine Geltung war aber seine Begabung, auch schwierige volkswirtschaftliche Probleme einfach und klar darzustellen, eine Fähigkeit, die sich mit gründlichster theoretischer Schulung paarte. Das ist unter den Nationalökonomien, auch den deutschen, relativ selten. Cassels Wirkung deutet ein Nebenziel an, das die deutsche Wissenschaft nach diesem Krieg noch mehr anstreben sollte, nämlich so zu schreiben und zu reden, daß sie nicht nur von den Fachleuten verstanden wird, sondern, wie es Engländer und Franzosen oft mit Erfolg tun, auch den Laien und Praktiker stark beeinflußt. Ein dritter Grund für die außerordentliche Wirkung Cassels war neben seiner zähen Vitalität, die ihn noch bis ins hohe Alter schaffen ließ, sein unmittelbares Herangehen an die aktuellen wirtschaftlichen Streitfragen und Probleme, zu denen er stets von der hohen Warte der Wissenschaft, aber mit journalistischem und rednerischem Geschick Stellung nahm. Zwar war die Wissenschaft von der Wirtschaft für ihn dazu da, strenge Erkenntnisse zu sammeln. Niemals beschäftigten oder verwirrten ihn die Meinungen der Menschen über die Dinge, die vielen für den Gebrauch der Interessenten oder Politiker zurechtgemachten Ideologien, er sah vielmehr die Dinge selbst. Aber andererseits fühlte er sich als Kliniker wirtschaftlicher Erkrankungen, die er zu heilen versuchte: sein theoretisches Wissen blieb

nicht in der Gelehrtenstube, nahm keinen historischen Abstand oder war nicht etwa vornehm-schwächlich über die Wirklichkeit erhaben. Er verfügte über die seltene klassische Verbindung von Wissen und Wirklichkeitssinn und faßte dabei das Amt des Volkswirts groß und „königlich“ auf, nämlich als den Ratgeber der nicht nur dem Gesetz der Vernunft, sondern auch dem Walten der Leidenschaft und der Machtinteressen unterstellten Staatsmänner. Der Volkswirt war nach ihm berufen, durch die Klarlegung der wirtschaftlichen Zusammenhänge den verantwortlichen politischen Führern eine vernünftige Leitung der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen.

Cassel kam dabei zustatten, daß er seine wissenschaftliche Laufbahn als Mathematiker begonnen hatte. Aus dieser Grundlage blieb ihm die Fähigkeit, mit Begriffen klare Vorstellungen zu verbinden, zu abstrahieren und vielgestaltige Zusammenhänge einfach zu sehen. 1898 sattelte er um und studierte in Deutschland und England Nationalökonomie. Seit dieser Zeit behielt er bei aller Unabhängigkeit gegenüber den deutschen Interessen ein lebendiges Verhältnis zur deutschen Kulturwelt.

Sein reiches publizistisches Wirken begann Cassel mit einem Werk über Sozialpolitik, indem er die theoretischen Grundlagen für die Entwicklung der praktischen Sozialpolitik in Schweden legte. Genau wie Sombart ging er vom Sozialen aus, um aber anders als dieser nachher die theoretischen Hochburgen der liberalen Nationalökonomie, nämlich die Lehre von Preis und Geld, mit markanten Forschungsergebnissen zu erobern. Schon 1899 veröffentlichte er in Tübingen den „Grundriß einer elementaren Preislehre“. Sein Hauptwerk wurde die „Theoretische Nationalökonomie“, die zuerst in Deutschland gedruckt wurde und mehrere Auflagen erlebte, ein Standardwerk von wissenschaftlichem und pädagogischem Rang. Später entwickelte sich Cassel zum führenden Geld- und Währungspolitiker, der sich vor allem um die Neuordnung der durch den Krieg zerrütteten Währungen bemühte. Seine bekannteste Arbeit auf diesem Gebiet wurde „Das Stabilisierungsproblem“. Auch sein Ansehen als Gutachter war hoch. Im Auftrag der deutschen Regierung erstattete er 1922 ein Gutachten über die deutsche Wirtschaftslage, und im Auftrage des Völkerbundes untersuchte er „das Geldproblem der Welt“. Daneben schrieb er eine Fülle von Aufsätzen, zumeist in dem der schwedischen Industrie nahestehenden „Svenska Dagbladet“, später regelmäßig in den Vierteljahrsberichten der Skandinavischen

wenden.

Bank. Eine Fülle des Schaffens, ein Reichtum von Wirkungsmöglichkeiten, wie sie — außer vielleicht Keynes in England, der in vieler Beziehung eine ähnliche Begabung wie Cassel aufweist — kein anderer europäischer Volkswirt seiner Zeit erreichte.

Deutschland legt am Grabe Cassels die Palme einer dankbaren Erinnerung nieder. Der schwedische Gelehrte wertete die deutsche Wirtschaftsleistung hoch und war ein Bewunderer der deutschen Sozialpolitik. In einer noch heute lesenswerten Schrift „Deutschlands wirtschaftliche Widerstandskraft“, die er 1916 nach einer Studienreise im Reich schrieb, vergleicht er das Fehlen von Bettlern und Notleidenden in Deutschland mit den zerlumpten Individuen, die man mitten im glanzvollen Frieden in London an jeder zweiten Straßenecke antreffe. Die politisch bedeutsamste Leistung Cassels als internationaler Ratgeber und Anwalt europäischer Vernunft war seine energische Kritik am Unsinn der Reparationen. Heute klingen seine Sätze wieder aktuell: „Wir in Europa müssen lernen, ehrlich und offen über unsere Angelegenheiten zu sprechen. Wir sind trotz aller Gegensätze eine Einheit. Wenn wir in Europa aufbauen, dann müssen wir erst für eine genügende Stärkung der europäischen Produktivkräfte sorgen. Wir müssen unbedingt das Problem von einer höheren Warte aus betrachten. Dann ist aber auch ein wahrer Friedensschluß, der zu einem ehrlichen Zusammenarbeiten führt, unbedingt erforderlich.“

Cassel kritisierte auch die unvernünftige Handelspolitik und Goldhortung der USA., die sich weigerten, die Konsequenz aus ihrer Gläubigerstellung zu ziehen und einen großen Importüberschuß als Zahlung für ihre Forderungen entgegenzunehmen. 1932 setzte er sich für eine kontrollierte, aber vom Gold gelöste Währung ein, nachdem er anerkannt hatte, daß durch Englands Abwertung der internationale Goldstandard zusammengebrochen sei. Als Mo-

dell der Zukunft schwebte ihm eine manipulierte Papierwährung mit unveränderlicher Kaufkraft vor. blieb Cassel so auch im Alter währungspolitisch aufgeschlossen und fortschrittlich (während er früher vielfach die Bedeutung des Geldwesens überschätzte und sich vorwerfen lassen mußte, die produktionspolitischen Gesichtspunkte zu vernachlässigen), so verstand der ehemalige Sozialpolitiker nicht mehr die Notwendigkeit einer staatlich gelenkten Vollbeschäftigung. Hier wandte er sich gegen Keynes und die Vorschläge des „Economist“, blieb in der „klassischen“ Schule haften und lehnte den britischen „Reform-liberalismus“ ab.

Selbstverständlich war Gustav Cassel ein Meister des Wirtschaftsliberalismus und er würde kaum mehr als Ratgeber und ökonomischer Arzt in die heutige Zeit oder gar in die bevorstehende Nachkriegszeit mit ihren gehäuften wirtschaftlichen und sozialen Problemen passen, die mit liberalen Rezepten nicht mehr zu heilen sind, denn natürlich war er ein Exponent seiner Zeit. Das hindert nicht, seine große Bedeutung als europäischer Volkswirt anzuerkennen und ihm dankbar nachzurufen, wie er seinerzeit „Im Dienste der Vernunft“ (so lautet sehr zutreffend der Titel seiner zweibändigen Lebenserinnerungen) und einer lebensfähigen europäischen Gemeinschaft für das bedrückte Deutschland eintrat. Zu seiner Zeit konnte ein Volkswirt seines Ranges nur im liberalen Rahmen wirken. Unabhängig von dieser Voraussetzung bleibt der Verstorbene ein erstrebenswertes Beispiel für die Funktion des großen europäischen Volkswirtes auch in der Zukunft. Man muß wünschen, daß auch ein sozialistisches Zeitalter im Rahmen seiner Ideen und Methoden Volkswirte von gleichem Rang hervorbringt und ihnen die Möglichkeit gibt, als Ratgeber der Politik und „Botschafter der wissenschaftlichen Erkenntnis“ bei den praktischen Lenkern der Wirtschaftspolitik zu wirken.